

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 6. Oktober 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Revolution in Portugal! Die Republik proklamiert!

Das Volk Portugals hat in einem Aufwallen der Empörung, laut den Nachrichten, die bisher noch schwer zu kontrollieren sind, die Monarchie gestürzt, die so lange ihr verberberisches Regiment führte.

Die Ermordung des Professor Bombarda, eines der Führer der antiklerikalen Bewegung, durch einen fanatisch-katholischen Offizier hat das Signal zum Ausbruch der Insurrektion gegeben, die seit der Erschießung des Königs Carlos und seines Sohnes Louis am 1. Februar 1908 in der Luft hing. Ungeheuerliche Finanzskandale sind in der letzten Zeit wie Lawinen über das Land gestürzt: die Affäre Pinhou, die aufs schwerste den Kommandanten der königlichen Yacht „Amelia“ kompromittierte, einen Intimus des Königs Carlos; der ungeheuerliche Diebstahl in der Hypothekbank „Credito Renal“, bei dem der Hauptschuldige Senhor Luciano de Castro war, der Chef der Progressistenpartei und gleichzeitig Geheimer Berater des Königs Manuel; die Frenche in der Sache der Steuererheber auf Seiten des Chefs des Arsenal. Vor allem aber kommt in Betracht der Unwille des Volkes gegen die falschen Mandatäre, die die ruchlosen Gesetze des Diktators Franko beschloßen, zur Verhinderung der Segner der Rückständigkeit und der mittelalterlichen Zustände; dieser Unwille bereitete den Ausbruch vor.

Die Regierung hat bei den Wahlen trotz des frechsten Wahltrugs schlecht abgeschnitten. Ministerpräsident Teixeira de Souza befand sich in einer verzweifeltsten Situation, aus der er nur durch abermalige Auflösung des Parlaments entkommen konnte, aber auch das durfte er nicht wagen, denn das nächste Mal würde der Schwundel nicht gelingen.

So spitzte sich alles zu, als der Nord an Bombarda den Wecker zum Ueberlaufen brachte.

Wenn die erhaltenen Nachrichten, die freilich mehr oder minder phantastisch sein müssen, da die Telegraphenlinien gesperrt sind, einigermaßen zutreffen, so haben die Truppen und die Mannschaften der Kriegsschiffe gemeinsame Sache mit den bürgerlichen Revolutionären gemacht.

Die Revolution muß jedenfalls einem Volke, das unter dem Sklavenjoch einer finsternen Pfaffenherrschaft seufzte, Erlösung bringen. Sie ist aber vor allem das Werk der Bourgeoisie, deren wirtschaftliche Entwicklung durch eben diese Herrschaft der katholischen Kirche gehemmt wurde. Die Regierung, die gestürzt wurde, war ein Werkzeug der Reaktionäre und der Schwinder, der Mönche und Jesuiten, der Industrieller und Wucherer, gestützt von der Königin-Mutter Amelia, der frömmelnden Freundin des Papstes, und einem jungen schwächlichen und unfähigen König.

In Portugal waren in den letzten Tagen Gerüchte im Schwange über eine angeblich bevorstehende Verlobung des Königs mit der Tochter des deutschen Kaisers. Es war wohl der Versuch, für die Dynastie eine Stütze im Auslande zu finden, nachdem der Plan der Heirat mit einer englischen Prinzessin fehlgeschlagen war.

Welche Konsequenzen die Revolution nach sich ziehen wird, ist nicht abzusehen. Portugal selbst würde voraussichtlich bald der republikanischen Form sich anpassen. Die Republik in Portugal würde aber auch eine Stütze der Freiheitsbewegung in Spanien werden.

Jedenfalls bedeutet die Republik für Portugal ein rasches Vordringen des Sozialismus. Der Sieg der Revolution wird somit auch ein neuer Sieg des internationalen Proletariates sein.

Auf die Lage, wie sie sich in Portugal vor Ausbruch der Revolution gestaltete, wirt der nachfolgende Artikel Licht, der uns sichern von einem portugiesischen Genossen zuzug.

Das portugiesische Parlament wird eröffnet und mit ihm beginnt die letzte Aera einer Monarchie, die infolge ihrer eigenen Häufnis zusammenbricht. Trotzdem die Wahlen „forciert“ wurden, erhielt die Regierung doch nur eine ganz schwache Majorität und kann infolge der Zersplitterung der monarchischen Parteien jeden Augenblick in der Minorität bleiben.

Keinmal, selbst nicht im Moment der Erschießung des Königs Carlos und seines Sohnes, war das Königtum in so großer Gefahr.

Die portugiesischen Gesandtschaften in Paris und London haben mit großem Aufwand an Geld das Schweigen der bürgerlichen Presse in den beiden Metropolen erkaufte und so vor der Welt die Wiernis und die alarmierenden Symptome der letzten Wahlen vor der Welt verhehlt.

Die Regierung, die nur von einer Sorge sich leiten ließ: Verteidigung des Thrones um jeden Preis unter Hintansetzung aller anderen Interessen, hat das einzige Mittel angewandt, das ihr blieb: die Gewalt. Aber das portugiesische Volk hat es satt, den Wucher und die Häufnis weiter zu ertragen, an denen es langsam dahinsinkt und es zeigte bei diesen Wahlen seinen festen Willen, sich zu emanzipieren. Die Republikaner erzielten einen großen Sieg. Das war die endliche logische Antwort auf dreißig Jahre einer Politik der Reaktion, die Politik der Autokratie und der Pfaffen.

Das republikanische Ideal begeistert sowohl die Städte, als das flache Land und der Sieg war um so eklatanter, als in Portugal ein bedeutender Teil der Bevölkerung infolge ihrer Unwissenheit sehr schwer dem Einfluß der Pfaffen zu entziehen ist. Die Regierung hat, genau wie in Spanien, nichts für die Volksbildung getan und hoffte dadurch die Aufklärung zu verhindern, den Vormarsch der Wahrheit zu verhindern.

Außerdem sind die diktatorischen Vollmachten, die dem Ex-präsidenten des Ministerrates Franco unter der Regierung des vorigen Königs erteilt wurden, noch in Kraft unter der Regierung des Herrn Teixeira de Souza, der die Dreistigkeit hatte, sein Ministerium das „Ministerium der Regenerierung“ zu nennen, trotz aller Skandale, die während seiner Herrschaft sich ereigneten. Diese Vollmachten wurden dazu benutzt, um alle, die den Mut hatten, gegen die Gewaltakte der Regierung bei der Fälschung der Wahlen zu protestieren, einzukerkern.

Der Chef des republikanischen Blattes „O Mundo“ in Lissabon, Herr Franco Borges, mußte vor den Wahlen flüchten, weil man ihn ins Gefängnis werfen wollte. Ein anderer Journalist, Herr Chacon Siciliani, wurde zu zwanzig Monaten Gefängnis verurteilt wegen angeblicher „Verleumdung der Religion“. Bei den Prozessen, die hier geführt wurden, glaubt man sich ins Mittelalter versetzt. Die Richter verwandelten die Gerichte in wahre Inquisitionskammern und schidten Opfer über Opfer in die Kerker.

Die Kirche tat natürlich alles, um die Regierung zu stützen, denn wenn die Dynastie fällt, fällt auch der Einfluß der Kirche und das bedeutet nicht nur die Freigabe der geistigen Macht, sondern auch des materiellen Besitzes. Die Pfaffen sträubten sich mit aller Gewalt dagegen, daß ihnen die Führung der Ständesamtageregister entzogen wird, weil damit gewaltige Einnahmen für sie fortfallen.

Hinzuzufügen ist, daß an dem Kampfe gegen die Klerisei auch die Bourgeoisie beteiligt ist, weil auch sie sich bedrängt fühlt, ähnlich wie das Proletariat, und außerdem ihre materiellen Interessen unter der Konfuzierung der Mönchs- und Nonnenorden leiden. Schließlich aber fühlt auch die Bourgeoisie, daß die allgemeine reaktionäre Tendenz der Klerisei ein Hemmnis für die Entwicklung des Landes auf allen Gebieten ist.

Freilich würde das Klassenregiment der Bourgeoisie, sobald sie ans Ruder kommt, sich gegen die Arbeiter wenden. Aber das Proletariat Portugals muß notwendigerweise bei dem Kampfe gegen die Klerisei auf Seiten der Bourgeoisie stehen, weil es zurzeit infolge der bestehenden Verhältnisse die Führung im Kampfe nicht übernehmen kann. Für das Proletariat gilt es, das Feld frei zu machen, die Ueberbleibsel des Feudalismus und der Klerisei zu beseitigen, worauf die beiden wirklichen Kämpfer des modernen Klassenkampfes sich zu Angesicht zu Angesicht gegenüberstehen werden: Proletariat und Kapital.

In zweieinhalb Jahren hat der König sechs Ministerien verbraucht, die eins nach dem anderen ihre absolute Ohnmacht erweisen. Die Royalisten zerstückten sich immer wieder, so groß ist die Eifersucht und der Haß der einzelnen Cliquen untereinander.

Heute ist die Situation die: Auf der einen Seite haben wir das Ministerium „der Regenerierung“ des Herrn Teixeira de Souza, gestützt von den „progressivsten Dissidenten“, deren Parteidef R. Alpoim ist, und von der Gruppe der „Frankisten“ mit dem Exdiktator Franko an der Spitze. Auf der anderen Seite der Royalisten steht der „konservative Block“, der aus folgenden Gruppen besteht: 1. die „Progressisten“, 2. die Henriquisten (die sich von den „Regeneratoren“ abgesplittet haben), 3. die „Rationalisten“, 4. die Klerikalen.

Die Republikaner kämpften gegen alle diese Elemente, wobei die Skandalaffären der letzten Zeit ihnen den zugkräftigsten Agitationsstoff boten. Sie führten eine heftige Kampagne und revolutionierten das Volk; es entstand eine Stimmung der Gereiztheit und der Empörung im ganzen Lande. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß sie die Mehrheit der Bevölkerung auf ihrer Seite haben, und daß bei dieser Lage jeden Augenblick die ernstesten Ereignisse eintreten können, deren fatale, aber logische Entwicklung keine Macht mehr aufhalten kann. Die jetzige Regierung wird allen Anzeichen nach die letzte der Monarchie sein.

Wenn die Regierung keine dauernde Majorität findet, wird sie gehen müssen. Vielleicht gelingt es ihr, Aufschub bis zum Januar zu gewinnen, indem sie einen Teil der Royalisten dafür gewinnt, den Republikanern einige Zugeständnisse zu machen. Aber es fragt sich noch, ob es ihr erlaubt wird. Der König wird vielleicht die Demission akzeptieren und einen anderen Chef der „Regeneratoren“ berufen, wodurch die Situation nicht im geringsten geändert wäre, oder aber er wird ein Ministerium des Blocks einberufen. Dann wäre die Lage genau dieselbe, wie beim Tode des Königs Carlos.

Wie immer die Lösung der augenblicklichen Schwierigkeiten erfolgen mag, es besteht gar kein Zweifel, daß alles darauf hindrängt, Portugal in eine Republik umzugestalten. Und es ist zu hoffen, daß das Land eine solche Umwälzung ohne große Schwierigkeit akzeptieren wird, und daß der Widerstand kaum erheblich sein wird. Denn zu betonen ist: Heer und Marine, wenigstens die Matrosen und Soldaten sind auf Seite des Volkes.

Ist die Republik einmal eingeführt, so wird auch für uns Sozialisten die Bahn frei. Denn so lange der jetzige Zustand des

Landes andauert, ist eine Entwicklung des Sozialismus nur schwer möglich. Andererseits ist der Boden uns günstig und wir zweifeln nicht, daß das portugiesische Volk seinen Platz unter den Kulturvölkern Europas erringen wird.

Die telegraphischen Meldungen lauten:

Paris, 5. Oktober. Der „Matin“ erhält ein drahtloses Telegramm von einem in den portugiesischen Gewässern liegenden Schiff, das nach Saintes-Marie-du-Samer im Departement Douche di Rhone geschickt und dann nach Paris weitergegeben wurde. In dem Telegramm heißt es, die Revolution ist ausgebrochen, der Verkehr nach der Stadt ist unterbunden. Am 2 Uhr mittags hat das Bombardement des königlichen Palais durch die Kriegsschiffe begonnen. Ein großer Teil der Landarmee und die gesamte Marine sind auf Seiten der Republikaner. Es ist unmöglich, Details zu geben. — Ein gleiches Telegramm mit fast demselben Wortlaut ist auch dem „Echo de Paris“ zugegangen. — Um 1 Uhr morgens erfuhr das Pariser Bureau der „Daily Mail“, daß sein Londoner Stammbaus ein Telegramm erhalten habe, wonach König Manuel Gefangener der Revolutionäre sei. Weitere Nachrichten waren bis 4 Uhr morgens in Paris nicht eingetroffen. Das Kabel zwischen Portugal und England funktioniert nicht. Die Telegraphenlinie von Portugal nach Frankreich hat gestern nicht ein einziges Telegramm von Lissabon befördert. Um 2 Uhr 50 Minuten morgens erhielt der „Matin“ ein Londoner Telegramm der „Times“, in welchem es heißt, man habe allen Grund zu der Annahme, daß Portugal sich in einer sehr schwierigen Position befinde. Die telegraphische Verbindung mit Portugal habe gestern während des ganzen Tages nicht funktioniert. Nach einem der „Times“ gestern abend zugegangenen Brief, den sie in ihrer heutigen Morgenausgabe veröffentlicht, heißt es, daß nach einer Information ihres gut unterrichteten Korrespondenten der König in den letzten Tagen Gegenstand heftiger Angriffe gewesen sei und zwar deshalb, weil er die Progressisten unter Unken Umständen an der Regierung teilnehmen lassen wollte. Der König holte sich zwar streng monarchistisch, wolle aber den Revolutionären selbstverständlich seinen Einfluß auf seine Person gestatten.

London, 5. Oktober. Ein drahtloses Telegramm aus Lissabon meldet, daß die Revolution in vollem Gange ist. In der Stadt herrscht Militärdiktatur. Kein Fremder darf Lissabon betreten. Die ganze Flotte sowie zahlreiche Offiziere des Landheeres befinden sich auf Seiten der Republikaner. Um 2 Uhr nachmittags begannen die im Hafen liegenden Kriegsschiffe den königlichen Palast zu beschießen. Weitere Einzelheiten können bei der streng gehandhabten Zensur nicht gegeben werden.

Madrid, 5. Oktober. Privatmeldungen aus Portugal zufolge dauern die Straßenkämpfe in Lissabon fort. Die Republikaner haben bereits verschiedene Kasernen und Befestigungswerke eingenommen. Der königliche Palast ist umzingelt und der König befindet sich tatsächlich in der Gewalt der Revolutionäre. An den Operationen beteiligen sich drei Kriegsschiffe. Aus der Provinz fehlen jegliche Nachrichten.

Paris, 5. Oktober. Aus Lissabon über Spanien hier eingetroffene Privatmeldungen, die jedoch sehr zuverlässig sind, bestätigen, daß der König Gefangener der Republikaner ist und der Sieg der Revolutionäre unzweifelhaft sei. Einige königstreue Truppen halten vorläufig die Republikaner in einzelnen Stadtteilen zwar noch in Schach, doch ist deren Uebergabe nur eine Frage weniger Stunden. Die Zensur wird äußerst streng gehandhabt und keinerlei Telegramme über die Kämpfe werden durchgelassen.

Madrid, 5. Oktober. Hier geht das Gerücht, in Lissabon seien 8000 bewaffnete Bauern eingezogen. Die republikanische Flagge wehe nicht auf dem königlichen Palast, sondern auf einem Kriegsschiffe.

Wien, 5. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Ein weitdeutsches Großaufhaus erhielt eine portugiesische Depesche, wonach dort alles drüber und drunter gehe. Die Revolution greife weiter um sich. Die Regierung erhielt vorgestern bereits Warnungen, daß ein Putsch geplant sei. Ob der König verhaftet oder in Sicherheit ist, konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden. Außer dem Schloß und Telegraphenamte befinden sich auch die übrigen hauptstädtischen öffentlichen Gebäude in Händen der Republikaner. Von auswärts wohnenden Familienmitgliedern der königlichen Familie eintreffende Depeschen bleiben unbeantwortet. Vormittags wurde das Bombardement von neuem eröffnet.

Paris, 5. Oktober. Je spärlicher die Meldungen aus Lissabon eintreffen, desto mehr Gerüchte sind im Umlauf, welche die Situation von Stunde zu Stunde kennzeichnen. Uebereinstimmend ist nur die Nachricht, daß es den Republikanern gelungen ist, die Oberhand zu gewinnen und zwar mit nur verhältnismäßig geringen Verlusten an Menschenleben. Man gewinnt nach den vorliegenden Nachrichten den Eindruck, daß von der Landarmee ein harter Prozentfuß für die Monarchie sich eingeschalt hat und daß es großer Wichtigkeit der neuen Männer bedarf, um sich überall durchzusetzen. Man darf nicht übersehen, daß neben den republikanischen Deputierten noch im Lande eine sehr große Anzahl angesehenen und finanziell mächtige Persönlichkeiten den Cortes angehören und daß diese sich nicht so ohne weiteres in den Hintergrund drängen lassen werden. Man wird also mit ihnen paktieren müssen.

Paris, 5. Oktober. Der portugiesische Republikaner Magalhães Lima erklärte unserem Korrespondenten gegenüber, daß er ein aus

Die Infertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgebaltene Kolonelle ober deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Betriebs- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Bordeaux, 5. Oktober. (Telegraph.) Der republikanische Führer der Republikaner Costa erhalten hat, welches besagt, daß die Republikaner überall erfolgreich seien. Er erzählt dem Korrespondenten, daß die Polizei heute Nachforschungen bei allen portugiesischen Revolutionären vorgenommen habe, unter anderem bei dem aus dem Attentat auf den König Carlos bekannten Republikaner Kapeteo. Er habe ferner die Nachricht erhalten, daß das brasilianische Kriegsschiff „Sao Paulo“ bei seiner Ankunft in Lissabon von portugiesischen Kriegsschiffen sofort umschlossen worden sei. Offiziere und Matrosen seien an Bord des Kriegsschiffes getötet und hätten gerufen: „Viva die Republik!“ und die Marschälle abgefangen. Diese Nachricht lasse den Zweifel aufkommen, daß die königliche Familie an Bord des „Sao Paulo“ geflüchtet sei. Auch in einem späteren Telegramm wird angekündigt, daß der König von Portugal sich an Bord eines aus Gibraltar eingetroffenen englischen Kriegsschiffes geflüchtet hat. Um 4 Uhr 30 Minuten wurde im hiesigen Ministerium des Meeres die Nachricht ausgegeben, daß eine englische Flotte im Hafen von Lissabon vor Anker liege. Man kenne noch nicht die Richtung der englischen Schiffe, aber da diese mit Apparaten für drahtlose Telegraphie versehen sind, so hofft man bald Nachrichten über den Verlauf der revolutionären Bewegung zu erhalten. Gestern Abend sind in aller Eile die Kreuzer „Minerva“ und „New Castle“ aus Gibraltar nach Lissabon abgedampft. Aus Madrid wird gemeldet, daß die Nachricht von der portugiesischen Revolution in politischen Kreisen Spaniens große Beunruhigung hervorruft. Die spanische Regierung wird die seinerzeit im Februar 1908 anlässlich der Ermordung König Carlos getroffenen Maßregeln ergreifen, um zu verhindern, daß die Revolution auf spanisches Gebiet übergreife.

Madrid, 5. Oktober. Der „Königlichen Volkszeitung“ wird aus Rom gemeldet, beim Vatikan sei aus Portugal die Nachricht eingelaufen, daß die Republik erklärt und der König festgenommen sei.

London, 5. Oktober. Wie die Blätter aus Paris melden, hat die dortige brasilianische Gesandtschaft die Nachricht erhalten, daß König Manuel sich an Bord des brasilianischen Kriegsschiffes „Sao Paulo“ befinde.

Lissabon, 5. Oktober. Das brasilianische Kriegsschiff „Sao Paulo“, mit dem General da Fonseca, der Präsident von Brasilien, an Bord, welches gestern um 4 Uhr nachmittags nach Brasilien in See gehen sollte, ist noch nicht abgefahren, es liegt noch immer auf dem Tejo. (Worum folgt, daß die Nachricht von der Flucht des Königs auf diesem Schiffe nicht zutreffend sein kann. Red.)

Madrid, 5. Oktober. Die Regierung hat über die Ereignisse in Lissabon widersprüchliche Nachrichten erhalten. Nach diesen Meldungen hatten zwei Artillerieregimenter gemeinert, und gegen ein drittes Artillerieregiment den Kampf eröffnet. Was den König anbetrifft, so hat die Regierung nichts Bestimmtes über ihn erfahren. Verschiedene Meldungen besagen, er befinde sich an Bord eines Kriegsschiffes, andere, er sei auf dem Lande, wieder andere wollen wissen, er befinde sich als Gefangener auf einem Kriegsschiffe. Die revolutionäre Bewegung sei vorgestern nach Mitternacht ausgebrochen. Italien und Spanien hätten Kriegsschiffe in die Gewässer von Lissabon gesandt, sobald sie von den Ereignissen Kenntnis erhalten hätten. Der Kampf dauere an.

Berlin, 5. Oktober. (B. Z. N.) Nach einer Meldung aus Lissabon vom Dienstag nachmittag war bis dahin die Lage unentschieden. Für die Republik hatten sich mehrere Regimenter, zwei Kriegsschiffe und die Marineflottille erklärt, dagegen hielten königstreue Truppen das Zentrum der Hauptstadt besetzt, auch wird der Anmarsch von Provinztruppen auf die Hauptstadt, die für die Regierung sechten wollen, gemeldet. Das Bombardement des Schlosses Recoitas besitzigt sich. Der König und die königlichen Mütter sollen sich aber nicht dort befinden. Es heißt, sie seien an Bord eines Schiffes gegangen. Ausländer scheinen bisher nicht geschädigt zu sein.

König Manuel an Bord eines englischen Schiffes.

London, 5. Oktober. (Spezial-Telegramm des „Bresh-Telegraph“.) Nach hier eingetroffenen Telegrammen entsprechen zahlreiche Meldungen aus Lissabon nicht den Tatsachen. So hat sich der König nicht in Begleitung seiner Mutter und des Gefolges an Bord des brasilianischen Kreuzers „Sao Paulo“ geflüchtet. Er hat vielmehr ein englisches Schiff bestiegen, auf dem er nach Großbritannien zu fahren gedenkt. Auf der See von Lissabon lagert ein vollständiges englisches Geschwader, zu dem die beiden Kreuzer „Newcastle“ und „Minerva“ bereits gestochen sind.

Madrid, 5. Oktober. (Bresh-Telegraph.) Nach den Meldungen von der portugiesischen Grenze dauern die Kämpfe in Lissabon noch fort. Die 8000 Mann, die in der portugiesischen Hauptstadt erschienen sind, haben sich auf die Seite der Revolutionäre geschlagen und kämpfen gemeinsam mit zwei Regimenten Infanterie gegen die königstreuen Truppen. Am Schloß tobt der Kampf am heftigsten. Der König und die königlichen Mütter haben mit ihrem Anhang das Schloß verlassen. Die Flotte fährt fort, die Stadt zu bombardieren.

Bordeaux, 5. Oktober. (Bresh-Telegraph.) Heute nachmittag 6 Uhr sind die ersten portugiesischen Flüchtlinge mit dem Subzeph hier eingetroffen. Sie schildern die Straßenkämpfe von Lissabon als furchtbar. Die Zahl der Verwundeten und Toten sei groß. Als sie die Stadt verließen, um ihr Leben in Sicherheit zu bringen, hatten die Kämpfe erst ihren Höhepunkt erreicht.

Sieg der Republikaner.

Lissabon, 5. Oktober. Heute vormittag acht Uhr haben die der Regierung bis dahin treu gebliebenen Truppen, die sich auf dem Dom-Platz befanden, mit den Revolutionären gemeinschaftliche Sache gemacht und sind in ihre Kasernen zurückgezogen. Die Menge brach in Weisfallstundgebungen aus und rief: Es lebe die Republik.

Die Republik proklamiert.

Lissabon, 5. Oktober. Hier hat sich eine provisorische Regierung gebildet, die wie folgt zusammengesetzt ist: Theophilo Braga Präsidenschaft, Alfonso Costa Justiz, Bernardino Machado Aussenere, Brasilio Telles Finanzen, Antonio Luis Gomes Öffentliche Arbeiten, Oberst Barreto Krieg, Antonio Jose Almeida Inneres, Amaro Azevedo Gomes Marine. Zivilgouverneur von Lissabon ist Ruzebio Leao.

Lissabon, 5. Oktober. Die Volksmenge hat auf den Gebäuden des Arsenals und auf dem Rathaus die republikanische Flagge gehißt; die meuternden Kriegsschiffe schossen Salut. Von auswärts kommen keinerlei Nachrichten in die Stadt. Die ausländischen stürzten alle besagten Gebäude, sogen die alte portugiesische Fahne ein und zerrissen sie.

Lissabon, 5. Oktober. Vom Balkon des Rathauses hielt der republikanische Führer Eusebio Leao eine Ansprache, in der er der Bürgerschaft die Polizei und die Aufrechterhaltung der Ordnung anvertraute. Schon, rief der Redner, das öffentliche und private Eigentum, schon das Leben eines jeden, wer es auch sei, ich wiederhole, wer es auch sei. Die Republik ist großmütig und großherzig. Eine gewaltige Menge Hymne ihm kräftig bei.

Polizeiabsolutismus!

Von keinem anderen als Herrn v. Jagow, dem Berliner Polizeipräsidenten, stammt das schöne Wort: Die Strafe dient dem Verkehr! So wollte es damals der Polizeiabsolutismus gegenüber friedlichen Straßendemonstranten, die nur daselbe Recht für sich beanspruchten, wie es die Bürger jeden modernen Kulturstaates außerhalb der schwarz-weißen Grenzspalte besitzen, und wie es in Preußen selbst „patriotische“ Demonstranten auch jederzeit in Anspruch genommen haben. Ja, diese patriotischen Demonstranten wurden sogar zu künftigen Taten aufgemuntert durch das kaiserliche Wort: Mehr Volk will ich sehen!

Während der vergangenen Woche aber hatte Herr von Jagow aus dem Gefühle seines Polizeiabsolutismus heraus das Wort: „Die Strafe dient dem Verkehr!“ wieder einmal völlig außer Kraft setzen wollen. Nun sollte auf einmal die Strafe nicht dem Verkehr dienen, sondern fast eine ganze Woche lang nichts sein, als ein Blachfeld für Kaufereien zwischen Herrn v. Jagows Polizeimannschaften und dem „Janhagel“. Die friedlichen Passanten sollten einfach von der Strafe verschwinden! Personen, die von der Arbeit oder aus ihren Gärten kamen, die irgendeine Verrichtung in dieser Stadtgegend hatten, Personen, die nur einen Brief in den nächsten Briefkasten werfen wollten, Personen, die rasch eine Gebirgswand zu einer Entbindung herbeirufen mußten: sie alle und erst recht harmlose Spaziergänger sollten nichts auf der Straße zu suchen haben! Nicht einmal vor den Haustüren oder in den Haustüren, ja nicht einmal auf Balkonen und an offenen Fenstern sollten die Einwohner sich aufhalten dürfen! Die Polizei wollte dem „Janhagel“ Schlächten liefern! Sie wollte mit diesem Janhagel allein auf der Straße sein, und sie wollte bei den Straßenkämpfen ganz ohne Zeugen sein! Und da, vom Montag abgesehen, während der ganzen Woche von „Janhagel“ auf der Straße kaum etwas zu spüren war, nahm die Polizei einfach das auf der Straße befindliche Volk als „Janhagel“ und prügelte mit Gummistockeln und Säbeln darauf los, als handele es sich darum, eine Revolution niederzuschlagen! Doch obendrein durch die sinnlosesten Schießereien, durch ganze Massensalven auf erleuchtete Fenster usw. kein größeres Unheil angerichtet wurde, ist nur einem glücklichen Zufall geschuldet!

Mit welcher aberwitziger Wut die mit der fixen Idee, es gelte einen „Aufruhr“ niederzuschlagen, behaftete Polizei vorgegangen ist, das haben wir ja an zahllosen Einzelbeispielen vorige Woche dargelegt, das bewies ja vor allen Dingen die Tatsache, daß die Polizei nicht nur auch Journalisten mit Prügel bedroht, sondern ihrer mehr als ein halbes Duzend auch wirklich brutal geschlagen hat! Namentlich die ebenso lächerliche wie empörende Polizeijäbelle gegen die vier ausländischen Journalisten hat besonders im Auslande das größte Aufsehen erregt und den bittersten Hohn gegen das unglaublich kopflose Vorgehen der Berliner Polizeiorgane hervorgerufen! Herr v. Jagow selbst allerdings hat das Ungeheuerliche dieses aberwitzigen Ueberfalles noch immer nicht begriffen! Denn eine Protestresolution des Vereins der ausländischen Presse in Berlin hat er folgendermaßen beantwortet:

Ich bestätige ergebenst den heutigen Empfang der Resolution vom 2. d. Ms. Auch ich wünsche, daß „kein Mißverständnis“ entstehe; daher stelle ich folgendes fest:

Es besteht kein besonderes Reporterrecht. Also muß wie jedermann, so auch der Reporter Aufpassen (vergl. § 116 R.-Str.-G.-B.) und Zusammenrottungen (§ 125) grundsätzlich fernbleiben, wenn anders er nicht mindestens die öffentliche Ordnung verstoßen will.

Aber bei den Noabiter Vorgängen hat es sich ohne wesentliche Schwereität ermöglicht, daß alle diejenigen Herren Reporter, welche sich an die Polizei wandten, in deren Nähe einen Platz angewiesen (!) erhielten, von dem aus sie die Vorgänge verfolgen konnten. (?) Damit fanden sie zugleich unter dem Schutze der Polizei; es waren also für sie Unannehmlichkeiten, wie sie Herren, die ihren Platz selbst gewahrt hatten, widerfahren sind, von vornherein ausgeschlossen.

Vorausichtlich wird sich auch in späteren Fällen (!) das gleiche Verfahren ermöglichen. Dazu ist mir von journalistischer Seite ein Antrag auf Einführung von Reporterlegitimationen abzugeben in Aussicht gestellt worden.

Ich selbst lege großen Wert auf die Klärung der Herren Reporter an einen solchen Punkt, von dem aus sie das ganze Verfahren der Polizei sehen können. Denn objektive Berichte auf Grund eigenen Sehens sind das beste Wehmittel gegen alle die Tatzarenachrichten (!), welche grundsätzlich jedem scharfen Vorgehen der Polizei von interessierter Seite angehängt werden.

(gez.) Jagow.

Der Berliner Polizeipräsident lebt also noch immer in dem ungeheuerlichen Wahne, daß es sich in Noabit um einen „Aufruhr“ und dessen Niederschlagung gehandelt habe! Demgegenüber kann nur mit allem Nachdruck wiederholt werden, daß von „Zusammenrottungen“ und einem „Aufruhr“ gar keine Rede war, sondern, wenigstens mit Ausnahme des einzigen Montag, von einem ganz unmotivierten Polizeiterrorismus, von unglaublichen Angriffen auf harmlose Neugierige oder friedliche Straßenspassanten, kurzum nur von einem Aufruhr, den die Polizei selbst erregte! So begreiflich gerade deshalb freilich der Wunsch der Polizei erscheint, sich bei ihren Taten nicht von unparteiischen Elementen kontrolliert zu sehen, so unfinnig ist doch Herrn v. Jagows Behauptung, die verprügelten vier ausländischen oder auch die verhaunenen Berliner Journalisten hätten sich unbesonnenerweise unter „Zusammenrottungen“ gemischt!

Daß auch unsere bürgerliche Presse, sogar die brave „Germania“, von einem „Aufruhr“ faselt, versteht sich, soweit das Scharfmachergefinde in Frage kommt, ja ganz von selbst. Nur daß die liberale und „unparteiische“ Presse sich in den Tagen des Schredensregiments der Polizei so unglücklich feige und ehrlos benommen hat, verdient immer und immer wieder festgenagelt zu werden! Wenn jetzt die „Vossische Zeitung“ die Zuschrift eines Journalisten veröffentlicht, der selbst in Fällen von Aufruhr für die Zulassung von Journalisten plädiert, die von der Polizei mit einer sofort erkennbaren Legitimationskarte auszurüsten seien, so will das sehr wenig heißen. Zumal dieser Journalist der Polizei das Recht zugestehen will, unter den Personen, die als Berichterstatter zugelassen werden sollen, die sorgfältigste Auswahl vorzunehmen zu dürfen! Unter solchen Umständen käme schließ-

lich doch nur eine halb-polizeioffizielle Berichtserstattung zutage! Rein, die Deffektivität, und ihre Vertreterin, die Presse, besitzt unter allen Umständen das Recht der Kontrolle über alle Handlungen, die von irgend-einem behördlichen Organe ausgeht werden. Nicht aber hat die Polizei ein Recht darauf, sich zur absoluten Herrin aufzuspielen, jederzeit im Dienste irgendeines kapitalistischen Scharfmachers einen „Aufruhr“ zu inszenieren, die Straßen zu sperren und das Volk, das friedlich seinen Geschäften nachgehen will, einfach mit Säbeln oder gar mit Schusswaffen zu attackieren! So sehr ein solch absolutistisches Polizeisystem unseren agrarischen oder industriellen Scharfmachern passen möchte, jeder Bürger, der auch nur einen Funken modernen Empfindens besitzt, muß solche Anmaßungen mit der größten Entschiedenheit zurückweisen! Will der Liberalismus auch in dieser Beziehung die Volksrechte schönede preisgeben, so mag er das tun. Das Volk selbst wird ihm dann bei den Wahlen die Quittung nicht schuldig bleiben.

Unglaubliches.

Der Arbeiter Karl Jochow kam am Mittwoch, den 28. September, abends, von der Franerei Gappoldt, wo er Holzlegerarbeiten verrichtet hatte, durch die Hofdorfer Straße, in welcher er wohnt. Er geriet in einen Haufen Menschen hinein, der von berittenen Schutzeuten die Straße entlang getrieben wurde. Auf der gegenüberliegenden Seite wurde ebenfalls eine größere Anzahl Menschen von Berittenen weitergetrieben. Dort zogen die Berittenen blank und hieben auf die sich ruhig verhaltenden Menschen ein. Dieser Anblick versetzte J. so in Erregung, daß er sich dazu hinreißeln ließ, Muthände zu rufen. Er wurde sofort von zwei Kriminalbeamten gepackt und nun nicht nach der Polizeiwache, sondern nach dem Kohlenplatz der Firma Kupfer u. Co. geführt und dort den Arbeitswilligen überlassen! Diese schlugen von allen Seiten auf ihn ein, so daß er drei Wunden am Kopfe davontrug. Erst als J. kaum noch wachte, wo er sich befand, erklärte der eine Beamte: Nun hat er genug! Jetzt erst hörten die Arbeitswilligen auf, ihn zu schlagen. Er wurde zunächst entlassen, am 30. September aber erneut verhaftet.

Dieser Vorfall beweist, wie wenig der famose Herr Hinke geschwindelt hat, als er seine Streikbrechergarde gewissermaßen als Hilfstruppe der Polizei ausgab!

Die Verhandlungen wegen des Werftarbeiterstreiks

dauern noch an. Die gestern in Hamburg tagende Werftarbeiterkonferenz nahm den Bericht der Arbeiterdelegierten an den Einigungsverhandlungen entgegen. Sie beauftragte aber die Unterhändler, die Verhandlungen fortzusetzen, da sie die Angebote der Unternehmer nicht als angemessen empfand. Die Verhandlungen mit den Unternehmern wurden dann um 8 Uhr fortgesetzt. Heute mittag um 12 Uhr soll beiden Parteien das Resultat dieser weiteren Verhandlungen mitgeteilt werden. Die Werftarbeiter werden danach erneut Stellung nehmen. Um 7 Uhr treten dann die Unterhändler wieder zusammen und es ist zu erwarten, daß diese Verhandlungen zu einer endgültigen Stellungnahme führen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Oktober 1910.

Die Konservativen danken!

Der nationalliberale Angstruf zu Kassel: „Jurist auf Bilow!“ wird von den Konservativen kühl abgelehnt: Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt heute:

In einem Kommentar der Wassermannschen Delegiertentagsrede gibt auch die „Königliche Zeitung“ (Nr. 1009) ihrer Sehnsucht nach einer Wiederaufrichtung des Bilow-Blods Ausdruck. Aber war denn das überhaupt jemals ein Bloß? Was man so nannte, war ein Gebilde, das stets zusammenzufallen drohte, das ausgesprochenemmaßen von den Liberalen nur solange gestützt werden sollte, als er ihnen auf Kosten der Konservativen Parteivorteile brachte. Und nach solchen Vorteilen wurden die linksstehenden Bloßfreunde mit jedem Zugeständnisse der Rechten immer begehrlischer und immer ungenügsamer. Wassermann hat in Kassel allerdings erklärt, die Nationalliberalen seien mit dem Bloß und während der Wladperiode zufrieden gewesen. Aber diese Zufriedenheit muß eine so tief innerlich verborgene gewesen sein, daß kein Mensch, selbst Fürst Bilow nicht, etwas davon gemerkt hat. Im Bloß selbst aber wuchs die Segnerschaft zwischen den Konservativen und den Liberalen. Natürlich! Denn es war ein politischer Widerspruch, von den Konservativen zu verlangen, sie sollten statt Kompromißpolitik auf der Grundblase gegenseitiger Zugeständnisse liberale Politik machen. Der Bloß sollte eben nach den Absichten der Liberalen nur das Mittel sein, die Befestigung des Reiches und namentlich auch Preußens mit liberalem Geiste zu durchdringen, richtiger: zu demokratisieren.

Dah einem solchen Vorhaben, sobald es erkannt wird, die Konservativen Widerstand leisten müssen, ist klar. Aber auch dazu sollte der Bloß dienen, diesen Widerstand zu brechen. Und die Regierung sollte dieser Aufgabe sich widmen. Daher auch noch die jetzige nationalliberale Bloßschwärmerei, und daher die Gefährlichkeit, die wiederum in der „Königlichen Zeitung“ gegen die Konservativen, die nun eben konservativ bleiben und nicht zu einem nationalliberalen Anhängel werden wollen, zutage tritt.

Indes ist die „Kreuz-Zeitung“ durchaus mit einer Sammlungs-politik einverstanden, bei der auch (was sie zwar nicht ausspricht, was aber selbstverständlich ist) das Zentrum mittut. Damit möglichst der schwarzblaue Bloß die Mehrheit behält, wenn das aber nicht gelingen sollte, er durch den Zutritt der Nationalliberalen ergänzt werden kann, die man in dieser Gesellschaft unschädlich zu machen gedenkt. Als Bedingungen für solche „bürgerliche Sammlungs-politik“ von Fall zu Fall bei der Wahlaktivist“ stellt die „Kreuz-Zeitung“ auf: Leistung und Gegenleistung und „sachliche Agitation“ der Nationalliberalen, d. h. Aufgabe ihrer Angriffe auf die Konservativen wegen der Finanzreform.

Wann wird gewählt werden?

Mehrere bürgerliche Organe befaßen sich mit unserer Meldung über den vermutlichen Termin der Reichstagswahlen und sind sehr geneigt, sie für richtig zu halten. So weist ein Blatt darauf hin, daß der Arbeitseifer des Reichstags in dem kommenden Sessions-Abchnitt kein besonders großer sein werde. Wenn die Stat-beraterung erledigt ist, also Ende März, dann werde es schwierig sein, noch größere Arbeiten zum Abschluß zu bringen, und schon deshalb erscheine es sehr naheliegend, daß man den Reichstag dann auflösen werde. Daß die Regierung mit

ihren Absichten nicht schon jetzt an die Öffentlichkeit trete, sei erklärlich, denn sie habe nicht das mindeste Interesse daran, den Zeitraum, der für die Wahlkation zur Verfügung steht, etwa gar zu verlängern. Deshalb würden alle Vorkehrungen unter dem Gesichtswinkel zu treffen sein, daß schon Mitte kommenden Jahres die Neuwahlen zum Reichstag stattfinden werden.

Ganz unsere Meinung.

„Nicht zu verachtende Gründe.“

In dem bis heute zehnjährigen Kampf, der im christlichen Lager über das Verhältnis von Berufsorganisation und Kirche geführt wird, verdient als eine der interessantesten Erscheinungen die Schrift von Josef Niederlax: „Theologische Fragen über die gewerkschaftliche Bewegung“ genannt zu werden. Der gelehrte Verfasser, Mitglied der Gesellschaft Jesu und Professor der Moraltheologie an der Universität Innsbruck, neigt sich der Auffassung der M. Glabacher zu und seine Schrift ist, namentlich was seine Ansicht über die Erlaubtheit des Streiks betrifft, vielfach von der christlichen Gewerkschaftspresse als Zeugnis gegen die Berliner Richtung zitiert worden. Wir wollen hier auf das interessante Kapitel hinweisen, wo er sich über den gewerkschaftlichen Interkonfessionalismus ausläßt. Niederlax rechnet die Gewerkschaften mit Bauernvereinen, Handwerkerinnungen usw. zu den „geschäftlichen oder wirtschaftlichen Verbindungen“, die für die katholischen Mitglieder als „unerlaubt“ gelten müssen, wenn sie ihnen „Gefahr für den Glauben“ bringen. Dabei braucht das Zusammenwirken von katholischen und evangelischen Arbeitern in der Gewerkschaft nicht einmal die Gefahr zum Abfall vom Glauben herbeizuführen, sondern es genügt die „Gefahr in Glaubenssachen schwach zu werden oder im Glauben zu erlahmen“. Dann heißt es:

Da der persönliche Verkehr sich nur auf die gewerkschaftliche Tätigkeit als solche zu beziehen hat, diese sich aber ihrer Natur nach innerhalb sehr bescheidener Grenzen hält, so läßt sich nicht sagen, daß die Notwendigkeit dieses Verkehrs die Bildung interkonfessioneller Gewerkschaften oder den Eintritt in dieselben unerlaubt macht. Um so weniger ist dies der Fall, wenn nicht zu verachtende Gründe vorliegen für die Zulassung auch protestantischer Arbeiter. Als nicht zu verachtenden Grund wird man die numerische Stärke der Gewerkschaft und die dadurch erzielte höhere Geeignetheit zur Erreichung des gewerkschaftlichen Zweckes, der Beförderung der wirtschaftlichen Lage, sicher anerkennen müssen.

In diesen Darlegungen ist mancherlei von Bedeutung. Ob die Gefahr für die katholischen Arbeiter, im gewerkschaftlichen Zusammenwirken mit evangelischen Arbeitern im Glauben zu erschaffen, vorliegt, darüber befindet die „kirchliche Autorität“, das heißt die Bischöfe, so daß also das Dasein und das Schicksal der christlichen Gewerkschaften, die im Falle jener Gefahr für die katholischen Arbeiter verboten sein müßten, völlig in die Hand der Bischöfe gegeben ist. Und daß jene Gefahr für gegeben erachtet werden kann, zeigt das Beispiel Hollands, wo die Bischöfe die interkonfessionellen christlichen Organisationen verboten haben.

Dann weiter verdient bemerkt zu werden die Annahme, die hier von Seiten der ultramontanen Vorkämpfer der christlichen Gewerkschaften den evangelischen Arbeitern gegenüber geübt wird. Sie werden unter dem Vorbehalt, daß der Umgang mit ihnen keine „sittliche Gefahr“ für die katholischen Arbeiter bildet, allernüchternst „zugelassen“, und zwar aus dem „nicht zu verachtenden Grunde“, weil sie die Reihen der ultramontanen Gewerkschaften und damit die Macht des Zentrums zu stärken geeignet sind. Für diesen Zweck sind sie gerade gut genug. Nur sollen sie keinen Anspruch machen, von ihren katholischen Gewerkschaftsgenossen als gleichwertig, als würdig der Freundschaft erachtet zu werden. So etwas gibt es nicht, denn das würde für die katholischen Arbeiter jene „Gefahr“ bedeuten, die das Verbot der christlichen Gewerkschaften als „sittlich unerlaubt“ nach sich zieht. Niederlax, der Moraltheologe, schreibt nämlich im Anschluß an obige Sätze:

Andererseits muß dann aber auch vorgeführt werden, daß die interkonfessionellen Gewerkschaften den Katholiken zu keinem weiteren, namentlich zu keinem vertraulichen persönlichen Verkehr mit den andersgläubigen Mitgliedern Anlaß geben.

Die evangelischen Arbeiter sind also nur aus dem „nicht zu verachtenden Grunde“ den Ultramontanen willkommen, daß sie zur Stärkung der Zentrumsbewegungen beitragen. Darüber hinaus sind sie für die schwarzen Brüder in Christo eine Gefahr, und wehe dem katholischen Arbeiter, der sich mit dem andersgläubigen, wenn auch vielleicht nicht weniger christlichen Arbeiter in näheren Verkehr einläßt. Ob nicht eine derartige Annahme der Ultramontanen ein „nicht zu verachtender Grund“ für jeden evangelischen Arbeiter wäre, der christlichen Gewerkschaft den Rücken zu drehen, wenn er in einer schwachen Stunde so gutmütig war, sich unter das ultramontane Joch zu begeben?

Gegen die Fleischnot.

Am Mittwochabend gelangten in der Hamburger Bürgerschaft die in der vorigen Sitzung zurückgestellten Anträge betr. Maßnahmen gegen die Fleischsteuer zur Verhandlung.

Ein bürgerlicher Antrag verlangt vom Senat, im Bundesrat für die Aufhebung der Quarantäne und Tuberkulinimpfung für aus Dänemark eingeführtes Schlachtvieh einzutreten, das unter Beobachtung der erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen direkt auf die Schlachthöfe zur abschließenden Abschachtung überführt werden solle.

Ein linksliberaler Antrag ersucht den Senat, bei der Reichsregierung zu beantragen, alle sofort wirkenden und durchführbaren Mittel zur Verbilligung des Fleisches in Anwendung zu bringen.

Der sozialdemokratische Antrag lautet: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, im Bundesrat mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß zur Milderung der gegenwärtigen, die minder bemittelten Bevölkerungsschichten stark bedrückende Fleischnot geeignete Maßnahmen schnellstmöglich getroffen werden, daß insbesondere die sofortige Öffnung der Grenzen für eine ausreichende Vieheinfuhr und die Aufhebung der Lebensmittelzölle erfolgt.

Die staatsbürgerliche „Gleichberechtigung“ in Bayern.

Gegen zwei Lehrer in Frankenthal (Pfalz) ist dem Vernehmen nach ein Disziplinarverfahren beantragt worden, weil sie bei ihrer Anwesenheit in einer am Freitag, den 16. September, in Frankenthal stattgehabten sozialdemokratischen Volksversammlung, in welcher Rechtsanwalt Kfermann über das Thema „Persönliches Regiment oder Volksregierung“ sprach und Kritik an der bekannten Königsberger Kaiserrede übte, wiederholt Weisfall gesüßert und insbesondere einzelne scharfe Bemerkungen des Redners durch die Worte: „Sehr richtig bekräftigt haben sollen!“

Moabit in Köln.

Es ist nunmehr unzweifelhaft festgesetzt, daß die ausständigen Bauhilfsarbeiter — es handelt sich um etwa 70 — an den blutigen Vorgängen in dem Kölner Vorort Deuz nicht die mindeste Schuld trifft. Es ist das eine Verleumdung seitens der bürgerlichen Presse; besonders die „Kölnische Zeitung“ schreibt, die angeblichen Angriffe auf die Polizei seien von Ausständigen ausgegangen, die eben aus einer Verprechung gekommen seien. Tatsächlich ist bisher nicht ein einziger Streikender mit der Polizei in Konflikt gekommen. Die Säbellei der Polizei war schon beendet, als die Streikenden aus der Verprechung kamen, an der alle, außer zwei Streikposten, teilgenommen hatten. Es handelt sich lediglich um einen Zusammenstoß mit Reugierigen, die infolge des herausfordernden Benehmens der Arbeitswilligen und wegen des zahlreichen Polizeiaufgebots sich naturgemäß angesammelt hatten. Als die Streikbrecher abends 6 1/2 Uhr die Arbeit verließen, drängten sich die Reugierigen heran, und als sie der Aufforderung zum Weggehen nicht sofort folgten, begann alsbald das Dreinschlagen mit den Säbeln. Leute, die von der Arbeit von benachbarten Fabriken heimkehrten und gar keine Ahnung hatten, um was es sich handelte, erhielten zum Teil schwere Säbelschnitte, so z. B. drei schwächliche und harmlose aussehende Fabrikarbeiter, zwei Leute hatten furchterlich blutende Kopfwunden; weiter wurde ein Bureaubeamter am Arm schwer verletzt. Leute, die auf der Erde lagen, wurden mit Säbeln gehauen. Obwohl die Sache in wenigen Minuten erledigt war, überließen die Polizeibeamten die Verwundeten ihrem Schicksal.

Eine Prinzipienfrage der Polizei in Halle.

Die Verwaltungsstelle Halle a. S. des Deutschen Metallarbeiterverbandes hatte im Anfang dieser Woche eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, die zu der angekündigten Aussperrung in der Metallindustrie Stellung nehmen sollte. Von den 3800 Mitgliedern des Verbandes in Halle hatten sich über 3000 eingefunden. Als der Referent, Genosse Gröbel, vor der imposanten Versammlung bereits eine halbe Stunde gesprochen hatte, erklärten im Saale plötzlich zwei Polizeibeamte, um diese rein gewerkschaftliche Mitgliederversammlung zu „überwachen“. Angesichts dieser offenbar Geschwizdrigkeit bemächtigte sich der Anwesenden eine starke Erregung, die von der Versammlungsleitung nur mühsam gestillt werden konnte. Alle Vorstellungen an die Polizeibeamten fruchteten nicht, sie erklärten, zur Ueberwachung beauftragt worden zu sein und bleiben zu wollen. Hierauf erklärten jedoch die Mitglieder einmütig, die polizeiliche Ungeheuerlichkeit nicht mitmachen zu wollen, was zur Folge hatte, daß die Versammlung geschlossen wurde.

Als nun der Bevollmächtigte des Verbandes beim Polizeinspektor D. Doffow mündlich Beschwerde einbrachte über diese unerhörte Maßnahme, erklärte der Beamte, es handle sich für die Halle'sche Polizei hierbei um eine Prinzipienfrage. Es läge noch kein höchstinstanzlicher Bescheid vor, welche Versammlungen denn eigentlich nach dem neuen Vereinsgesetz überwacht werden dürften und welche nicht. Weitere Gründe zu der geschwizdrigen Entsendung von Polizeibeamten in eine Gewerkschaftsversammlung teile er nicht mit. Um sie zu erfahren, ist nun auch schriftliche Beschwerde eingereicht worden.

Das Verhalten der Halle'schen Polizei ist unerhört. Wenn sie die Rolle im Vereinsgesetz stecken wollte, so würde sie daraus zweifellos entnehmen müssen, daß sie in der Versammlung der Metallarbeiter nichts, aber auch gar nichts zu suchen hatte. Denn erstens handelt es sich um eine Gewerkschaftsversammlung, in der keine politischen Angelegenheiten zur Erörterung standen, und zweitens um eine Vereinsversammlung.

Bei der Beratung des Vereinsgesetzes hat der damalige Staatssekretär v. Bethmann Hollweg eine lokale Ausführung des Gesetzes zugesichert. Wie es damit ausschaut, das zeigt der Fall Halle und zeigen zahllose ähnliche Fälle.

Fortschritts Hoffnungen in Weiningen.

Der Abgeordnete Müller-Weiningen ist in seinem bisherigen Wahlkreise wieder als Reichstagskandidat aufgestellt worden und hat gelegentlich seiner Kandidatensprache einige seiner schmerzlichen Worte über die „Zubeil-Partei“ und das Magdeburger „Rebergergericht“ gemacht. In der Resolution, die Herr Müller als Kandidaten proklamiert, wird die Hoffnung ausgesprochen, daß Müller über die „mit verwerflichen Mitteln arbeitende Sozialdemokratie“ siegen werde — eine Hoffnung, die unsere Genossen hoffentlich zusehender machen werden.

Agrarische Versammlungssprenger.

Mit dem Gefühl des Wohlbehagens erzählt die „Deutsche Tageszeitung“, wie die Agrarier in Pommern es dem Bauernbund schwer machen, dort Versammlungen halten zu können. Einer der Redner des Bauernbundes, der offenbar durch Erfahrungen gewarnt ist, lehnte das Verlangen der zum Bunde der Landwirte gehörigen Agrarier ab, von der Versammlung einen eigenen Vorsitzenden wählen zu lassen. Auch darauf wollte er sich nicht einlassen, den Herren Rednerfreiheit zu gewähren. Die Landhändler haben dann die Versammlung gesprengt und diesen Vorgang leidet die „Deutsche Tageszeitung“ in folgende Worte: „Die ganze Versammlung protestierte gegen eine solche Vergeßlichkeit derartig, daß Herr Deckermann es vorzog, seinen Vortrag zu halten und das Lokal verließ.“ Die Landhändler haben dann die Versammlung wieder eröffnet, haben ihren „Allernüchternsten Kaiser und König“ angehocht, ein Herr v. Bräsewiz brachte ein Hoch auf den Bund der Landwirte aus. Nach der „Tageszeitung“ war es ziemlich früh, als die letzten heimgingen mit dem Gefühl, einen ganz interessanten Abend verlebt zu haben.

Wenn Sozialdemokraten in einer gegnerischen Versammlung Vorentscheid verlangen, dann bezeichnet das gerade die „Deutsche Tageszeitung“ stets als eine Verletzung der gewährten Gastfreundschaft. Wie es aber die Agrarier treiben, das ist hier einmal in ganz einwandfreier Weise dargelegt worden.

Eine Strafe gegen schwarze Soldaten in den deutschen Kolonien.

Aus einer im Kolonialgebiet veröffentlichten Verordnung des Reichskanzlers über die strafrechtlichen und Disziplinarverhältnisse der kaiserlichen Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika ergibt sich, daß gegen Gemeine und Unteroffiziere der angeordneten Wehrdienst eventuell fünf- bis fünfzig Jahre als Strafmittel in Anwendung kommen. Die Vollstreckung der Freiheitsstrafe erfolgt unter Ausschluß der Öffentlichkeit und mit der vorgeschriebenen Weisheit.

In Deutschland selbst erfolgt das Prügeln der Soldaten offiziell und ohne vorgeschriebene Weisheit!

Oesterreich.

Die Bauernunruhen in Bosnien.

Sarajewo, 5. Oktober. Aus Banjaluka werden erneute Agrarunruhen gemeldet. Von Doboj zogen sich 2500 Bauern nach Sarajewo in Bewegung, um in der bosnischen Hauptstadt zu revoltieren. Drei Bataillone Infanterie unter dem

Kommando eines Generals trafen den aufrührerischen Bauern entgegen. Als diese das Militär kommen sahen, entblößten sie ihre Brust und riefen den mit gefüllten Bajonetten Anrückenden zu: „Stoht zu.“ Die Soldaten trieben daraufhin die Aufrührer mit Kolbenschlägen auseinander. Alle Straßen nach Sarajewo sind mit starken Truppenabteilungen besetzt.

Frankreich.

Protestkundgebung gegen die Teuerung.

Paris, 5. Oktober. In Baillieux fand gestern eine Kundgebung gegen die neuerliche Verteuerung der Lebensmittel statt, wobei es zu wüsten Szenen kam. Die Verkäufer hatten die Preise für Butter und Eier bedeutend erhöht; sie wurden daraufhin boykottiert. Viele Körbe mit Eiern wurden einfach umgestürzt und zertrümmert. Mehrere Verkäufer wurde ihre eigene Butter ins Gesicht geschmiert. Die Kundgebungen dauern noch an.

Balkan.

Eine serbisch-bulgarisch-montenegrinische Militärkonvention.

Belgrad, 5. Oktober. Es wird hier bestätigt, daß das Projekt einer serbisch-bulgarisch-montenegrinischen Militärkonvention unter dem Patronat Russlands nicht nur besteht, sondern daß Verhandlungen, welche in Sofia geführt worden, schon ziemlich weit gediehen sein sollen. Der serbische Gesandte in Bukarest, Ristic, ist in dieser Angelegenheit bereits nach Sofia abgereist.

Jungtürkisches Regiment.

Paris, 5. Oktober. In Baillieux fand gestern eine Kundgebung, die Ueberführung von 40 verhafteten Bulgaren zwecks standgerichtlicher Aburteilung nach Westküste lebhaftem Beunruhigung unter der Bevölkerung hervorgerufen hat. Neun Priester mit Handschellen und Ketten am Halse versehen eröffneten den Transportzug. Unter dem Zug schritten zwei Anaben im Alter von 13 und 14 Jahren, welche ebenfalls durch Ketten gefesselt worden waren. Das Volk ersucht die Behörden, der Bevölkerung diesen betäubenden Anblick zu ersparen und meint, daß ganz besonders das jungtürkische Regiment künftighin selbst mit den gefährlichsten Delinquenten nicht so verfahren dürfe.

Amerika.

Grausamkeiten in den amerikanischen Südstaaten.

Die Zustände in den ehemaligen Sklavenstaaten zeigen, daß die Pest der Sklaverei, die vor 50 Jahren mit Gewalt beseitigt wurde, tatsächlich noch lange nicht völlig überwunden ist. So kommt aus dem Staate Georgia die Nachricht, daß dort das Peitschen von Frauen nach einer gesetzlich zugelassenen Maßregel ist. Auf der Gefängnisfarm von Fulton County, einer Strafanstalt für Frauen, aber mit männlichen Wächtern, hat ein Aufseher eine Gefangene, die ihn geärgert hatte (wodurch, ist nicht angegeben, vielleicht aus triftigen Gründen), ein ganz junges schwächliches Weib, auspeitschen lassen. Sie erhielt 110 Schläge mit einem schweren ledernen Riemen! Ein Weiblicher hat die Schmachlichkeit erwidert und Anzeige erstattet. Doch wird eine Bestrafung kaum erfolgen, da der Aufseher sich auf den Sekretär der Gefängnis-Kommission beruft, der ihm Erlaubnis zum Peitschen erteilt habe. Ueberdies widerspricht eine Bestrafung dem ganzen Geiste eines Gemeinwesens, das die Auspeitschung schwarzer Frauen gesetzlich ausdrücklich zuläßt. Vor einigen Jahren hatte, wie die „N. Y. Ztg.“ berichtet, eine andere Weibliche eine Gefangene halbtot peitschen lassen. Darauf kam ein Gesetz, das die Auspeitschung weißer Frauen unterjogte. Sie werden also nun ungeschlechtlich, die Negern aber geschlechtlich gepeitscht.

Unser New Yorker Parteiblatt bemerkt zu diesen Schmachthaten: „Georgia, der Staat, in dem man Frauen peitscht, ist derselbe, in dem alle paar Wochen oder Monate ein oder mehrere Neger lebendig verbrannt werden; derselbe, in dem Kinder von 8—12 Jahren 12 und 14 Stunden täglich in den Baumwollfabriken arbeiten; derselbe, in dem eine Antifrauenrechtlerin erst kürzlich den bezweifelnden Auspruch tat: „Frauen des Südens haben das Stimmrecht nicht und wünschen es auch nicht. Es könnte ihre weibliche Anmut verringern.“ Der Nichtamerikaner und noch mehr der vom Größenwahn aufgeblähte echte Yankee müssen erst mühsam lernen, daß es drüben Gemeinwesen gibt, die noch heute auf mittelalterlicher Kulturstufe stehen und am meisten Nehmlichkeit mit dem heutigen Russland haben.“

Soziales.

Ungültige Stadtverordnetenwahlen.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte am Dienstag die Ungültigkeitserklärung der im November und Dezember 1900 in Guben vorgenommenen Stadtverordnetenwahlen. Von der Ungültigkeitserklärung betroffen werden die Mandate der Genossen Hähnchen, Thiele und Galle sowie des bürgerlichen Kandidaten Bissner. Die Ungültigkeit mußte ausgesprochen werden, weil der Gubener Magistrat — ähnlich wie im Fall Dr. Mugdan-Berlin — in durchaus mißverständlicher Auslegung der Novelle vom 30. Juni 1900 betreffend die Bildung von Wählerabteilungen bei Gemeindevahlen im Widerspruch mit der Städteordnung sich selbst zum Wahlvorstand ernannt hatte.

Freier Samstagnachmittag.

Die Metallwarenfabrik Braunmann u. Preisling hat, wie mitgeteilt wird, als erste Firma in Lüdenscheid im Westfalen für ihren gesamten Betrieb den freien Samstagnachmittag eingeführt. Die Firma hofft, mit der Maßnahme auch das bisherige Blamieren mancher Arbeiter am Montag vermeiden zu können. Der freie Samstagnachmittag sollte auch mehr in Tarifverträgen eine Stelle finden. Hoffentlich findet die Lüdenscheider Fabrik bald weitere Nachfolger.

Von den „Wohlfahrts“-Lassen.

Ein großes Licht auf die wirklichen Eigenschaften der Zwangsrentenklassen der Großindustrie leuchtet wieder einmal folgender Vorgang. Ein Glasbläser R. arbeitete nach der „Saarpost“ schon 20 Jahre und der Glasbläser D. 18 Jahre bei der bekannten Firma Popelius. Diese versuchte, die bei der Fabrik bestehende Pensionskasse umzuwandeln, auf daß die Arbeiter keinen jeien, gesetzlichen Anspruch mehr an sie haben sollten. Dagegen wandten sich R. und D. im Interesse ihrer Kameraden. Die Firma wollte sich durch die Umwandlung von den als lästig empfundenen Verpflichtungen (wie Aufsichtsratsrecht der Regierung, Garantie für noch später auszugehende Pensionen und höher werdende Pflichtbeiträge) befreien, was wegen des Widerstandes der Arbeiter nicht gelang. Für die beiden Arbeiter, die an der Veränderung der Verschlechterung mitwirkten, hatte die Firma Popelius bald „keine passende Arbeit mehr“, sie wurden entlassen. Beide Arbeiter klagten vor dem Gewerbeamt in Sulzbach auf Wiederstattung der gezahlten Beiträge zur Pensionskasse in Höhe von 874,87 M., wurden indes abgewiesen. Dafür bekamen sie noch den Vortour vom Gewerbeamt, daß sie das Wesen der Pensionskasse als einer sozialen Einrichtung vollständig verkannten und für sich selbst in eigennütziger Weise eine Bereicherung zum Schaden ihrer Arbeitsgenossen verlangten! Schamlos!

Nachträglich soll noch ein dritter Arbeiter entlassen worden sein, der 38 Jahre vortourfrei bei der Firma gearbeitet und ein kleines Vermögen an Beiträgen zur Wohlfahrtskasse eingeholt hat. Eine solche „Wohlfahrt“ kann allerdings kaum noch überboten werden. Es wird die höchste Zeit, daß ein gesetzlicher Eingriff erfolgt.

Gewerkschaftliches.

Zum Streik der Kohlenarbeiter.

Die bei der Kohlenfirma Kupper u. Co. im Streik stehenden Arbeiter und Knutscher halten nach wie vor fest zusammen. Die Streikposten konnten feststellen, daß die Situation infolgedessen unverändert ist, als die Firma nicht genügend Arbeitswillige zur Verfügung hat. Die vorhandenen Arbeitswilligen sind zum größten Teil Jammergestalten, mit denen der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden kann. Vor Beginn des Streiks wurden täglich über hundert Fuhrer abgefahren, heute werden höchstens 10—15 und im günstigsten Falle 20 Fuhrer erledigt. Bei der Firma Liemendörfer haben die Arbeiter und Knutscher am Donnerstag früh die Arbeit niedergelegt, weil daselbst Streikarbeit für Kupper gemacht worden ist. Nachdem der Inhaber die ehrenwörtliche Erklärung abgegeben hatte, daß für Kupper u. Co. nicht mehr gefahren wird, nahmen die Arbeiter die Arbeit wieder auf. Bei der eigentlichen Kreisreiferfirma B. Pauly Nachfolger, Nordstraße, haben von 36 Beschäftigten am Mittwoch früh 25 Mann die Arbeit niedergelegt, und sieht zu erwarten, daß ein Teil der übrigen sich im Laufe des Tages, spätestens aber am Donnerstag früh mit den Ausständigen solidarisch erklären werden. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß am Donnerstag die bei der Firma Liemendörfer tätigen Arbeiter und Knutscher erneut in den Ausstand treten werden, da dieser Platz Eigentümer der Firma Pauly Nachf. ist. Bei den Firmen Schneidemühl u. Schiebel konnte bisher nicht festgestellt werden, daß Streikarbeit geleistet wird.

Zugung ist somit fernzuhalten bei den Firmen Kupper u. Co., Leop. Pauly Nachf. und Liemendörfer. Die Bezirksverwaltung Groß-Berlin des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

Berlin und Umgegend.

Stellungnahme der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Nix u. Genest zur angedrohten Aussperrung.

Eine überaus stark besuchte Betriebsversammlung der Firma Nix u. Genest, welche am Dienstag, den 4. Oktober, im „Wilhelmshof“ in Schöneberg tagte, nahm Stellung zu der von den Metallindustriellen Deutschlands geplanten Aussperrung. Klaus vom Deutschen Metallarbeiterverband schilderte in eingehender Weise die Ursachen, welche zu dem Streik der Werftarbeiter geführt haben. Das den Arbeitern in den Jahren der Krise genommene zurückzufordern, sei mit Rücksicht auf die Belastung und Besteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse unbedingte Notwendigkeit. Die Ausführungen des Referenten, daß die Metallarbeiter Deutschlands es fast haben, sich bei jedem Versuch, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, mit Aussperrungsandrohungen konfrontiert zu sehen, fanden lebhaften Beifall. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern darauf hingewiesen, daß es Ehrensache aller Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen sei, die kämpfenden Werftarbeiter nach jeder Richtung zu unterstützen und zuhelfen der Aussperrung entgegenzusetzen. Auch die Lohnverhältnisse in diesem Betriebe seien nicht dazu angetan, um behaupten zu können, daß sie eine Aufbesserung nicht ertragen könnten. In einer mit Einstimmigkeit angenommenen Resolution erklärte sich die Versammlung mit allen Maßnahmen ihrer Organisationsleitung einverstanden. Zugleich wurde beschlossen, daß falls am 8. Oktober 60 Proz. ausgesperrt werden, die restlichen 40 Proz. geschlossen den Betrieb verlassen.

Die Lohnbewegung der Gold- und Silberarbeiter.

Dem Bericht zufolge, den Handl in einer sehr stark besuchten Versammlung der Gold- und Silberarbeiter erstattete, ist nach mehrmaligen, langen und schwierigen Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und der Kommission der Arbeiter eine Vereinbarung auf folgender Grundlage zustande gekommen: Für Gold- und Silberarbeiter ist die neunstündige Arbeitszeit einschließlich der viertelstündigen Frühstückspause bewilligt, ferner statt der geforderten zehnprozentigen Lohnerhöhung eine solche von 5 Proz. auf alle Löhne, die seit dem 1. April nicht erhöht worden sind. Die Akkordpreise sollen durch Verhandlung in den einzelnen Betrieben geregelt und bis 5 Proz. erhöht werden. Wochenlöhne über 45 M. sowie die Löhne der Arbeiterinnen werden nach Leistung und Vereinbarung erhöht. Bei Arbeitsmangel wird die Arbeitszeit verkürzt, um Entlassungen zu vermeiden. Bei den Silberarbeitern wird Sonnabend eine Stunde, vor den hohen Festen zwei Stunden früher Feierabend gemacht ohne Lohnabzug. Bei den Goldarbeitern unterliegt die Verlegung und Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend der freien Vereinbarung. Der Mindestlohn beträgt für Silberarbeiter 24 M. wöchentlich, für Goldarbeiter 45 M. pro Stunde. Handl bemerkte zu diesem Verhandlungsergebnis, daß ja nicht allzuviel erreicht worden sei, daß aber trotz eifrigster Bemühungen der Kommission nicht mehr erreicht werden konnte. Das wesentlichste sei die Erhöhung der Mindestlöhne um 3 M. wöchentlich. Mit Bezug auf dieses Zugeständnis könne man sagen, daß drei Fünftel der gestellten Forderungen bewilligt seien. Der Redner empfahl die Annahme der Vereinbarungen, die für zwei Jahre vertraglich festgelegt werden sollen. Nach längerer Diskussion stimmte die Versammlung den Vereinbarungen zu.

Beim Streik der Chauffeurs, Fader und Hausdiener der Handelsgesellschaft deutscher Apotheker ist die Situation unverändert. Am Mittwoch machten folgende Kraftfahrzeuge Passfahrten: 9658, 9872, 8624, 9717, 9218, 8633, 9420, 9526, 8640. Der Fahrer der Kraftdrosche 8819 teilt mit, daß er keine Streikfahrten gemacht habe. Es muß somit ein Zerium abwarten. Gestern wurde ein Geschäftsbote der Firma in Begleitung von Kriminalbeamten, die in die Bibre der Handelsgesellschaft gesteckt wurden, spazieren gefahren. Einer dieser Wiedermänner nahm vorn als Mitfahrer auf dem Hof Platz, während der zweite im Innern, wo sonst Pakete und Kisten aufgeschichtet werden, der Dinge harrete, die nicht kamen! Um die Aufmerksamkeit der Streikenden auf sich zu lenken, führen die Agents provocateur am Streiklokal in merkwürdig verlangsamtem Tempo vorbei und setzen die Hupe kräftig in Bewegung. Obwohl über die Qualität der Bewachung kein Zweifel bestand, wollte man sich doch noch Gewissheit verschaffen. Als an einer Apotheke in Charlottenburg Halt gemacht wurde, sprach sie einer der Streikenden in höflichem Tone an. Der „Mitfahrer“ hielt den Betreffenden fest und ging mit ihm noch dem hinteren Teil des Wagens, jedenfalls um ihn seinem Amtsbreder zu übergeben. Der Streikposten war aber flinker, hatte auch bereits genug gesehen. Die Polizei ist in besonders schneidiger Weise bemüht, der Gesellschaft zu helfen. Zugung ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Zum Streik der Röhre ist zu berichten, daß seit Sonnabend, den 1. Oktober, die Arbeit fast vollständig auf allen Bauten ruht. Es haben sich bei der Bautenkontrolle, welche von den streikenden Röhren genau ausgeübt wird, nur vereinzelte Bauten gefunden, wo Arbeitswillige vorhanden sind. Die Unternehmer haben wohl gehofft, daß die Unorganisierten die Arbeit nicht niederlegen würden, darin setzen sie sich jetzt aber bitter getäuscht. Auf verschiedenen Bauten, wo noch Röhre am Anfang der Woche bei der Arbeit angetroffen wurden, haben dieselben die Arbeit niedergelegt, sobald sie von den Streikenden auf ihr unsolidarisches Verhalten aufmerksam gemacht wurden. Auf einigen Bauten ist versucht worden, die Zimmerer und Maurer zu bewegen, Röhrearbeiten zu machen, was jedoch stets abgelehnt worden ist. Einzelne Unternehmer, welchen sich ein Arbeitswilliger zur Verfügung stellte, haben diesen zum Polier gestempelt und versuchen damit die aller-

bringendsten Arbeiten fertig zu stellen. Demgegenüber wird von den Streikenden ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auf sämtlichen Bauten, wo jetzt noch Röhrearbeiten gemacht werden, dies von Arbeitswilligen geschieht. Sämtliche Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter werden deshalb ersucht, keine Streikarbeit zu verrichten und die im Kampfe stehenden Röhre noch dadurch zu unterstützen, daß sie die Arbeitswilligen auf ihr unsolidarisches Verhalten aufmerksam machen. Ferner ist es nötig, sämtliche Bauten, wo noch Streikarbeit verrichtet wird, sofort an das Verbandsbureau der baugewerblichen Hilfsarbeiter, Engelauer 15, vorn 3 Treppen, zu melden. Telefon-Nr. 1 V, Nr. 4098.

Achtung, Buchbinder und Buchbinderarbeiten! In Potsdam sind bei der Firma A. Gahns Erben (Jah. E. Gerber) Differenzen ausgebrochen. Zugung ist fernzuhalten. Der Bauvorstand.

Deutsches Reich.

Zur Tarifbewegung der Buchbinder in Hannover.

Bisher ist in vier Betrieben die Arbeit niedergelegt worden, im Streik befinden sich zirka 30 Personen. Da am 8. Oktober in den meisten Betrieben die Kündigungsfrist abläuft, wird an diesen Tagen das Gros der Arbeiter und Arbeiterinnen, zirka 1000 Personen, in den Ausstand treten. Einigungsverhandlungen scheinen zurzeit ausgeschlossen, da die Arbeitgeber es auf eine Krostprobe ankommen lassen wollen. Die Großfirmen König u. Ebhardt, Ehler u. Krüger, Mölling u. Co. und auch die Buchbinderinnung suchen durch Inserat in zahlreichen auswärtigen Blättern Arbeitswillige zu Löhnen, die höher sind, als die der hiesigen Arbeiterschaft gebotenen.

Achtung! Schuhmacher. In Breslau befinden sich die Kollegen und Kolleginnen der Schuhfabrik Dorndorf wegen Verkürzung der Arbeitszeit im Streik. Verhandlungen mit der Organisationslehnte die Firma ab. Trotzdem in der deutschen Schuhindustrie die neunstündige Arbeitszeit fast allgemein ist, wird bei Dorndorf-Breslau noch 10 $\frac{1}{2}$ Stunde täglich gearbeitet. Arbeitsangebote bei Dorndorf sind zurzeit abzulehnen. Zirka 400 Personen kommen in Frage.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Gau 8, Breslau.

Der Streik der Tabakarbeiter bei der Firma Kössen u. Böckel in Bad Drenthausen (Westfalen), Sitz Aachen, ist mit Erfolg beendet. Die Zulagen betragen auf 11 Sorten je eine Mark und auf 10 Sorten je 50 Pf. pro Wille und für bessere Profill. Der Streik hat 14 Tage gedauert; die Streikenden gehören alle dem Deutschen Tabakarbeiterverbande an.

Unverbesserliche Scharfmacher.

Krefeld, 5. Oktober. In einer Besprechung der Oberbürgermeister Dr. Dehler mit sechs Vertretern der Streikenden von der Seidenfirma Eißländer hatte, machte der Oberbürgermeister, der von den Arbeitern um seine Vermittlung ersucht worden ist, um die für den 28. d. M. angekündigte Gesamtaussperrung von 15 000 Seidenwebern zu verhindern, folgenden Vorschlag: Die Streikenden sollen die Arbeit wieder aufnehmen, wofür die gemäßigten Arbeiter in den Betrieben Eißländer wieder eingestellt werden sollen, jedoch nur solange, sich anderwärts keine Arbeit bietet, die aber dann nicht ausgeschlagen werden darf. Mit diesem Vorschlag erklärten sich die Arbeiter einverstanden; der Arbeitgeberverband lehnte jedoch den Vorschlag ab. Daraufhin beschloß eine heute nachmittags um 3 Uhr tagende Versammlung der Streikenden in gemeinsamer Abstimmung, die Arbeit erst dann wieder aufzunehmen, wenn der Vorschlag des Oberbürgermeisters angenommen würde.

Streik der Lohgerber in Ehlingen.

Bei der Firma Roser in Ehlingen, Lederfabrik, haben 170 Lohgerber die Arbeit niedergelegt. Sie fordern Erhöhung der Akkordsätze um 15 Prozent, stufenweise steigende Löhne der Hilfsarbeiter, sowie der Baum- und Tafelarbeiter, die ständig im Lohn arbeiten. Für alle Arbeiter, auch die Akkordarbeiter, einen Aufschlag für Überstunden, der wochentags 15 Pf. und Sonntags 30 Pf. pro Stunde betragen soll. Außerdem für alle über drei Jahre im Betriebe tätigen Arbeiter einen dreitägigen Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Beseitigung aller Einschränkungen bei der Wahl des Arbeiterausschusses. — Zugung von Lohgerbern und Lohgerberhilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Zum Metallarbeiterkampf im Mannheimer Industriegebiet ist zu bemerken, daß 23 größere Betriebe in Betracht kommen, wobei etwa 10 000 Arbeiter von der Aussperrung betroffen werden können. Bei der Firma Brown Brobery u. Co. haben sämtliche Arbeiter ihre Kündigung eingereicht. Die Firma Heinrich Lang hat ihren Arbeitern gekündigt. Bei den Firmen Wenz u. Co. und dem Strebelwerk besteht keine Kündigung. Die Arbeiter werden zum festgesetzten Termin entlassen. Die Firma Mohr u. Federhaff in Mannheim und Gebelider Sulzer in Ludwigshafen haben eine Kündigung noch nicht vorgenommen. Die Fertigstellung des Langschen Luftschiffes wird durch die Aussperrung verzögert.

Ausland.

Französischer Gewerkschaftskongress.

Toulouse, 3. Oktober. (Fig. Ver.) Heute hat hier der 17. französische Gewerkschaftskongress — der 11. seit Gründung der Arbeitskonföderation — seine Beratungen begonnen. Er tagt im ehemaligen Jakobinerkloster, dessen gotisches Refektorium von der Stadt in einen Versammlungssaal umgewandelt worden ist. Der Raum ist indes für diesen Zweck nicht sonderlich geeignet, namentlich, weil die sehr hohe Rednerbühne an der Längsseite errichtet ist. Schon vor zwei Jahren, als hier die geeinigste Partei ihren Kongress abhielt, machten sich atypische Uebelstände geltend, deren nur des Präsidenten Sembat Steniorstimme Herr werden konnte. Für die erheblich zahlreichere Versammlung der C. G. T., mit dem (Menschen) Temperament vieler ihrer Delegierten, läßt sich da mander Sturm voraussehen.

Die kurze Vormittagsitzung war der Erledigung der Formalitäten gewidmet. Nach einer Aussprache des Sekretärs der lokalen Arbeitsbörse begrüßten Sassenbach im Namen der deutschen Generalkommission und Appleton im Namen der englischen Gewerkschaften den Kongress. Sassenbach konstatierte mit besonderer Genüßung den Eintritt der Franzosen in die gewerkschaftliche Internationale. Die Presse wurde zugelassen.

Am Nachmittag wurde wegen der fortdauernden Kommissionsitzungen nur wenig verhandelt. Unter den angenommenen Resolutionen befindet sich eine gegen die Rahrgelung des Eisenbahners Renault gerichtete. Renault ist der Beamte, der in einer taktisch scharfen nicht geschidten Proschüre dargelegt hat, wie man Maschinen, ohne sie zu zerstören, unbrauchbar machen kann.

Ein Begrüßungsschreiben des radikalsozialistischen Vereins in Toulouse kann infolge der Protestrufe der Versammlungsmehrheit nicht zu Ende gelesen werden.

Der Raub des Vereinigungsrechtes in Schweden.

Nach Beendigung des schwedischen Generalstreiks wollte das Unternehmertum in verschiedenen Industrien die streikenden oder ausgesperrten Arbeiter bekanntlich nur unter der Bedingung wieder einfließen, daß sie sich unterwürdig auf Kreuz und Glauben verpflichteten, keiner Organisation anzugehören und ihre kämpfenden Brüder nicht zu unterstützen. Diese Verpflichtungen hatten folgenden Wortlaut:

„Die Unterzeichneten, angestellt bei . . . erklären hiermit auf Kreuz und Glauben, daß sie nicht Mitglieder einer Ge-

werkschaft sind, die der Landesorganisation angehört oder mit ihr in Verbindung steht, und verpflichten sich, während der gegenwärtigen Arbeitsstellung den ausgesperrten Arbeitern keine Geldunterstützungen zukommen zu lassen.“

Durch die Not gezwungen und im Einverständnis ihrer Organisationsleitung unterzeichnete ein Teil der Arbeiter die Schriftstücke. Das geschah natürlich in der Ueberzeugung, daß den Arbeitern durch diese von der Arbeitgebervereinigung erprehten Unterschriften das Koalitionsrecht nicht für immer geraubt werden sollte. Der Wortlaut der Verpflichtung läßt ja auch erkennen, daß sie offenbar nur für die Zeit des damals noch nicht abgeschlossenen Kampfes gelten sollte. Die Schwedische Arbeitgebervereinigung sucht jedoch auch jetzt noch, nachdem über ein Jahr seit der Aufhebung des Generalstreiks verfloßen ist, die Verpflichtungen als geltend hinzustellen, obwohl sie ihre Massenausperrungen, die den Generalstreik zur Folge hatten, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich aufgehoben hat. Das Unternehmertum, das sich selbst seines Vereinigungsrechtes in vollem Maße bedient, möchte dieses Recht den Arbeitern offenbar für immer rauben. Namentlich die Textilarbeiterschaft, die bei dem großen Kampfe im vorigen Jahre, ohne daß in dieser Industrie irgend ein Konflikt vorlag, zuerst im ausgesperrt wurde, hat jedoch noch schwer unter dem Raub des Vereinigungsrechtes zu leiden. In verschiedenen Textilfabriken bricht das Unternehmertum geltende Tarifverträge, setzt die Löhne herab und verlängert die Arbeitszeit, und wenn dann die Vertreter der Arbeiter kommen, um zu verhandeln, werden sie abgewiesen mit der Begründung, daß ja die Arbeiter sich verpflichtet haben, der Organisation nicht anzugehören. Der Geschäftsführer Gustaf Jansen des Schwedischen Textilarbeiterverbandes veröffentlichte dieser Tage im „Socialdemokraten“ einen Artikel, in dem er das Vorgehen der Arbeitgebervereinigung mit dem der Straßenräuber vergleicht. Und es ist ja auch in der Tat so. Wie der Straßenräuber sein wehrloses Opfer überfällt, es an Händen und Füßen bindet, um ihm sein Hab und Gut abzunehmen, lust so macht es das schwedische Unternehmertum mit den Arbeitern. Denn auch hier handelt es sich nicht etwa nur um eine formelle Rechtskränkung, sondern um einen Raub an Hab und Gut. Tausende und Abertausende Kronen werden der wehrlos gemachten Arbeiterschaft durch die Lohnherabsetzungen geraubt.

Aber die Schwedische Arbeitgebervereinigung ist so dumm, daß sie sich durch keine sittlichen oder rechtlichen Gründe abhalten läßt, ihren Raub solange wie nur irgend möglich festzuhalten. Ihr zweiter Direktor, G. Falkenström, erklärt gegenüber dem Artikel Jansens, daß jene Verpflichtungen noch immer in Kraft seien und äußert sich ferner über die Situation bei Beendigung des Generalstreiks wie folgt:

„Die Arbeiter hatten damals die Wahl zwischen dem Hunger und der Unterschrift. Die Landesorganisation weigerte sich, einen förmlichen Frieden auf Grund der Vorschläge des staatlichen Schlichtungsbeamten einzugehen. Statt dessen hat man der Unrechlichkeit freien Spielraum gelassen.“

Mit ähnlicher Offenheit wird also hier zugegeben, daß das Unternehmertum die Unterschriften erpreht hat. Was hier über die Weigerung der Gewerkschaftszentrale, einen förmlichen Frieden zu schließen, gesagt wird, ist umsoher. Das Landessekretariat der Gewerkschaften hat sich seinerzeit mit den Vorschlägen des Schlichtungsbeamten einverstanden erklärt, mit Ausnahme eines einzigen Punktes, der ein vorläufiges Uebereinkommen in der Herrenkonfession betraf. Es ist die Arbeitgebervereinigung, die die Schuld daran trägt, daß es nicht zum Friedensschluß kam und daß die schwedische Industrie, soweit sie mit der Arbeitgebervereinigung in Verbindung steht, noch immer mit einem permanenten Kriegszustand zu rechnen hat.

Letzte Nachrichten.

Die Verhandlungen wegen des Werftarbeiter-Konflikts.

Hamburg, 5. Oktober. (W. T. B.) Heute abend 8 Uhr wurden die Verhandlungen über Beilegung der Differenzen in der Metallindustrie fortgesetzt. Die hierbei zustande gekommenen Beschlüsse haben die Aussicht auf eine friedliche Beilegung näher gerückt. Morgen vormittags 9 Uhr werden die Werften in einer Versammlung zu den neuerlichen Vorschlägen der Kommission des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller Stellung nehmen. In einer sodann eiligt für den Nachmittag einzuberufenden Arbeiterversammlung werden die Arbeitervertreter über die Beschläge der Werften berichten, worauf die Versammlung beschlüssig zu den Beschlüssen der Werften Stellung nehmen wird.

Die portugiesischen Republikaner auf dem Rückzuge?

Lissabon, 5. Oktober. Die „Agence Havas“ meldet um 12 33 Uhr nachts: Die Kriegsschiffe der Aufständischen, die auf die Stadt, besonders auf die Ministerien, die die Braca do Commercio umgeben, und auf das Königsschloß Necessidades feuerten, haben großen Schaden an den Gebäuden angerichtet, auch der Turm der Kirche von Necessidades ist zerstört. Die Gewehrsalven in der Unterstadt haben mehrere Passanten getötet. Man schätzt die Zahl der Toten bis jetzt auf etwa 100, die Zahl der Verwundeten ist bedeutend größer. König Manuel befindet sich immer noch im Schloß, ohne Schaden erlitten zu haben. Die Königinnen Amelie und Pia sind in Cintra. Man sagt, die Aufständischen seien im Verlust und zögen sich nach Monsanto in der Nähe von Lissabon zurück. Mit Ausnahme der Dörfer Varreiro und Setubal auf dem anderen Ufer des Tejo, Lissabon gegenüber, werden Unruhen von anderen Orten Portugals nicht gemeldet.

Widersprechende Meldungen.

London, 5. Oktober. (W. T. B.) Ein vom englischen Gesandten in Lissabon beim Außenwärtigen Amt eingegangenes Telegramm vom 5. Oktober besagt: Schwere Unruhen brachen in der Nacht vom 3. Oktober aus, als Truppen der Garnison sich für republikanisch erklärten. Es fanden den ganzen gestrigen Tag und am Abend Kämpfe statt. Die Truppen, die treu blieben, vereinigten sich heute früh mit den Aufständischen und die Republik wurde unter großer Begeisterung des Volkes verkündet. Man nimmt an, daß die Bildung einer provisorischen Regierung im Gange ist. Der König soll in Rafta sein. Die Königin-Mutter und der Thronfolger waren gestern in Cascaes, aber ich habe keine genauen Nachrichten darüber.

Der Papst als Warner.

Rom, 5. Oktober. (Presz-Telegraph.) Nach hiesigen Wäntlermeldungen hat der Papst bereits vor Wochen König Manuel vor einer nahe bevorstehenden revolutionären Bewegung gewarnt. Die päpstliche Kurie war von portugiesischen Geistlichen von dem nahe bevorstehenden Ausbruch benachrichtigt worden und hatte daraufhin der Lissaboner sowie der Pariser Regierung Mitteilung hierüber gemacht. Der portugiesische Hof hat jedoch diesen Warnungen keine Bedeutung beigelegt.

Die Berliner Genossen und der Parteitag.

Erster Wahlkreis.

Den Bericht vom Parteitag erstattete Woldt, der zunächst ausführlich die Budgetfrage behandelte. Redner bezeichnete die Rede Webels als den Höhepunkt der gesamten Parteitagverhandlungen. Hier hat sich Webel wieder als Politiker großen Stils erwiesen. Scharf, dabei aber stets sachlich, hat er das ausgesprochen, was gesagt werden mußte. Frank befand sich nun in einer weit schwächeren Position. Er hatte das Mosaisbild parlamentarischer Erfolge zu entwerfen, und man kann bei aller Objektivität nicht anders sagen, als daß Frank den schlüssigen Beweis für die Notwendigkeit des Disziplinbruchs schuldig geblieben ist. Frank hielt es dann für nötig, in seiner letzten Rede eine Wendung zu gebrauchen, die zur Folge hatte und haben mußte, daß die Mehrheit nun einen energischen Schritt tat und der Sache ein Ende machte. Ueber die Budgetfrage selbst kann man schließlich verschieden denken. Aber nach Frank's Rede mußte diese Frage unter dem Gesichtswinkel des Disziplinbruchs behandelt werden. Redner, auch die Führer und gerade diese, haben Disziplin zu üben. Die Nachsicht mit all ihren Begleiterscheinungen findet ihre Erklärung und Begründung durch das Verhalten der Süddeutschen. Die Erkenntnis, daß erst in Preußen die Reaktion gebrochen werden muß, kam aber auch mit erfreulicher Bestimmtheit in den Sympathieerklärungen der Süddeutschen zum Ausdruck. Betreffs der Genossenschaftsfrage muß ja zugegeben werden, daß dieses Problem hinter den politischen und gewerkschaftlichen Bewegungen zurückstehen mußte. Daß dies aber angeht die der ganzen Verhältnisse jebem verständlich sein muß, hat Wurm sehr klar herausgegriffen. Allerdings wird die Partei demnach sich auch mit der Lösung dieser Frage beschäftigen müssen, wenn das Genossenschaftswesen in unserem Sinne wirken sollte.

Ueber die anderen Punkte ging Redner kurz hinweg, da sie zu prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten kaum Anlaß böten. Mit seinem Schlußwort hat Dieck zugleich die Richtschnur zu unserem ferneren Handeln gegeben. Besonders hat Dieck das gemeinsam Einigende hervor, worin die Stärke unserer Partei liegt. Der Magdeburger Parteitag wird in der Geschichte der Arbeiterbewegung einen hervorragenden Platz einnehmen. (Lebhafte Beifall.) Als erster

Diskussionsredner

sprach Philipp Bernstein, der als Schlichter in Magdeburg war. Es war für die Süddeutschen zweifellos eine günstige Stimmung vorhanden. Frank hat sich besonders an jenem Mittwoch geradezu ungehörig benommen. Frank hat eine Selbstherrlichkeit zur Schau getragen wie ein ungekrönter König. Zum Glück gelang es ihm nicht, trotzdem er geschickt redete, den Parteitag einzusperren. Die Bevorzugung der Akademiker muß aufhören, jeder soll von unten anfangen. Unsere Presse, auch die gewerkschaftliche, muß radikal werden.

Alex Bloch: Die Meinung ist vorhanden, daß die Revisionisten sich fügen werden; er glaube dies nicht. Sie werden wieder auf anderem Wege einen Vorstoß machen. Sie glauben, auf dem gewöhnlichen Wege zum Ziele zu gelangen. Er, Redner, behaupte, daß ein früherer Antrag des ersten Berliner Kreises, sich auf dem Leipziger Parteitag mit der Frage der Taktik zu befassen, nicht zur Durchführung gekommen ist. Daß es notwendig ist, zeigt Webels Ausführung, der diese Entscheidung allerdings bis nach den Wahlen verlegen will. Das Drohen mit dem Parteistatut billigt Redner nicht. Es ist auch keine Frage, daß wir Nationalliberale unter uns haben. Sie mühten hinaus aus der Partei. Die deutsche Sozialdemokratie ist ein Unikum in der Weltgeschichte. Sie behält Gegner in den eigenen Reihen, was keine andere Partei macht. Wie Dieck dazu kommt, ausgerechnet im Schlußwort Direktiven für die kommenden Wahlen zu erteilen, wo kein Delegierter mehr antworten kann, versteht Redner nicht. Dagegen muß man protestieren. Dieck hat sicher im Einverständnis mit dem Parteivorstand gehandelt, aber höher wie der, steht die Masse der Genossen. Es fragt sich, ob der Freisinn das Kleinere Übel ist. Seine Taten sprechen nicht dafür. Redner empfiehlt eine von ihm verfasste Resolution.

Basel: Auch die großen Genossen mühten sich in ihren Reden Riegel anlegen, damit nicht die Gegner ihre Freunde daran haben. Den süddeutschen Führern muß aber die schärfste Mißbilligung ausgesprochen werden für ihr Verhalten. Man soll auch nicht jedem Studierten gleich ein Mandat an den Hals werfen, sondern lieber Leute nehmen, die von der Pike an gedient haben.

Schlösser: Ein hoher Beamter habe ihm erklärt, daß das Ansehen der Partei sicher bei dem Würdertum gesunken wäre, wenn der Parteitag nicht entschlossen Stellung genommen hätte.

Jansen: Die Art, wie Woldt Webel herabgehoben hat, gefällt Redner nicht. Webels ganze Rede liefen nur darauf hinaus, die Süddeutschen zu schämen. Bezüglich des Massenstreiks muß der Volkswille entscheiden.

Schwarzstahl: Noch kein Parteitag war so zur Stellungnahme gegen die Süddeutschen gezwungen, wie der Magdeburger. Die Süddeutschen sind ja auch Produkte ihrer Umgebung. In Süddeutschland ist die Partei zum großen Teil aus sogenannten Mitläufer angefüllt. Davon wird auch das Verhalten der Süddeutschen diktiert. Was im Süden nötig war, werden wir in Norddeutschland nie erleben. Daraus resultiert auch der Disziplinbruch. Daraus ergibt sich auch die Sympathie der Bayern, Hessen und so weiter für die Badener. Diese haben eben den Weg angewandt, um der Partei neue Kräfte zuzuführen. Das muß bei dem Disziplinbruch auch berücksichtigt werden.

Dr. Kohn: Bloch hat recht darin, daß sich ein Massenstreik nicht in Eile setzen läßt. Aber er hat sich widersprochen, indem er die Initiative von oben erwartet. Wenn Stimmung vorhanden ist, kann ein kleines Ereignis den Stein ins Rollen bringen. Allerdings kommt dieses letzte Mittel nur bei den größten Fragen in Betracht. Besser zögern, als voreilig loszuschlagen. Er, Redner, hat Webels Rede gehört, die durchaus nicht zähhaft und beschönigend war; aber Webel war sich seiner Verantwortung bewußt, zusammenzuhaken und nicht zu trennen. Bei Webels Erfahrung war nichts anderes zu erwarten. Frank hat die Würde des Parteitages mißbraucht und mißbraucht. Das mußte dem Kopf den Boden ausschlagen. Daß ein Gegensatz zwischen Süd und Nord besteht, darüber sind alle einig. Die Verhältnisse im Süden bringen es mit sich, daß die dortigen Genossen durch Partieren zum Ziel zu kommen suchen. Es ist ein guter Gedanke, zwischen Norden und Süden Redner auszutauschen, die den Genossen gegenseitig das Wesen dieser Länder näherbringen sollen. Redner beklagt die Resolution Bloch; wenn es eine Frage der Taktik gibt, dann ist es die Frage, wie in der Stichwahl zu stimmen ist. Die Parole muß da lauten: Keinen Konservationen oder Zentrumsmann. Redner ist der Meinung, daß der Magdeburger Parteitag fruchtbar gewirkt hat. Die Waffs zum gemeinsamen Arbeiten ist gegeben.

Zäzerow: Nieblrecht hat gesagt: die Parteitage sind Weissensteine auf unserem Wege. Redner meint, es gäbe auch Kreuzwege und Scheidewege. Wir waren nie so dogmatisch, daß wir andere Meinungen nicht gebildet hätten. Wer an eine Trennung denkt, verkennt das Wesen unserer Bewegung. Er, Redner, habe oft bemerkt, daß Genossen, solange sie mit den elementarsten Parteiarbeiten vertraut waren, sich radikal zeigten, dann aber auf Abwege gerieten. Der Revisionismus ist keine lokale Erscheinung. Die Redner aller Länder haben auf dem Internationalen Kongress scharf zum Ausdruck gebracht, daß unsere revolutionäre Stellung entschieden immer und überall hervorgehoben werden muß. Wir

werden dafür sorgen müssen, daß nur zuverlässige Genossen zu Redaktoren und Abgeordneten gewählt werden. Was sich in Baden abgespielt hat, ist nicht zu rechtfertigen. Der Kapitalismus wütet dort ebenso wie bei uns.

Wloch hat aus Dieck's Rede etwas anderes herausgelesen, als was gemeint war. Von einem Demonstrationstreik als Protest gegen die Moabitier Postgewerkschaft, verspricht sich Redner nicht viel, freut sich aber, daß bezüglich des Parteitages eine seltene Einigkeit unter den Versammelten herrscht, und daß alle mit der Stellungnahme Woldts zufrieden sind.

Wittmer: Auch er freut sich, daß der Parteitag den geraden Weg gegangen ist. Leider müssen immer noch strenge Maßnahmen gegen Genossen vorgenommen werden, die die gefassten Beschlüsse nicht respektieren wollen. Wer Frank früher gefasst habe, müsse sich wundern über den heutigen Standpunkt dieses Genossen. Hätte es sich nicht gerade um die Disziplin gehandelt, dann hätten Logen und die anderen Gewerkschaftsführer sicherlich eine ganz andere Stellung eingenommen.

Woldt in seinem Schlußwort meint, daß er trotz des von Wloch empfangenen Lobes fürchtet, dieses Lob nicht auf lange Zeit verdient zu haben. Speziell in der Frage des politischen Massenstreiks ist Redner anderer Meinung als Wloch. Der politische Massenstreik wird kommen und muß kommen, und die Gewerkschaftsbewegung wird bei der Zuspitzung der Kämpfe immer mehr und mehr mit politischem Sinn erfüllt. Aus diesem Grunde ist Redner mit dem Beschluß des Parteitages einverstanden, weil dort festgelegt wurde, daß der politische Massenstreik als Nachtmittel angewendet wird, daß wir aber die jeweilige Situation, wann wir in die Lage kommen, dieses Mittel zu gebrauchen, heute noch nicht überschauen können. Woldt beklagt beide Anträge Bloch's, weil der Parteitag dahingehend in der Gemeinsamkeit mit den Gewerkschaften, die Schulter an Schulter mit uns stehen müssen, klare Richtlinien vorgezeichnet hat.

Beide Anträge Bloch's wurden abgelehnt, dagegen eine Resolution angenommen, die sich mit den Beschlüssen des Parteitages und der Haltung des Delegierten einverstanden erklärt.

Zweiter Wahlkreis.

In der Generalversammlung des zweiten Kreises, die im großen Saal der „Hodrauerer“, Hildemstraße, tagte, berichtete der Parteitagdelegierte Genosse Lehmann über die

Verhandlungen des Parteitages

zum Bericht des Parteivorstandes und zur Mai-feierfrage. Er betonte dabei unter anderem, daß es Aufgabe jedes älteren Genossen sein müsse, die Jugendbewegung, die erfreuliche Fortschritte gemacht habe, noch weiter zu fördern. Auch mühten es sich alle Genossen angelegen sein lassen, den erhöhten finanziellen Anforderungen, die an die Partei gestellt würden, durch Verrechnung der Einnahmen Rechnung zu tragen. Der Verbreitung der Parteipresse, deren Fortschritte auf dem Parteitage festgestellt wurden, hätten sich die Genossen noch energischer zu widmen, als bisher. Man brauche nur daran zu denken, wie einseitig die bürgerliche Presse die Vorgänge in Moabit behandelt und die Tatsachen gefälscht habe. Zum Schluß appellierte Redner an die Versammelten, im Sinne der Stellungnahme des Parteitages dafür zu sorgen, daß die nächste Meißener sich glänzend gefalle.

Genosse Schwemke berichtete namentlich über die Verhandlungen in der Budgetfrage und über die Stellungnahme zum Wahlrechtsstreik. Er gab an Stelle der durch eine Zahnkrankheit leider verhinderten Genossin Waader ferner einen Heberblick über die weiteren Verhandlungen des Parteitages. Unter anderem bemerkte Redner: In der Generalversammlung vor dem Parteitage habe die Mehrheit die bekannte Resolution von Groß-Berlin angenommen, weil der letzte Satz aussprach, daß der Parteitag Vorkehrungen treffen möge, daß nicht wieder ein Verstoß gegen Parteitagebeschlüsse vorkommen möge, wie der der Badener. Die Verhandlungen auf dem Parteitage hätten notwendig zu den entsprechenden Beschlüssen führen müssen. Trotz aller Schärfe der Ausführungen gegen die Schaulspolizei der Badener und gegen den Disziplinbruch sei ein persönliches Moment in den Verhandlungen gewesen. Als aber Frank in seinem Schlußwort erklärte, die Süddeutschen würden sich alle Mühe geben, die Einheit der Partei aufrechtzuerhalten, die Stellung zum Budget würde aber künftig von der gegebenen Situation abhängig sein, da habe die Mehrheit das so auffassen müssen, daß man sich auf der anderen Seite alles vorbehalte. Aus dieser Situation heraus sei der zweite Antrag Zubeil gekommen. Der Parteitag hätte eben klipp und klar sagen müssen, daß ein Verstoß gegen die in den Beschlüssen der Partei festgelegten Grundfälle nicht wieder vorkommen dürfe, wolle man sich nicht dem Ausschlußverfahren aussetzen. Es wäre eine Kleinigkeit gewesen, zu erklären, daß man sich den Beschlüssen jage. Statt dessen seien die süddeutschen Genossen hinausgegangen, was auf ihn gewirkt habe, als erhalte er einen Stich ins Herz. — Was die Wahlrechtsfrage angeht, sei auch nicht einer unter den Parteigenossen gewesen, der nicht dafür gestanden hätte, daß der Kampf mit voller Energie weiter geführt werde. Es hätten denn auch die Süddeutschen einer nach dem anderen die Erklärung abgegeben, daß der Wahlrechtskampf in Preußen auch ihr Kampf sei und daß sie Schulter an Schulter mit uns kämpfen würden. Da sei ein gewaltiger Applaus durch den Saal gegangen, darüber, daß die Süddeutschen die norddeutschen Genossen wieder gefunden hätten. Die gegnerischen Blätter, die schon den Miß in der Partei festgestellt hatten, seien so gründlich abgeführt worden, denn es sei die Einigkeit wieder hergestellt gewesen.

Es entspann sich eine lebhafte

Debatte.

Genosse Reiterabend billigte den in der Abendstimmung gefassten Beschluß. Er sei notwendig gewesen, damit wir endlich Ruhe hätten.

Genosse Kjaus ist auch der Meinung, daß es in der Budgetfrage so kommen mußte, wie es gekommen sei. Er hätte aber erwartet, daß die Stellung zum Waisfeier etwas gründlicher gewesen wäre, denn unsere Waisfeier sei durchaus noch nicht ideal. Redner verurteilt die Stellungnahme von 34 Gewerkschaftsführern gegen die Resolution Luxemburg, betreffend die Diskussion des Generalstreiks. Der Generalstreik gehöre zu den eventuellen in Frage kommenden Waffen und über unsere Kampfsmittel mühten wir diskutieren.

Genosse Schimmelpfennig: Aus den Ausführungen Frank's sei zu entnehmen gewesen, daß man sich doch ebenfalls wieder bewegen wolle. Danach sei es begreiflich, daß man sich sagte, so könne das nicht weiter gehen. Beschränkt habe ihn, daß Genosse Richard Fischer den von Zubeil eingebrachten Antrag tief bedauerlich gefunden habe. Er finde Fischer's Äußerung sehr bedauerlich. Redner trat schließlich für eine stärkere Verächtlichung der Genossenschaften durch die Genossen ein.

Genosse Dittmer zur Budgetfrage: Mit der Resolution des Parteivorstandes sei das Richtige getroffen gewesen. Nur frage es sich, ob auf Grund einer persönlichen Provokation Frank's, die unbestreitbar sei, der Parteitag in der geübten Weise hätte antworten müssen. Das verneine er. Man hätte schon aus taktischen Bedenken nicht so verfahren sollen. Der Beschluß (Antrag Zubeil) sei in der Stunde der Leidenschaft gefaßt worden. Wenn am nächsten Tage noch Verhandlungen stattgefunden hätten, dann hätte die Sache schon anders ausgesehen. — Es sei nun gesagt

worden, man wolle Ruhe haben. Theoretische Debatten aber, wie die über die Budgetfrage an sich, die von der des Disziplinbruchs zu trennen sei, wären immer gut. — Die Erklärung der 34 Gewerkschaftsführer sei zwar ein Irrtum und überflüssig gewesen, sie sei aber andererseits begreiflich.

Genosse Städtgen erklärte gegenüber einer Äußerung Dittmer's, daß die Stellungnahme der Generalversammlung in Nieder-Barnim am Sonntag durchaus nicht einen Umschwung bedeute. Die Resolution, die ihr volles Einverständnis mit dem Parteitage erklärte, sei mit allen nur gegen 4 Stimmen angenommen worden. Auch ihre Dittmer, wenn er annehme, bei den besagten Äußerungen Frank's handele es sich um Frank persönlich. Frank habe eben als Vertreter der Süddeutschen gesprochen. Im übrigen habe er gar nichts dagegen, wenn mal zu irgendeiner anderen Zeit, wenn man weiter nichts zu tun habe, die Doktorfrage der Budgetbemittlung zur Diskussion komme. Auf diesem Parteitage sei die Frage des Disziplinbruchs zu entscheiden gewesen. Und da sei die übergroße Mehrheit der Ansicht gewesen, daß, wenn nicht klar ausgesprochen werde, was ist, die Einheit der Partei aufs tiefste gefährdet sei. Mit Schwemke sei er der Meinung, man habe verstanden, was gemeint sei, und man werde jetzt Disziplin halten. Natürlich habe jeder das freie Recht, seine Bedenken gegen die materiellen Beschlüsse, ob und wann ein Budget zu bewilligen ist oder nicht, vorzubringen und am geeigneten Ort zur Diskussion und eventuell zu neuen Parteitagebeschlüssen zu bringen. — In der Frage des Massenstreiks siehe, wie er glaube, sowohl die „Neue Zeit“ als auch der „Vorwärts“ auf dem Standpunkt, daß es möglich sei, daß der Massenstreik einmal in der Wahlrechtsbewegung nötig sein werde. Wenn man aber im Frühjahr während des Kampfes annehme, daß der Massenstreik nicht möglich sei, dann wäre es ein sehr verantwortungsvolles Unternehmen gewesen, zu der Zeit die Diskussion darüber in die Presse hineinzubringen. Ihn befriedigte die Annahme des ersten Teils der Resolution Luxemburg. — Redner schloß nach einigen Ausführungen über verschiedene Möglichkeiten des Massenstreiks damit, daß es jetzt gelte, dem gemeinschaftlichen Gegner ins Auge zu schauen, denn es werde notwendig sein, einen Kampf zu führen, wo der letzte Mann alles daran zu setzen habe.

Genosse Richard Fischer wendet sich gegen die Bemerkung Schwemke's, daß seine Worte in der Abendstimmung des Parteitages bedauerlich gewesen seien. Redner verliest den Bericht darüber im Zusammenhang und erklärt, daß er auch jetzt noch jene Abendstimmung und die Einbringung des dann angenommenen Antrages Zubeil beklage. Allerdings sei es eine positive Unflugheit Frank's gewesen, daß er die Situation nicht überschaute und glaubte, irgendwie aufzutrompeln zu können. So erkläre sich ja der Antrag Zubeil-Haase; aber erfreulich sei er nicht. Und doppelt unerfreulich sei es, daß nach langer Sitzung eine Nachsicht anberaunt und ein Antrag gebracht wurde, der in der Sache nichts änderte. Wenn man die Stimmen der Süddeutschen als teils direkt Teilnehmer und teils solidarisch Mitbestimmter abgibt, sei der Disziplinbruch fast einstimmig beurteilt worden. Im Jura und in der Aufregung habe die Mehrheit nicht gehört, daß Frank sich tatsächlich unterworfen habe. Wenn Frank mit den Worten: „Ich stehe mein Holz und zahl mein Straf“ geschlossen hätte, dann wäre es allerdings anders. Aber diese Worte könne Redner, wenn er das übrige hinzunehme, nur aufpassen als eine Floskel, mit der Frank seinen Rückzug gegenüber den Badenern, die er vorher alle mobil gemacht hatte, habe beden wollen. Frank habe aber erklärt, daß er und seine Freunde alles tun würden, um die Einheit und Einheitslichkeit der Partei aufrechtzuerhalten. Wenn er dann sage, wie sie bei zukünftigen Budgetabstimmungen stimmen würden, könnten sie nicht sagen, das hänge von den Verhältnissen ab, so könnte man ja herauslesen: „Eventuell stimmen wir doch dafür.“ In der Rürnberger Resolution gebe es ja aber doch den Satz, daß dafür gestimmt werden dürfe, wenn dadurch verhindert werde, daß ein schlechteres Budget beschloß würde. Frank habe mit jenen Worten nur etwas anderes gesagt, um nicht sagen zu müssen, er unterwerfe sich. Weiter habe Frank erklärt, er wisse, daß auch unter den Süddeutschen Genossen seien, die alles tun würden, um der Partei solche Debatten zu ersparen. Und später habe er erklärt, daß er die erste Erklärung abgegeben habe in der Auffassung, daß sie nicht in Widerspruch stehe mit den Rürnberger Beschlüssen. Darin erblicke Redner eine positive Unterwerfung unter den Rürnberger Beschluß. Und weil er die Erklärung so aufgefaßt habe, habe er die ganze Abendstimmung für bedauerlich gehalten und holte er sie noch für bedauerlich. Es läge kein Schatten auf dem Parteitag, wenn nicht die Abendstimmung gewesen wäre. Er sei heute noch der Überzeugung, daß man am anderen Tage von Frank eine Erklärung bekommen hätte, die auch die Mehrheit befriedigt haben würde.

Schimmelpfennig hielt seine Ausführungen demgegenüber aufrecht.

Genosse E. Wurm trat der Auffassung des Genossen Fischer entgegen. Nachdem Genosse Webel und die Mehrheit in der loyalen Weise verfahren seien, habe Genosse Frank das Schlußwort benutzt, um ihnen den Hebelhandschuh hinzuworfen. Man habe sich dem Eindruck nicht entziehen können, daß er alles wohlüberlegt gesagt habe. Er habe so ruhig gesprochen, daß die Worte: „Ich stehe mein Holz und zahl mein Straf“ wie ein Weissensteinkloß wirkten. Die Worte Frank's seien so aufgefaßt gewesen, daß man doch handeln werde, wie es einem passe, ganz gleich, wie beschloßen werde. Vielleicht habe er nicht ganz im Sinne der Süddeutschen gesprochen. Nachdem er aber den Pfeil abgeschleudert hatte, da hätte die Erklärung Webels, daß die damalige Zwischendebatte gegen die Parteitagebeschlüsse nicht gebuldet werden könne, durch eine Meinungsäußerung des Parteitages in Form eines Beschlusses unterstrichen werden müssen. Wenn man längere Zeit zur Formulierung des Antrages gebraucht habe, so habe das daran gelegen, daß man eine genügend deutliche und doch nicht verlebende Form finden wollte. Uebrigens lag eine Broschüre Kolb's vor, die zu starken Bedenken Anlaß geben mußte. Man habe sich unter den obwaltenden Umständen gefügt, jetzt müsse etwas geschehen. Die Disziplin und die Einheit der Partei mühten auf jeden Fall gewahrt werden. Darum sei darauf gedrungen worden, die Angelegenheit noch in der Nacht zu erledigen.

Gegen eine Stimme wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages und mit der Haltung der Delegierten einverstanden. Ganz besonders billigt sie die Zustimmung zu dem Zusatzantrag Zubeil-Haase, weil sie ihn für die weitere Entwicklung der Partei für dringend notwendig hält.“

Die weiteren Punkte der Tagesordnung wurden wegen der vorgerückten Zeit vertagt.

Dritter Wahlkreis.

In der Generalversammlung des dritten Wahlkreises, im großen Saal der Arminshallen, berichtete Genosse Oskar Müller über den Parteitag. Mit Rücksicht auf die umfangreiche Tagesordnung gab der Redner kurz das Wichtigste aus dem Bericht des Parteivorstandes wieder sowie die damit zusammenhängenden Beschlüsse. Sodann bemerkte der Redner zum Punkt Waisfeier, daß er es gern gesehen hätte, wenn der Genosse Müller vom Parteid

vorstand sich dieser Sache mit etwas mehr Wärme angenommen hätte. Falls man zur Kaiserfeier nichts Neues zu sagen wisse, sei es vielleicht besser, diesen Punkt überhaupt nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Etwas länger verweilte der Redner bei der Budgetfrage. Er schilderte den Verlauf der Debatte und führte dabei unter anderem aus: Wir Berliner hatten gleich den Eindruck, daß an der vorgeschlagenen Resolution etwas fehle, und dazu beobachteten wir, wie die Süddeutschen schon eifrig Unterschriften sammelten. Da konnte man es uns um so weniger verärgern, daß wir unter uns und mit den übrigen Landsmannschaften Stellung nahmen. Ebenfalls, wie wir im Wahlverein gegen die Genossen Stellung genommen haben, die sich zu weit nach links vertrieben, ebensogut mußten wir uns auf dem Parteitag gegen die wenden, die zu weit nach rechts gingen. Ich kann erklären, daß wir nach der Erklärung Franks beim besten Willen nicht anders handeln konnten, wie es geschehen ist. Vielleicht könnte man es ja beurteilen, daß die Sitzung an jenem Abend nicht abgebrochen wurde; aber ich glaube nicht, daß etwas anderes herausgekommen wäre, wenn man die Verhandlung am nächsten Tage fortgesetzt hätte. Man kann in dieser Frage nicht über Nacht seine Meinung ändern. Im großen und ganzen hat uns der Beschluß ein Stück weiter geführt, den Vater in der Partei zu befehligen. Es wird nun für die Süddeutschen nicht so leicht sein, die Streitigkeit wieder auszugraben, und sie werden nicht wieder so leicht die Disziplin brechen.

Sodann berichtete Genosse Mittag kurz und sachlich über die übrigen Punkte der Tagesordnung des Parteitages, über den parlamentarischen Bericht, die Wahlrechtsfrage, die Reichsversicherungsordnung, die Genossenschaftsfrage usw. und machte durch Verlesung der Resolutionen auf die Wichtigkeit der gefassten Beschlüsse aufmerksam.

Darauf wurde folgende Resolution in Vorschlag gebracht: „Die Generalversammlung des Wahlvereins im dritten Berliner Reichstagswahlkreis erklärt sich mit den Beschlüssen des Magdeburger Parteitages einverstanden und billigt die Haltung ihrer Delegierten.“

In der

Diskussion

sprach zunächst ein Genosse über Maßnahmen zur weiteren Ausbreitung der Parteipresse.

Genosse Schneider empfiehlt die vorgeschlagene Resolution und bemerkt weiter: Nach den so sehr vernünftigen Ausführungen Bebels war es Frank und den Genossen auf seiner Seite sehr leicht gemacht, zu erklären, daß sie verkehrt gehandelt hätten, aber, so wie sie sich verhielten, war dann keine andere Lösung möglich, als die vom Parteitag beschlossene. Eine recht verwunderliche Aeußerung hat der Genosse Fischer getan, als er sagte, man müsse es bei der Erklärung des Genossen Frank genügen lassen. Bei der Generalfreizefrage seien die ungerichteten Vorwürfe Reiners gegen die Genossin Zetkin und den Genossen Liebnecht sehr zu bedauern. Wir gehen einem schweren, aber auch aussichtsreichen Kampf entgegen.

Genosse Kische tritt entschieden für die Gründung einer Abendausgabe des „Vorwärts“ ein. Der Redner spricht weiter über die Genossenschaften und meint, daß diese Sache jetzt allzusehr forciert und der Wert der Genossenschaften übertrieben werde. Wirklich wertvoll könnte das Genossenschaftswesen nur dann für die Arbeiterklasse werden, wenn es in vollem Maße von dem sozialistischen Geist durchdrungen sei. Aber das sei ja bei der Beschäftigung in Betrieben nicht gut möglich. Darum müsse die Arbeiterschaft immer wieder das Hauptgewicht auf die politische Bewegung legen.

Genosse Wulfschlag erwidert: Reiner von uns wird die Genossenschaften als das Mittel, sondern als eines der vielen Mittel zur Umgestaltung der Gesellschaft betrachtet. Den Wert des Genossenschaftswesens soll man nicht nach dem beurteilen, was es bisher geleistet hat, sondern nach dem, was bei richtiger Entwicklung und Ausgestaltung erreicht werden kann und wird. Der Redner weist auf den bevorstehenden gewaltigen Kampf in der Metallindustrie hin und auf die Vorteile, die ein gut organisiertes Genossenschaftswesen der Arbeiterschaft in solchen Fällen bringen kann, zumal, wenn damit, wie in Hamburg, ein Sparsystem verbunden ist.

Genosse Alfred Fröhlich ist im allgemeinen mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden, meint jedoch, daß die zweitägige Budgetdebatte wohl zu vermeiden gewesen sei. Der Parteivorstand hätte vorher mit den Badenenser Genossen verhandeln sollen. Der Antrag Zubeil-Haase sei doch wohl eine Art Vergewaltigung gewesen. Man habe nicht notwendig gehabt, den Antrag noch in derselben Nacht zur Abstimmung zu bringen. — Den Vorschlag Kische's, das Abendblatt betreffend, hält der Redner nicht für durchführbar.

Genosse Kische will mit seinen Ausführungen zur Genossenschaftsfrage durchaus nicht vor dem Eintritt in diese Organisationen gewarnt haben, sondern nur vor Uebertreibungen, unter denen die Partei leiden könnte.

Genosse Flaankusch führt aus: Unter den Anträgen, die dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen wurden, sind solche von außerordentlicher Bedeutung. Oft steht man vor solchen Anträgen und weiß im Augenblick nicht, was man dazu sagen soll. Die Genossen wollen immer etwas Neues schaffen, haben aber manchmal keine rechte Vorstellung von der der Möglichkeit der Durchführung. Diese hat der Parteivorstand zu prüfen. Da wird dann manchmal behauptet, die Ueberweisung an den Vorstand sei nichts als ein vornehmtes Vergnügen. Der Vorwurf, der darin liegt, ist jedoch ungerichtet, und das muß jeder wissen, der den Geschäftsbericht gelesen hat. In der Frage des Generalfreizeitens wäre es besser gewesen, wenn der bekannte Antrag auf dem Parteitag gar nicht gestellt worden wäre. Die betreffenden Genossen hätten sich daran erinnern sollen, daß Beschlüsse früherer Parteitage vorliegen, die beachtet werden müssen, wie der Mannheimer Beschluß, wonach bei allen großen Fragen Parteivorstand und Generalkommission sich zu verständigen haben, was zu tun ist. Die Gewerkschaften haben ein Recht, über solche Fragen mitzureden, und es sind denn auch eingehende gemeinsame Beratungen gepflogen worden, zu denen im übrigen auch die Redaktion des „Vorwärts“ wie die der „Neuen Zeit“ hinzugezogen wurden. Der Vorwurf, der Parteivorstand habe dem „Vorwärts“ Anweisung gegeben, wie die Frage behandelt werden sollte, ist durchaus verkehrt. Es ist nur versucht worden, eine Einigung herbeizuführen, damit alle in diesen schweren Zeiten an einem Strang ziehen, und das ist durch die Beratungen erreicht worden. Mit dem Vorwurf, daß mein Kollege Müller nicht mit der nötigen Wärme für die Kaiserfeier eingetreten sei, verhält es sich ebenso, denn auch hierbei liegen gemeinsame Beratungen und Beschlüsse zugrunde. Wir haben von jedem, der gegen die bekannte Stellungnahme zur Kaiserfeier polemisierte, gefragt, ob er andere Vorschläge machen könne, und wenn sie abgelehnt seien, sollten sie ausgeschieden werden; aber bis jetzt haben wir keinen Erfolg mit solchen Fragen gehabt. Die Ausführungen des Genossen Zubeil, die Budgetfrage hätte anders, hätte durch Verhandlungen mit dem Parteivorstand erledigt werden sollen, kann nur der unterzeichnen, der den „Vorwärts“ nicht aufmerksam liest. Es müßte doch bekannt sein, daß der Parteivorstand nach dieser Richtung alles mögliche getan hat, und daß er zwei Delegierte nach Offenburg zum badischen Parteitag gesandt hatte. Der Antrag Zubeil und Genossen war übrigens für den Parteivorstand keine Neuigkeit. Er war ursprünglich in der Vorstandresolution enthalten gewesen, aber auf Vorschlag der badischen Genossen fallen gelassen worden, auf Grund der Auffassung, daß nach dem Organisationsstatut der einfache Ausschluß nicht statthaft ist, sondern nur ein Verfahren eingeleitet werden kann. Mit Frank's verlaufener Erklärung wollte sich ja ein noch mehr als der Parteivorstand entgegenkommender Genosse zufrieden geben. Aber noch unserer Auffassung ging das nicht, denn jeder hat sich nach den einmal gefassten Beschlüssen zu richten. Es steht jedoch jedem Genossen frei, gegen Parteitagbeschlüsse, die ihm verkehrt erscheinen, anzukämpfen und dafür zu sorgen, daß sie aufgehoben werden. Sollte Frank diese im Gedanken Ausdruck gegeben, dann wäre die Sache vielleicht anders zu erledigen gewesen. Aber es ist auch so, wie es gekommen ist, kein Fehler. Die großen Hoffnungen der bürgerlichen Presse sind zu nichte gemacht. Auch die Süddeutschen sind sich darüber nicht im Zweifel, daß wir eine Reihe

schwerer Kämpfe auszufechten haben und daß deswegen die Ruhe innerhalb der Partei gewahrt werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Kalkel erklärt, daß es sich auf dem Parteitag nicht darum handelte, die Minderheit zu verewaltigen, sondern um einen Versuch zur Bergewaltigung der Mehrheit durch die Minderheit, die sich schon durch die Hofgänger und dergleichen außerhalb der Partei gestellt hatte. Der Redner hält ferner eine weit stärkere Verbreitung der Parteipresse für dringend notwendig, zumal jetzt, wo anlässlich der Vorgänge in Mosbit die bürgerlichen Blätter das Volk mit geradezu ekelregenden Artikeln überschwemmen.

Genossin Steinlauf führt aus, daß man den Badenensern schon in Nürnberg allzu weit entgegengekommen sei. — Die Rednerin trat ferner sehr energisch für die weitere Verbreitung der Parteipresse ein.

Darauf wurde die Debatte beendet. Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Sodann berichtete Genosse Pohl über den

Internationalen Kongress

Unter Hinweis auf die ausführlichen Berichte im „Vorwärts“ beschränkte sich der Redner darauf, eine Uebersicht über die Fortschritte der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern zu geben und die wichtigsten Beschlüsse des Kongresses kurz hervorzuheben. Er schloß seine Ausführungen mit einer Schilderung der so stark entwickelten dänischen Arbeiterbewegung und der freieren politischen Zustände, die besonders auf die preussischen Delegierten in Kopenhagen einen starken Eindruck machen mußten.

Von einer Diskussion über den Bericht nahm die Versammlung der späten Stunde wegen Abwands, und sie erklärte sich einstimmig mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden. Auf den Bericht von der Provinzialkonferenz wurde verzichtet.

Vierter Wahlkreis.

Die Generalversammlung in den Andreas-Festhöfen erfreute sich trotz des kurz vor der Versammlungsstunde einsetzenden stürmenden Regens eines guten Besuchs.

Den

Bericht vom Parteitag

erstattete Genosse Böhm: In gedrängter Kürze berichtet Redner über die Verhandlungen und Beschlüsse des Parteitages, etwas ausführlicher auf die Budgetfrage eingehend. Bebel bot den Genossen die Möglichkeit der Rückkehr, aber die Hoffnung auf eine Erklärung der badischen Genossen, durch die der Konflikt beigelegt werden könnte, sollte sich nicht erfüllen. Frank's Schlusswort klang vielmehr hart provozierend. Der Antrag Zubeil war durchaus bekräftigt. Als der durch Frank's Schlusswort veranlaßte neue Antrag Haase zur Beratung kam, betrug sich ein Teil der süddeutschen Genossen wie die Kinder. Sie erklärten, sie spielen nicht mehr mit, und verließen den Saal. Fischer wollte im letzten Augenblick noch retten, was zu retten ist; die badischen Genossen hatten es aber selbst verschuldet, daß der Parteitag die Erklärung des Genossen Bebel in der Form eines Antrags Haase zum Beschluß erhob. Bei Beratung der Wahlrechtsfrage hatten auch die badischen Genossen durch ihre Erklärung wieder gut gemacht, was zuvor geschehen war. Gewisse Leute hielten nun etwas ängstlich in die Zukunft und befürchteten, daß uns das schon fast errungene Mandat für Frankfurt-Lebus verloren gehen wird. Der Kreis ist aber dennoch unser geworden, ein Beweis dafür, daß solche prinzipiellen Auseinandersetzungen, wie wir sie in Magdeburg hatten, auf die Wahlen keinen ungünstigen Einfluß haben. Sehr befriedigt ist Redner über die einstimmige Annahme der vom Kreise Offenburg beantragten Protestresolution gegen den gekrönten Verbrecher, den russischen Zaren. In der Wahlrechtsfrage ist der Beschluß des letzten preussischen Parteitages durch Annahme der Resolution der Genossin Luxemburg erneuert worden. Man könne mit den Arbeiten des Parteitages zufrieden sein.

Genossin Bahrenwald berichtete darauf über die insbesondere die Frauen interessierenden Fragen. Die nach Magdeburg delegierten Parteigenossinnen, 22 an der Zahl, waren auch zu besonderen Beratungen zusammengetreten, um sich über die Fragen der Agitation unter den Frauen zu verständigen. Auf ihren Antrag hin beschloß der Parteitag, zur Frage der Fleischsteuerung, die die Frauen so unendlich schwer trifft, in ganz Deutschland Frauenversammlungen abzuhalten. Ähnlich wie bei der Reichsfinanzreform sollen Flugblätter verbreitet werden, durch die die Wirkung der Fleischsteuerung augenfällig illustriert wird. Wir dürfen nicht eher ruhen und rasten, bis sich auch der letzte Proletarier und die letzte Proletarierin unserer Partei angeschlossen haben.

In der

Diskussion

nimmt zunächst Genosse Petersen das Wort.

Man könne mit den Arbeiten des Parteitages wohl zufrieden sein. Jetzt komme es darauf an, was wir zu tun haben, damit seine Beschlüsse hochgehalten werden. Bebel sagte, wir sollen den Obergewissen auf die Finger sehen. Damit ist Redner einverstanden. Aber den Genossen ist zu wenig die Möglichkeit dazu gegeben. Sowohl in den Gewerkschaften wie in der Partei sind die Versammlungen, in denen sich die Mitglieder über solche Fragen ausprechen konnten, immer mehr weggefallen. Er wünscht, daß wieder mehr Versammlungen stattfinden. Diese bilden und schulen die Genossen. Mit geschulten Genossen können die Obergewissen nicht so verfahren wie mit ungeschulten.

Kramatzke geht auf die Budgetfrage ein. Der Antrag Zubeil sei nicht glücklich gefaßt, und ob er nun gerade seinen Zweck erfüllen wird, ist auch noch fraglich. Denn hinter den badischen Abgeordneten stehen die Kreis- und Landesorganisationen. Das Ergebnis der süddeutschen Genossen in der Wahlrechtsfrage ist sehr zu begrüßen. Redner wünscht, daß die Budgetfrage immer nur als eine taktische behandelt werde.

Obak ist mit dem Bericht Böhm's sehr zufrieden. Die Zappelei von Fischer ist nicht neu; deshalb soll man sie auch nicht so ernst nehmen. Die diesmal beim Geschäftsbericht in die Erscheinung getretene Neuzeit, daß von jeder Diskussion Abstand genommen wird, ist nicht zu begrüßen. Im Interesse der Agitation für die Partei unter den kleinen Gewerbetreibenden hätte die Genossenschaftsfrage nicht so zur Parteifrage gemacht werden sollen.

Schulz: Die Befürchtungen, die teilweise gehegt wurden, sind glücklicherweise nicht eingetroffen. Redner glaubt, daß die Budgetfrage nicht erledigt ist. Die Diskussion in dieser Frage vor und auf dem Parteitag gefaßt ihm nicht. Es ist nicht gut, daß man immer gleich das schwerste Geschütz auffährt. Schon mehrmals hat die in der Partei vorherrschende Ansicht revidiert werden müssen. So in der Frage der Tarifverträge und der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Früher wollte sich die Partei an den letzteren nicht beteiligen, und heute wird derjenige ausgeschlossen, der sich an der Wahl nicht beteiligt. So sei auch die Budgetfrage lediglich eine Frage der Taktik und keine prinzipielle. Deshalb braucht man nicht mit allem einverstanden zu sein, was die Badenenser gemacht haben. Wir haben in der heutigen Zeit etwas Wichtigeres zu tun, als gegenseitig zu bekämpfen. (Durch Zurufe geben die Versammelten des öfteren zu erkennen, daß sie mit diesen Ausführungen nicht einverstanden sind.) Redner geht dann noch auf die Stellungnahme des Parteitages zur Genossenschaftsbewegung ein. Ein großer Teil der Genossen stehe ihr noch feindselig gegenüber. Wenn die Genossenschaftsbewegung aber für die arbeitende Klasse nicht so wichtig wäre, hätte sie auf dem Parteitag wie auf dem Internationalen Kongress nicht eine so große Rolle gespielt. Er bedauere, daß Böhm in seiner Berichterstattung so kurz über sie hinweggegangen ist, so sie fast kaum erwähnt habe.

Bringmann: Das Referat des Genossen Fiehn'er ist sehr lehrreich. Es wäre sehr zu bedauern, daß über die Genossenschaftsfrage, wie die bürgerliche Presse schrieb, vor leeren Banken verhandelt wurde. Das zeugt von sehr geringem Interesse der Delegierten für diese Frage. Wenn die Genossenschaftsfrage besser von uns gefördert würde, so würden auch die sozialistischen Ideen erfolgreicher propagiert werden.

Brückner: Daß die Genossenschaftsfrage heute in der Debatte einen so breiten Raum eingenommen, liegt daran, daß Böhm und die Genossin Bahrenwald in der Berichterstattung derselben

keine Erwähnung getan haben. Alle Parteitagbeschlüsse sind aber von so großer Wichtigkeit, daß die Genossen ein Recht haben, davon nicht nur durch die Presse, sondern auch durch die Berichterstattung unterrichtet zu werden. Der Genossenschaftsbewegung wird heute eben so geringes Interesse entgegengebracht, als früher den Gewerkschaften. Bezüglich der in der Reichsversicherungs-Kommission angenommenen Anträge unserer Genossen, wird man gut tun, zunächst die Verhandlungen im Plenum des Reichstages abzuwarten. Denn alle diese Verbesserungen sind mit so knapper Mehrheit in der Kommission angenommen worden, daß man darauf gefaßt sein muß, daß dieselben im Plenum wieder beseitigt und durch reaktionäre Bestimmungen ersetzt werden. Die Annahme der Resolution der Genossin Luxemburg in der Wahlrechtsfrage hält Redner nicht für geboten. Nachdem sich die Parteitage wiederholt mit dem politischen Massenstreik beschäftigt und diesen als Stützmittel unserem Waffenarsenal einverleibt haben, war es nicht notwendig, daß gerade das eine Mittel besonders hervorgehoben wurde. Die Neuzierung des Genossen Fischer wäre nicht gefallen, wenn nicht Genosse Ledebour fortwährend die Redner gegenseitlicher Ansicht durch seine Protestrufe unterbrochen hätte. Auch Delegierte des vierten Kreises hatten von ihm verlangt, sich doch endlich einmal anständig zu betragen.

Wilhelm hätte vom Parteitag erwartet, daß er die Budgetfrage auch tatsächlich erledigen würde. Die Biße Frank's, wie, wenn alle Bringen anfangen werden zu sprechen, dann hätten wir nicht genügend Volksversammlungen, um dagegen zu protestieren, sind nicht weiter als eine herabsetzende Kritik der norddeutschen Taktik. Auch die fortwährenden Fragen, was habt Ihr denn mit Eurer Taktik erreicht, schädigen die Parteiarbeit in Norddeutschland. Redner hätte gewünscht, daß der Parteivorstand die Badenenser zu einer Erklärung veranlaßt hätte, durch die die Angelegenheit erledigt werden konnte. Die Einigung, wie sie erfolgte, ist nicht so erpicht, daß sie uns befriedigen könnte. Die Ausführungen Brückner's hinsichtlich der Resolution der Genossin Luxemburg waren für ihn nicht so überzeugend, daß er die Resolution für überflüssig halte. Sie stehe auf dem Boden der Beschlüsse früherer Parteitage. Deshalb war ihre Bekämpfung auch nicht erforderlich. Wir haben nicht soviel Stützmittel, daß wir damit ein Warenhaus eröffnen könnten. Deshalb ist es notwendig, daß die Parteigenossen über ihre richtige Anwendung auch instruiert werden.

Ein Schlussantrag wird von Zetkin wirksam bekämpft und abgelehnt.

Kobal Hoffmann hätte kaum das Wort genommen, wenn nicht wiederholt über den Antrag Zubeil soviel Unrichtiges gesagt worden wäre. Der Antrag Zubeil ist nicht zur Annahme gelangt, sondern auf Wunsch Bebels zurückgezogen worden. Angenommen wurde in der Form des Antrags Haase die Erklärung des Genossen Bebel. Und das war dringend notwendig. Schrieb doch schon die bürgerliche Presse Magdeburg am Abend des Tages, der Parteitag sei eine Parteilinade, die Revisionisten haben den Sieg errungen. Mit Rücksicht auf die bisher erprobte Taktik wäre es ein schwerer Fehler gewesen, wenn man die Erklärung Frank's ruhig hingenommen hätte. Man hätte uns später wieder gesagt: Na, Frank hat's Euch doch gleich gesagt, daß wir das nicht halten können. Die große Masse der Parteigenossen Baden's würde nur immer im Sinne der Meinung ihrer führenden Genossen unterrichtet. Wenn den Genossen der richtige Weg gezeigt wird, werden sie es auch nicht darauf ankommen lassen. Im Wahlrechtskampf müssen wir die Taktik der jeweiligen Situation anpassen und nicht schon vorher ausposaunen, so und so wollen wir es machen. Die Masse läßt sich nicht zurückrufen, wenn der Augenblick da ist. Müht sie sich zurückrufen, so beweist das, daß der Augenblick nicht der richtige war. Die Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen war nie eine prinzipielle. Wir haben uns früher nur deshalb nicht an ihnen beteiligt, weil die Aussichten auf Erfolg für uns noch zu geringe waren. Nachdem wir gewonnen waren, sind wir auch auf diesem Gebiet weitergegangen. Die Badenenser sind nicht nur anderer Ansicht gewesen, sie hatten eine ganz falsche Auffassung unserer Grundzüge. Die Genossin Pfeiffle und Geth haben sich sogar beim Großherzog entschuldigt, weil sie nicht zur silbernen Hochzeit kommen können. Sie waren auf dem Parteitag. Mit gewöhnlichen Arbeitern macht man nicht soviel Umstände, wenn sie sich gegen Parteigrundsätze vergangen haben. Hinsichtlich der Konsumvereine sollte man etwas kalt Blut bewahren und nicht schon die Däme in den Himmel wachsen sehen. Man hat noch gefehlende Mittel, mit denen man den Konsumgenossenschaften an den Stragen gehen kann. Man bewahre sich vor Illusionen. Den Güterankauf hat man schon in England versucht, aber es ging nicht so leicht, einen Staat im Staale zu errichten. Im Gegensatz zu Brückner hält Redner die Resolution der Genossin Luxemburg für sehr wichtig. Es sind ja so oft Resolutionen gefaßt worden, wie z. B. in der Frage der Kaiserfeier. Ebenso habe die Luxemburgerische großen Wert. Wenn solche Resolutionen nur besser gehalten werden könnten. Der Bissing'sche Armeebefehl zeige, wie nötig es ist, daß sich die Genossen über ihre Kampfmittel klar sein müssen. Dann wird auch den Führern über die beachtlichsten Maßnahmen der Gewaltthaler nicht bange sein. Denn, wird die Revolution siegreich zu Ende geführt, so holen sie die Genossen wieder aus den Gefängnissen heraus, und wird sie nicht siegreich durchgeführt, so kann man ihnen nichts anhaben, weil sie nicht dabei waren. (Lebhafter Beifall.) Deshalb ist es notwendig, daß die Massen so vorzubereiten, daß sie ohne Führer auskommen. Redner wendet sich dann gegen die auf Ledebour gerichteten Angriffe. Wenn erzählt worden ist, daß Delegierte des 4. Kreises den Genossen Ledebour gestellt haben, so hätte auch gesagt werden sollen, warum das geschah. Ledebour habe auch kein Fischbrot in sich und auch Fischer könne sich dessen nicht rühmen. Wir sollten uns freuen, wenn Genossen eine gute Sache vertreten, und nicht, wenn man im Eifer ein scharfes Wort gefallen, und darüber entzweit werden wollen.

Danilsohn (Delegierter) verteidigt die Haltung der Parteitagsmehrheit in der Budgetfrage gegen die Vorwürfe einzelner Redner. Er bedauert, daß der Bissing'sche Korpsbefehl und die Folgeschlachten in Mosbit nicht schon bei der Verhandlung über die Wahlrechtsfrage bekannt waren. Der Eindruck der Verhandlungen wäre dann noch ruhiger ein noch besserer gewesen.

Inzwischen war es 12 Uhr geworden. Die Versammlung beschloß deshalb, die weitere Verhandlung zu vertagen.

Fünfter Wahlkreis.

Die Versammlung fand im Ruffersaal in der Kaiser-Wilhelm-Strasse statt. Genosse Gausche gab eine referierende Darstellung der

Verhandlungen des Parteitages.

Er bezeichnete die Behandlung der Kaiserfeier als eine gar zu schnelle Erledigung dieser wichtigen Angelegenheit. Die Budgetdebatte habe einen durchaus befriedigenden Abschluß gefunden. Die erneute Stellung des Antrags Zubeil und seine Annahme sei notwendig gewesen, um den Willen der Parteimehrheit klar und zweifellos festzulegen. Die einmütige Stundgebung der süddeutschen Genossen für den Wahlrechtskampf in Preußen sei der erhebendste Moment des Parteitages gewesen. Der Parteitag habe die Hoffnung unserer Gegner auf eine Zersplitterung der Partei gründlich zuhauend gemacht.

Dem eingehenden Bericht des Referenten folgte eine ausgiebige Diskussion.

Weiß stimmte dem Referenten darin zu, daß die Hoffnungen, welche die Gegner auf den Parteitag setzten, sich nicht erfüllt haben. Das zeige unser Wahlsieg in Frankfurt-Lebus, den wir unmittelbar nach den Budgetdebatten des Parteitages gegen die konservativ-liberale Koalition errungen haben. Wenn der Abgeordnete Fuhreman sagte, die Magdeburger Debatten wären in Frankfurt-Lebus noch nicht bekannt gewesen, so müsse bemerkt werden, daß das nicht richtig sei. Die bürgerliche Presse habe bis in die entlegensten Winkel des Wahlkreises erstellte Nachrichten über den Parteitag verbreitet. Daß wir trotzdem siegten, beweist, daß uns die Magdeburger Debatten nicht geschädigt haben. Die rücksichtslose Aussprache dessen, was ist, hat der Partei noch nie geschadet. Hauptsächlich — sagte der Redner — habe ich mich zum Wort gemeldet, weil Stadthagen in bezug auf meine Aus-

W. WERTHEIM GM BH

Potsdamer Straße 10, 11 und 13  Friedrich-Straße 110/112 Passage-
Kaufhaus

Leipziger Straße 75/76 am Dönhoffplatz

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Zu Extra-Preisen

Porzellan

Teller weiß, flach oder tief 15 Pf.
Teller feston, weiß-gold 28 Pf.
Dessertteller hierzu passend . . 18 Pf.
Kaffeesevice modern, für 6 Personen, mit
Goldrand, 9 teilig . 3.25, 3.60, 5.00
für 12 Personen, 15 teilig 5.25
Tafelservice moderne Dekore, für 6 Pers.,
23 teilig 14.70, 16.50
Milchtöpfe neue Dekore, Satz v. 6 St. 95 Pf.
Milchtöpfe einzeln, ca. 3/4 Ltr. Inh. 18 Pf.
Kaffeetassen mit Untertassen, feine Dekore 18, 22 Pf.
Porzellan-Schüsseln 15 Pf.
Portionstassen 22 Pf.

Steingut

Teller weiß, flach oder tief 7 Pf.
Teller blaues Zwiebelmst., flach od. tief 10 Pf.
Wasserkannen } einzelne
Waschbecken } Stücke } 85 Pf.
Toiletten-Eimer mit Rohrhenkel 2.40
Milchkrüge blau 55 Pf.
Englische Teekannen dekoriert 80 Pf.
Kaffeebecher 8, 10, 12 Pf.
Spardosen 8 Pf.
Waschgarnituren 5 teilig, nur
früh. 5.00, 10.75, 11.25, 15.00, 18.00
jetzt 4.00, 7.50, 9.00, 12.00, 13.50

Glas

Wasserkaraffen mit Glas, schwed. 75 Pf.
Wasserkaraffen mit Glas, optisch 13 Pf.
Butterdosen gepreßt . . 18 bis 50 Pf.
Käseglocken gepreßt 25 Pf.
Traubenspüler 45 Pf.
Zuckerstreuer m. Metallverschraub. 40 Pf.
Kompottschüsseln
12, 25, 48, 75 Pf.
Kompotteller Oliven-Muster . . 8 Pf.
Bierkannen geschliffen . . 65, 75 Pf.
ca. 10 000 Hyazinthen-
Gläser . . . durchweg Stück 7 Pf.

Bürstenwaren

Roßhaarbesen . . 75, 95 Pf., 1.20
Roßhaarhandfeger 40, 50, 75 Pf.
Teppichbesen mit Stiel 60, 75 Pf., 1.15, 1.45
Teppichhandfeger 40, 45, 50 Pf.
Schrubber 18, 20, 25 Pf.
Scheuerbürsten . . 15, 20, 25 Pf.
Bohnerbürsten
schwere eiserne 3.25, 4.00, 5.50
Bohnerwachs Dose 50 Pf.
Stahlspäne Paket 13 Pf.
Fensterleder 40, 50, 65 Pf. bis 2.50
Hahnenfederwedel 75 Pf.
Straußenfederwedel 90 Pf.

Echte Karlsbader Kaffeemaschinen aus weiß: 1.50, 2.00, 2.25 bis 6.00; blaues Porz. Zwiebelmuster 2.20, 2.65, 3.00 bis 7.00

Wand-Kaffeemühlen für 1/2 Pfund 1.95, für 1/3 Pfund 2.25

Emaillé-Waren

Eimer ca. 28 cm Durchmesser . . . 65 Pf.
Toiletten-Eimer mit Korbhenkel 2.75
Eimer dekoriert, m. Deckel 1.95 bis 2.50
Toiletten-Eimer 1.85, 2.10, 2.50
Mülleimer mit Deckel und Aufschrift 2.10
Müllschaufeln . . 40, 45 bis 60 Pf.
Wannen oval, grau 75 Pf.
Behälter für Sand, Seife, Soda,
mit Konsole 85 Pf., 1.10

Schmortöpfe . 30, 40, 45, 60 Pf.
Maschinentöpfe mit Tülle 20, 25, 30 Pf.
Kasserollen ohne Ring 20, 30, 40, 45 Pf.
Kasserollen mit Ring 45, 55, 75 Pf.
Bratenschüsseln . . 35, 40, 50 Pf.
Essenträger 45, 50, 65 Pf.
Wasserkessel
dekoriert, mit Sack . . 1.75 bis 2.25
Kaffeekannen dekoriert 60 Pf.

Wirtschafts-Artikel

Stehleiter mit 6 Stufen 7 Stufen 8 Stufen
mit Quert . 2.40, 2.80, 3.20
Waschfässer v. stark 6.00, 7.75, 9.25
Waschzuber stark 6.50, 8.25, 10.00
Wäschemangeln . . 17.50, 19.50
Wäschewringmaschinen
9.50, 10.50, 12.00
Wäschekochtöpfe
verzinkt, mit Deckel und Einsatz 2.50, 2.85
Waschtische ff. lackiert, geschlossen,
inklusive Garnitur . . . 14.50, 16.50

2 Gasplättisen vernickelt, mit 1 Erhitzer, zusammen 4.25
Radial-Heizapparate 2.75
Kohlenkästen engl. Form, ff. lackiert 1.85
Briefkästen alle Größen 35, 45, 55 Pf.
Schirmständer schmelzblech, ff. lackiert 2.25, 3.00
Gaskocher mit Sparbrenner,
1 Flamme, 4.75, 2 Flammen, 2 Wärme-
1 Wärmest. stellen, extra schwer 10.50
Fleischmaschinen
mit 4 Scheiben . . 3.25, 3.75, 4.50
Messerputzmaschinen 5.50

Gardinenspanner mit Füßen 10.75

Ausstellung kompletter Küchen in neuer, moderner Aus-
führung von 55.00 an

Teppich-Kehrmaschinen
Prima-Fabrikat 8.00, 10.00, 12.50

Außergewöhnlich
billiges Angebot!

Palmen, Edeltannen, Zierpflanzen

Außergewöhnlich
billiges Angebot!

Besonders geeignet für Wintergärten, Veranden und Blumentische

Phönix-Palmen gesunde, kräftige Pflanzen 1.50, 2.25, 3.00 bis 20.00
Kentien dankbare Zimmerpflanzen 1.25, 1.50, 1.80, 2.25 bis 25.00
Latanien Fächerpalmen 3.00, 4.50, 5.00 bis 20.00
Koryphen sehr hart 2.00, 2.75, 3.50
Kokos-Palmen gesunde, kräftige Pflanzen 50, 70 Pf., 1.00 bis 18.00
Araukarien Edeltannen, in Töpfen kultiviert 75 Pf., 1.25, 1.75 bis 15.00

MOOS in Töpfen, starke Pflanzen 25 Pf.
Farne in Töpfen, verschiedene Sorten 40, 50, 65 Pf.
Tradeskantien Schlingpflanzen 30 Pf.
Zierspargel rankend . . . 60, 75 Pf., 1.00, Asparagus plumosus 60 Pf., 1.00
Zyklamen Alpenveilchen, starke, blühende Pflanzen . 50, 65, 80 Pf., 1.10
Primeln in Töpfen, blühend 25, 35 Pf.

Ein Waggon holländische Blumenzwiebeln

Hyazinthen-Zwiebeln in verschiedenen Farben und Sorten
Größe I ca. 17-20 cm Umfang, Prima-Qual., 1 St. 13 Pf., 10 St. 1.25, 50 St. 6.00
Größe II für das Freiland geeignet . . . 1 St. 8 Pf., 10 St. 75 Pf., 50 St. 3.50

Tulpen-Zwiebeln 1 St. 4 Pf., 10 St. 35 Pf., 50 St. 1.50
Krokus-Zwiebeln 10 St. 30 Pf., 50 St. 1.30, 100 St. 2.50
Schneeglöckchen-Zwiebeln 25 St. 60 Pf., 50 St. 1.10, 100 St. 2.00

Leihbibliothek

Berliner Abonnement:
Monatlich 1.00 (Pland 3.00), jährlich 5.00
Täglich ein Band wechselbar
Auswärtiges Abonnement:
Monatlich 2.50 :: Jährlich 12.00
Pland 10.00 - Beliebiges Wechsel von so viel Büchern, wie ein
Fünftel-Paket zuläßt (5 bis 10 Bände)
Katalog mit Nachtrag 50 Pf., Porto 20 Pf.

Heute
Donnerstag
in der

Lebensmittel-Abteilung

soweit
der Vorrat
reicht

HASEN

gestreift, Stück

2.30, 2.80, 3.25

Tafeläpfel

Goldparmänen, Pfd. 13 Pf.

Tafelbirnen

Köstliche v. Charnou Pfund 17 Pf.

BUCKLINGE

Kiste mit 12 bis 15 Stück

30 Pf.

Außergewöhnlich günstiges Angebot in Zigaretten

Kawkas-Zigaretten: „Moskau“ mit Mundstück 100 St. 1.00, „Memphis“ mit Goldmundstück . . 100 St. 1.40, „Kabinett“ ohne Mundstück . . . 100 St. 1.60

Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission.

Sitzung am Mittwoch, den 5. Oktober.

Die Beratung der Bestimmungen für die Landwirtschaftliche Unfallversicherung wurde meistens ohne wesentliche Änderungen zu Ende geführt.

Unfallversicherung.

Hier sollten nach der Vorlage die Bestimmungen der gewerblichen Unfallversicherung gelten. Dagegen erhoben die Konservativen Einspruch. Sie hatten den bereits besprochenen, aber noch nicht durch Abstimmung erledigten Antrag eingebracht, daß das Reichsversicherungsamt nicht berechtigt sein soll, an Stelle der Genossenschaften Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen.

Die Sozialdemokraten wiesen nach, daß gerade gegenüber den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ein Zwang dringend notwendig ist.

Trotzdem werden die Anträge von den Konservativen, Nationalliberalen und den meisten Vertretern des Zentrums angenommen. Vom Zentrum stimmten nur die Abgeordneten Becker und Schirmer dagegen.

See-Unfallversicherung.

Die Sozialdemokraten sich auch hier, daß der Versicherungszwang auf alle die Personen ausgedehnt wird, die tatsächlich in der Seefahrt beschäftigt sind.

Angenommen wurde dagegen der Antrag der Sozialdemokraten, daß der Versicherungszwang auf die Personen ausgedehnt werde, die auf deutschen Seefahrzeugen auf Kanälen und Flüssen beschäftigt werden, ohne zur Schiffsbefähigung zu gehören.

Die Versicherung gilt für Unfälle beim Betrieb einschließlich der Unfälle, die während des Betriebes durch Elementarereignisse eintreten. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Versicherung auf

Klimatische Krankheiten

ausgedehnt werde. Der Antrag wurde von den Konservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum niedergestimmt.

Beim Flaggenwechsel gilt das Dienstverhältnis und damit die Versicherung in dem Zeitpunkt als beendet, in dem der Versicherte seine Entlassung verlangen durfte. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen hinzugefügt: Der Flaggenwechsel ist dem Versicherten mitzuteilen.

Eine böse Ausnahmestimmung

ist die Vorschrift, daß, soweit die gesetzliche Pflicht des Meeders zur Krankenkasse besteht, die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaft erst mit dem Ende der Pflicht des Meeders eintritt. Der Meeder hat in den ersten 26 Wochen nach dem Unfall für den Kranken zu sorgen. Wenn ein Seemann verunglückt und in den ersten 26 Wochen gebellt wird, aber in seiner Erwerbsfähigkeit geschädigt ist, dann erhält er die Unfallrente bis zum Ablauf der 26. Woche nicht, sondern erst mit dem Beginn der 27. Woche.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Ausnahmestimmungen gestrichen werden sollen. Der Antrag wurde aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Liberalen und des Polen abgelehnt.

Ebenso werden alle anderen Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt, die es verhindern sollten, daß die Ent-

schädigungen für die Seeleute geringer sind als die, die nach den Bestimmungen der gewerblichen Unfallversicherung gewährt werden müssen.

Als Jahresarbeitsverdienst gilt das Effektiv des Durchschnittslohes, der bei Annullieren oder Anwerben zur Zeit des Unfalles für den Monat an barem Entgelt gewährt wird; dazu werden 2/3 des Durchschnittslohes für Vollmatrosen als Geldwert der auf Seefahrzeugen gewährten Verpflegung gerechnet.

Zu widerhandlungen der Versicherten gegen die Unfallverhütungsvorschriften können mit Geldstrafe bis zu 6 M. bedroht werden. Auf Antrag der Sozialdemokraten wird hinzugefügt, daß die Bestrafung eines Versicherten nicht erfolgt, wenn er in Ausführung eines Befehls seines Vorgesetzten den Vorschriften zuwidergehandelt hat.

Die übrigen Bestimmungen der Vorlage für die See-Unfallversicherung werden mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Nächste Sitzung morgen.

Aus der Justizkommission.

Sitzung vom Mittwoch, den 5. Oktober.

Nach dem § 180 des geltenden Gerichtsverfassungsgesetzes kann nur der Verteidiger oder Rechtsanwalt wegen Ungebühr in eine Ordnungsstrafe bis zu 100 M. genommen werden. Unsere Genossen beantragten, daß auch die Vertreter der öffentlichen Anklage denselben Ordnungsstrafbestimmungen unterstellt werden.

Die Polen beantragten zum § 187, daß den der deutschen Sprache nicht mächtigen Personen ein Dolmetscher beigegeben wird. Von der Regierung wurde der Antrag als unannehmbar bezeichnet, da die Hinzulegung eines Dolmetschers in zu häufigen Fällen die Verhandlungen in unbegründeter Weise hinausschieben und verteuern würde.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Ausnahmestimmungen gestrichen werden sollen. Der Antrag wurde aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Liberalen und des Polen abgelehnt.

Beim § 200 beantragte Abg. Gröber, daß auch Richter und die anderen bei der Beratung und Abstimmung im Richterzimmer zugelassenen Personen verpflichtet werden sollen, über die Beratung und Abstimmung Stillschweigen zu bewahren. Dieser erstreckte sich dieses Verbot nur auf Schöffen und Geschworene. Der Antrag wurde mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen.

Beim § 200 beantragte Abg. Gröber, daß auch Richter und die anderen bei der Beratung und Abstimmung im Richterzimmer zugelassenen Personen verpflichtet werden sollen, über die Beratung und Abstimmung Stillschweigen zu bewahren. Dieser erstreckte sich dieses Verbot nur auf Schöffen und Geschworene. Der Antrag wurde mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen.

ist ein tanzender und singender Gros, der seinen Gesang mit der Laute begleitet. Sodann drei Grotesken, zwei Frauen, die zum Klang von Klappern tanzen, ein Spahmacher, der mit wunderlichen Körperverrenkungen und wilden Grimassen vorwärts schleicht, und endlich ein Satyr, ein prächtiges Werk von meisterhafter Kraft der Bewegung.

Die Zukunft des Gelben Fiebers. Wer nicht selbst einmal in Mittel- oder Südamerika gewesen ist, kann sich von den Schrecken des Gelben Fiebers kaum eine Vorstellung machen. Diese Krankheit, drüben mit dem freundlichen Spitznamen „der Gelbe Jakob“ (Yellow Jack) genannt, gehört nicht nur zu den aufschreckendsten Krankheiten, sondern auch zu denen, die den Menschen auf die furchtbarste Art zu Tode quälen.

Der Gott, den die Frommen hier „leben“ lassen, wird jedenfalls von der hier gepredigten Praxis der „Religion der Liebe“, für die er noch verantwortlich gemacht wird, sehr erbaut sein.

Damit war die erste Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes beendet und die weiteren Verhandlungen wurden auf Donnerstag verlagert.

Aus der Partei.

Die Organisationen zum Parteitag.

Ueber die Versammlung in Köln, von der wir schon die angenommene Resolution mitteilten, geht uns noch ein Bericht zu, dem wir entnehmen:

Der Delegierte Rieger jagte zur Budgetdebatte, er setze den guten Willen der Vadenjer voraus, aber ihr Vorgehen sei völlig falsch, ihre Entschuldigung in keiner Weise stichhaltig gewesen. Die Vorgänge in der Abendstimmung seien von Frank provoziert worden. Die Mehrheit habe von ihrer Majorität nicht rechtschaffen Gebrauch gemacht; da aber Frank durch seine Erklärung die Mehrheit herausgefordert und sie zu dem neuen Beschluß gezwungen, der aber noch am nämlichen Tage hätte erledigt werden müssen, weil die bürgerlichen Parteimitglieder schon die Telegramme über den Sieg des Revisionismus formuliert hatten, um sie in alle Welt hinauszuschleudern.

In der Diskussion bedauert Genosse Meerfeldt, daß der Parteitag nicht eine machtvolle Zusammenfassung der Kräfte für den nächsten Wahlkampf, eine rechtschaffenste Kriegserklärung des aufgewachten und unterdrückten Volkes an die liberal-konservative Reaktion geworden sei. Mit dem gewaltigen Wachstum der Partei wachse auch ihre Pflicht zur positiven Arbeit im Interesse des Proletariats. Der Bruch des Nürnberg Beschlusses habe sich nicht rechtfertigen lassen; aber mit einem Mehrheitsbeschluß sei der Bruch durchaus nicht geheilt.

Genosse Fuhs, Gauleiter des Schneiderverbandes, führt aus, daß auch die Gewerkschafter den badiischen Disziplinbruch verurteilten. Aber die Verhandlungen in Magdeburg hätten kameradschaftlicher sein müssen.

Genosse Hofrichter erwidert Meerfeldt, der Parteitag habe nicht die Aufgabe, wie ein Kristallfeuerwerk zu wirken, sondern er müsse die Parteiangelegenheiten erledigen, und dazu gehöre die Austragung solcher Dinge, wie sie sich in Baden ereigneten. Bezüglich der positiven Arbeiten habe die Partei stets auf dem Standpunkt gestanden, daß mit aller Energie für die Arbeiter herausgeholt werden müsse, was möglich sei, und auf diesem Gebiete habe sie stets in vollem Maße ihre Schuldigkeit getan.

Nach einem kurzen Schlusswort Riegers nahm die Versammlung einstimmig die gestern mitgeteilte Resolution an.

Die Angelegenheit Walther-Nürnberg

wird durch die folgenden beiden Erklärungen erledigt, die gestern in der bayerischen Parteipresse erschienen:

Genosse Max Walther-Nürnberg erklärt: In der Versammlung vom 8. September 1910 des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg habe ich in meiner Rede den Sach ausgesprochen, daß mir als Mitglied des bayerischen Landesvorstandes Gelegenheit geboten war, einen tiefen

Den mit der Atmosphäre der Planeten. Von einigen Planeten kann mit voller Bestimmtheit behauptet werden, daß sie eine Atmosphäre besitzen. Dazu gehört in erster Linie selbstverständlich die Erde, in zweiter der große Planet Jupiter. Dieser hat eine so dicke Atmosphäre, daß sie wahrscheinlich das einzige ist, was man selbst durch ein scharfes Fernrohr von dem Planeten erblickt, während dessen eigentlicher Körper dahinter verborgen bleibt.

Notizen.

Theaterchronik. Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus findet die Berliner Premiere von Otto Vorngräbers Tragödie „Giordano Bruno“ am 14., abends 7 Uhr, statt. Die Preise der ersten Aufführung sind erhöht.

Ernst Lehden, der hervorragende Berliner Musiker, ist am Mittwoch im Alter von 78 Jahren in Berlin gestorben. Von 1855 bis 1907 war er Leiter der ersten medizinischen Klinik am Charité-Krankenhaus, nachdem er 1870 als Nachfolger seines Lehrers Traube nach Berlin als Professor berufen war.

Kleines feuilleton.

Eine kerisale Carmagnole. Nicht nur die Mäcker, auch die Pieder haben ihre Schicksale. Besonders politische Pieder, die in ihrer Jugend einen Rebellenscharakter trugen. Sie bekommen mit dem Ablauf der Zeit entweder völlige Harmlosigkeit oder werden gar zu reaktionären Kampfgefährten. Wer dachte heute in Deutschland noch daran, daß das Schicksal patriotischer Oberlehrerbegeisterung: „Deutschland, Deutschland über alles“ einst der Ausbruch demokratisch-revolutionärer Opposition gegen den kleinhaushaltigen Absolutismus war? Und in Frankreich ist die Mairiekaife, die in östlich gelegenen Ländern bis heute der Hymnus der Revolution geblieben ist, das offizielle Lied des Klassenstaats, des Militarismus und Sozialkonservatismus, ja bei Gelegenheiten der kerisalen Demonstrationen gegen die Kircheninventuren das Lied der Pfälzlinge geworden. Die revolutionären Arbeiter sehen in ihr nur noch die reaktionäre Bedeutung und legen ihr als ihre Hymne die „Internationale“ entgegen.

Frankosen! Laßt uns über die haben Mit Anstalten und Fuhrtritten herfallen! Drehsen wir, ohne unsere Schläge zu zählen, Auf die Geier und Böse los!

Refrain:

Seid lähn gegen die Horde Ohne Vaterland und Gott! Franzosen, auf! Denn Gott will es, Singen wir die Catholique Es lebe Frankreich und Gott!

Antike Schätze vom Nereusgrunde. In der französischen Akademie der Inschriften hat der Direktor der Altertümer in Tunis Bericht erstattet über die glücklichen Erfolge, die die unterirdischen Ausgrabungen bei Rhadja in diesem Jahre gebracht haben. Bekanntlich eroberten Schwannfischer im Jahre 1907 nordöstlich vom Kap Africa in einer Tiefe von 30 Meter die Leberreste eines antiken Schiffes, das zu Beginn der christlichen Ära die Reise von Athen zur nordafrikanischen Küste antrat. Die sofort begonnenen Nachforschungen brachten über Erwarten glückliche Funde, alte Kunstwerke von hohem Interesse, Waffen, Kandelaber, Warmwassergeräte und Inschriften. Die neuen Ausgrabungen geben den früheren Funden an Bedeutung nichts nach. In erster Linie wurden fünf große Bronzestatuetten zutage gefördert, die sehr alt sind und sich vortrefflich erhalten haben. Ein wundervolles Bild

Sinbild in die Landespolitik der Partei zu gewinnen, und das habe einen Umschwung in meiner Anschauung herbeigeführt. Diese Versicherung ist zu meinem Bedauern so aufgefaßt worden, als ob ich auf Vorgänge im Landesvorstand hätte hindeuten wollen, die das Licht der Parteioffentlichkeit zu scheuen hätten.

Ich erkläre, daß es mir durchaus fern lag, die Tätigkeit des Landesvorstandes oder eines seiner Mitglieder in irgend einer Weise zu verdächtigen und daß eine solche Verdächtigung mir schon deswegen nicht in den Sinn kommen konnte, weil auch nicht die geringste Veranlassung dazu vorhanden ist.

8. Oktober 1910. Mag. Walther.

Die „Münchener Post“ erklärt dazu: Wir bedauern, daß Genosse Walther diese Feststellung nicht früher erfolgen ließ; wir hätten in diesem Falle eine Reihe von scharfen Bemerkungen gegen ihn unterlassen können, deren Unterlage nach der jetzigen bündigen Erklärung des Gen. Walther selbstverständlich entfällt.

Wir haben von Anfang an erklärt, daß wir die Worte des Genossen Walther nicht so aufgefaßt haben, wie die „Münchener Post“ und möchten dabei bleiben, daß unter Genossen kein Anlaß vorlag, ihnen jenen bedenkliehen Sinn zu unterstellen!

Spaltung in der tschechischen Sozialdemokratie in Aussicht. Das rücksichtslose Vorgehen der tschechischen Partei gegen die der Internationalität treugebliebenen Genossen führt natürlich zur Gegenwehr. Die Vertreter der aus der Partei ausgeschlossenen 15 zentralistischen Vereine veröffentlichen im Berliner „Proletar“ einen Aufruf, der die Ausweisung gegen den Beschluß des internationalen Kongresses verurteilt. Die Organisationen haben beschlossen, ein vorbereitendes Exekutivkomitee zu wählen.

Argus R. vor den Geschworenen.

Vor dem Schwurgericht in Leipzig begann gestern die Verhandlung gegen die Brüder Karl und Fritz Koppius wegen einer Reihe schwerer Verbrechen, die seit dem Jahre 1908 von den Angeklagten begangen sind. Außerordentliches Aufsehen erregte es, daß die Staatsanwaltschaft, die Leipziger Polizei und ebenfalls die Berliner Kriminalpolizei, die Hiltruppen nach Leipzig entsendet hatte, die Täter der schändlichen Verbrechen nicht zu entbinden vermochte. Und das, obwohl ein Haus mit Argus R. unterzeichneten Erpressungsbriefe an den Verlagsbuchhändler Weber hier zeigten, daß die Verbrecher fortwährend die Polizei kloppten und alle Maßregeln, die die Kriminalpolizei ergreifen hatte, durchkreuzte. Am 16. Juli wurde nicht durch irgendwelche Geschäftlichkeit der Polizei, sondern durch Zufall und die Entschlossenheit des Verlagsbuchhändlers Weber und seines Chauffeurs — der 29 Jahre alte Karl Koppius festgenommen, bald darauf auch sein um sieben Jahre jüngerer Bruder Fritz. Ueber die Straftaten und die vergeblichen Versuche der Polizei haben wir wiederholt, zuletzt ausführlich unter dem 29. Juli, berichtet.

Die Anklage

legt Karl Koppius allein den am 17. Dezember 1908 an dem Gelddiener Rübner verübten Mordversuch und schweren Raub sowie einen am 5. Oktober 1907 an der Fabrikbesitzerin Frau Wagner verübten Raubmord zur Last. Weiden Angeklagten gemeinsam wird zur Last gelegt: der am 2. November 1908 an den Friedrichschen Eheleuten in der Windmühlstr. 21 begangene Raubmord, ferner ein Raubmordversuch in der Wohnung der Witwe Rauer, bei dem das Dienstmädchen Seyffarth am 4. März 1910 schwer verletzt wurde und endlich schwere Erpressungsversuche, die in den Jahren 1908 bis 1910 durch etwa 15 Briefe gegenüber den Inhabern der Firma J. J. Weber begangen sind.

Berechnung des Angeklagten Karl Koppius.

Den Ueberfall auf Frau Wagner habe ich ohne Ueberlegung ausgeführt, sonst bekäme ich mich schuldig. Ueber seinen Lebenslauf erzählt der Angeklagte: Ich bin am 15. April 1881 zu Giebichenstein geboren, bin verheiratet und kinderlos. Bei dem 40. Artillerieregiment in Magdeburg habe ich 1902 bis 1904 gedient. Mein Vater war Maurer. Ich bin der zweite von vier Geschwistern. Bis 1908 habe ich bei meinen Eltern gewohnt. Nach der Schulentlassung habe ich auf dem Bau als Hilfsarbeiter gearbeitet, weil ich dadurch mehr verdiente, als wenn ich als Lehrling tätig gewesen wäre. So kam es, daß ich kein Handwerk lernte. Wenn es im Winter an Arbeit mangelte, habe ich Klischen gepulvt. Bis zum Eintritt ins Militär habe ich ordentlich gearbeitet. Beim Militär war ich ein Jahr Offiziersbursche und wurde Gefreiter. Nach meiner Entlassung fand ich keine passende Stellung und nahm, um nicht zu lange bummeln zu müssen, im Herbst 1904 eine Stellung als Hausdiener und Aufhilfskellner im „Jellenteller“ an. Dort blieb ich bis 1907. 1908 war mein Vater gestorben, ich habe dann Mutter und Geschwister reichlich unterstützt. Wir wohnten zusammen. Ich hatte etwa 500 M. gespart und schenkte mich nach einem eigenen Heim. Die Mittel zur Einrichtung habe ich verspielt. Das Spiel wurde mein Unglück. Obwohl ich ursprünglich ein großer Segner und Verächter des Spiels war, hatte ich das Spiel in der Kaserne als Soldat gelernt. Ich lag meiner Braut vor, ich wäre ein reicher Mann. Ich spielte, gewann auch, verlor dann aber alles. Ich kam auf den Gedanken: Du brauchst keine Rücksicht auf Nebenmenschen zu nehmen, Sentimentalität ist der größte Fehler.

Ueberfall auf den Gelddiener Rübner.

Als ich im Berliner Tageblatt gelesen hatte, daß ein Gelddiener herabstiege, begegnete ich am selben Tage zufällig einem Gelddiener. Da ich der Gedanke mir durch den Kopf, daß solch Mann doch leicht überfallen werden könnte. Den Gedanken wurde ich nicht wieder los. Wenn die Mutter mir Vorwürfe machte, weil ich ihr kein Wirtschaftsgeld geben konnte und ich die mütterlichen Geschwister der Geschwister sah, da drang es in mir: Du mußt sofort Geld schaffen, einem Briefträger das Geld nehmen. Ich kaufte einen etwa fünf Kilo schweren Hammer, ließ mein Messer schärfen, um die Tasche des Briefträgers abzuschneiden; ich wollte den Briefträger nur bedauern. Auch in dem Fall, den ich in der Zeitung gelesen hatte, war der Briefträger nur betäubt worden. Dem mir unbekanntem Briefträger Rübner rief ich auf der Treppe „guten Tag“ zu. Sobald er vorüber war, nahm ich den bis dahin verborgen gehaltenen Hammer und schlug wohl viermal auf ihn ein. Unter dem Körper des Briefträgers zog ich die Geldtasche hervor. Durch den Raub hatte ich etwas über 8000 M. an mich gebracht.

Ich wollte mir ein Geschäft eröffnen. Meine Stelle gab ich bald auf. Bis zur Heirat wollte ich durch Spiel so viel zusammenbringen, daß ich mir einen Gasthof kaufen konnte. Indessen hatte ich im Spiel wieder kein Glück. Dadurch, daß ich spielen gelernt hatte, hatte ich jeden moralischen Halt verloren.

Aus der Berechnung des überfallenen Briefträgers Rübner ergibt sich, daß dieser bis zum 2. Januar im Krankenhaus war und noch heute vier Narben, die von schweren Hammerschlägen herrühren, hat.

Ueberfall auf Frau Wagner.

Das geraubte Geld hatte ich durch Spiel wieder verloren. Anfang Oktober 1907 heiratete ich. Ich hatte nur noch 100 M., die

setzte ich auf ein Pferd. Auf dem Rennplatz ließ ich mich durch einen Buchmacher bestimmen, auf ein anderes Pferd zu setzen, als das ich ausgewählt hatte. Ich verlor. Hätte ich das von mir ausgesuchte Pferd gewettet, so hätte ich 1200 M. erhalten. Ich war in einer ungläublichen Verfassung. Furthbare Erbitterung ergriff mich, ich hätte alles erorden können. Als in der Zürcherstraße eine Frau (Frau Wagner) an mir vorbeiging, schien mir, sie werfe mir einen verächtlichen Blick zu. Ich faßte den Entschluß, sie zu ermorden. Keineswegs wollte ich sie herabsehen. Die Diamanten und die silberne Handtasche waren durch die Kleidung verdeckt. Als sie in ein Haus ging, sprang ich an ihr vorüber und als sie dann von unten nach oben kam, drückte ich ihr mit der linken Hand die Kehle zu, mit der Rechten stieß ich mit dem Messer nach dem Hals. Das Messer verfang sich in der Voa. Ich stach dann wiederholt zu. Das Messer war stumpf. Ich weiß nicht, was ich in dem Augenblick tat. Schließlich ließ ich die Frau los, sie schrie um Hilfe, da lehrte ich zurück und gab ihr noch einen Stich. Genommen habe ich nichts und wollte auch nichts nehmen. Ueber die Tat war ich nachher sehr erschrocken und habe sie bedauert.

Die überfallene Frau Wagner meint bei ihrer Vernehmung, die im wesentlichen mit den Angaben des Angeklagten übereinstimmen, in bezug auf Karl Koppius: Das ist ja gar nicht der, der mich überfallen hat, es ist ja der andere Angeklagte. — Angekl. Karl Koppius: Nein, ich war es. Glauben Sie's mir man. — Zeugin: Der Täter war sehr blaß, sah aber viel jugendlicher als der erste Angeklagte aus. Eine Täuschung wäre bei mir immerhin möglich.

Die Täuschung der Zeugin ist dadurch erklärlich, daß beide Brüder sich fast wie Zwillinge ähnlich sehen.

Vor der Verhandlung über den

Ueberfall auf den Friedrichschen Eheleuten.

an dem beide Angeklagte beteiligt sind, gibt der zweite Angeklagte Fritz Koppius über seine persönlichen Verhältnisse folgendes an: Nach meiner Schulentlassung arbeitete ich zuerst in der Landwirtschaft, dann als Arbeitsbursche und zwei Jahre lang beim Maler. Ich wollte gern Maler werden, aber mein Vater ließ es nicht zu, ich sollte gleich mehr verdienen. Ich arbeitete dann bei Malern, bis wir nach Leipzig überhiedelten. — Vorl.: Haben Sie gut verdient? — Angekl.: Anfangs wenig, nur 12—13 M. in der Woche, später in der Essigfabrik von Sachs u. Co. hatte ich guten Verdienst. — Vorl.: Sie blieben aber nirgends lange? — Angekl.: Nein. Bei Sachs u. Co. wurde ich entlassen, weil ich in einen sozialdemokratischen Verband eingetreten war und weil mein Benehmen dem Meister nicht paßte. — Vorl.: Haben Sie auch nachher gearbeitet? — Angekl.: Ja, ich habe immer gearbeitet und nur öfter die Stellung gewechselt, weil ich mehr verdienen wollte. Ich führte mit meiner Mutter und Geschwistern gemeinschaftlichen Haushalt und habe zu Hause immer abgegeben. — Vorl.: Sie zogen sich weg, weil mein Bruder und meine Mutter sich immer zankten, wenn er kein Geld gab und spielte. Im August 1908 hörte ich auf zu arbeiten. Ich lebte erst von meinen Ersparnissen und habe dann verschiedene Sachen verlegt. Ich trat dann in Verkehr mit meinem Bruder. Ich fragte ihn, wie er so viel Geld im Spiel verloren und soweit heruntergekommen sei. Er erzählte mir, daß er den Gelddiener Rübner überfallen hätte. Ich machte ihm schwere Vorwürfe. Später, als ich weiter bummeln mußte, nahm ich die Sache auf eine leichtere Weise. Mein Bruder meinte, er möchte wieder mal solche Tat ausführen. Ich warnte zuerst davor, war aber schließlich damit einverstanden, daß wir zusammen was täten. Wir kamen dann auf den Plan, einen Gelddiener in eine Wohnung zu locken. Ich meinte, man sollte die Wirtsleute nur einschüchtern. Mein Bruder meinte, es sei notwendig, sie totzuschlagen, damit keine Zeugen da seien. Damit war ich auch schließlich einverstanden.

Der Angeklagte Karl Koppius erzählt nun, wie er zuerst ein Zimmer mietete, aber von dem Vertrag zurücktrat, weil ihm die Wirtin zu sehr an das Aussehen und Wesen seiner Mutter erinnerte. Dann mietete er in der vierten Etage der Windmühlstr. 21 bei den Friedrichschen Eheleuten ein Zimmer; eine Karll zahlte er an. Vor der Tat, sagt Angeklagter, nachdem ich die Postanweisungen unter falschen Namen an den Namen gesendet hatte, den ich bei den Friedrichschen Eheleuten als meinen angegeben hatte, wurde ich in meinem Entschluß, die Tat zu vollbringen, wankend. Ich fragte nun das

Settelorakel.

Ich schrieb auf verschiedene Settel ja und nein, wie ich auch das mit dem Namen der Pferde beim Rennen gemacht habe. Als ich dann einen Ja-Settel zog, sagte ich mir, du mußt nun die Tat vollbringen.

Angeklagter erzählt weiter, wie er und sein Bruder die ahnungslosen alten Friedrichschen Eheleuten in deren Wohnung ermordeten, um keinen Zeugen bei dem Raub auf den Briefträger zu haben. Der Raub scheiterte deshalb, weil zufällig der damalige Briefträger Kemmer mit dem Gelddiener Froberg zusammentraf. Als die Täter sahen, daß ihr Raub nutzlos war, rafften sie zwei Uhren, eine Uhrkette und mehrere Sparfläschchen, 50 Mark und eine Quittung der Dresdener Bank über 1500 Mark zusammen. Die Papiere verbrannten die Täter, die Geldsachen verletzten sie.

Ueberfall auf das Dienstmädchen Seyffarth.

das bei Frau Rauer tätig war. Der Angeklagte Karl Koppius erklärt zu diesem Fall: Nach dem am 2. November 1908 verübten Raubmord an den Friedrichschen Eheleuten ging es mir durch Gewinne auf der Rennbahn eine Zeitlang besser. Anfangs 1910 aber befand ich mich wieder in größter Geldverlegenheit. Da erzählte mir eines Tages Fritz, am Abend vorher sei unsere Mutter vor Hunger umgefallen. Ich brachte ihr die paar Pfennige, die ich noch hatte. Und nun kamen wir auf den Plan, den Fritz entwidete und dem ich nach einigem Widerstreben zustimmte, eine alte Dame zu überfallen und ihr durch Einschüchterung das Geld abzunehmen. Wir funtschafften die Wohnung einer Frau Rauer in der Rivalstr. 2 als passend aus. Keineswegs wollten wir die alte Frau und ihr Dienstmädchen ermorden, sondern beide nur einschüchtern. Fritz sollte das Dienstmädchen veranlassen, zu öffnen, indem er ihr einen Blumenstrauß überreichte, dann sollte ich das Mädchen durch barsche Worte einschüchtern, mir den Weg zu der alten Dame zu zeigen. Als der Vorjüngende dem Angeklagten vorhält: Ihr Bruder hat doch aber befunden, daß Sie auch für den Fall Vorkehrungen getroffen hatten, daß das Dienstmädchen schreiben oder sich widersetzen sollte, erklärt Karl Koppius: Wenn mein Bruder das Gegenteil von dem gesagt hat, was ich gesagt habe, so erkläre ich ihn hiermit in der Öffentlichkeit für einen Lügner und verweigere jede weitere Aussage zur Sache.

Fritz Koppius erzählt nun: Wir waren von vornherein entschlossen, das Mädchen zu Boden zu schlagen, wenn es schreiben sollte. Ich sollte das Mädchen niederwerfen, Karl sie zu Boden schlagen. Noch bevor ich klingeln konnte, machte das Mädchen die Türe auf, um das Frühstück heranzuholen. Darüber erschrak ich und konnte nur ein paar Worte sammeln, während ich ihr einen Strauß überreichte. Das Mädchen wich sofort entsetzt zurück und fing an zu schreien. Ich sprang auf sie zu und drückte sie zu Boden. Karl kam hinzu und schlug wild auf sie ein. Dann ließ ich weg, Karl kam mir nach. Karl erklärt nun: Als ich den Schrei hörte und hinzukam, lag Fritz auf dem Mädchen. Da habe ich blind darauf zugeschlagen. Ich habe es ganz bestimmt nicht tun wollen. Ich habe hernach selbst vor mir angesetzt.

In der Beweisaufnahme gibt die 74jährige Frau Rauer an, daß sie den Schrei und ein Stöhnen hörte, aus dem Wette sprang, das Mädchen auf dem Korridor liegend fand und nun nach den Hausleuten klingelte und rief. Der Sachverständige Dr. Leven sagt dar, daß schwerverletzte Mädchen ist zwar am

8. Juni aus dem Krankenhaus entlassen, aber das Erinnerungsvermögen hat außerordentlich gelitten.

Die auf heute angelegte Verhandlung wird sich im wesentlichen um die Erpressungsversuche gegenüber dem Verlagsbuchhändler J. J. Weber drehen.

Aus Industrie und Handel.

Die Dividenden der Brauereien.

Schon seit einiger Zeit verkündete, daß das letzte Geschäftsjahr bessere Ertragnisse gebracht habe als das Jahr 1908/09. Die jetzt vorliegenden Dividendenausschüttungen für die Berliner Brauereien bestätigen dies. Sie lauten zumest höher. Die folgende Tabelle gibt eine Uebersicht über die vorjährigen Dividenden sowie über die Ausschüttungen, wie sie jetzt an der Berliner Börse vorliegen.

	1909/10 geschätzt, Proz.	1908/09 Proz.
Berliner Unionsbrauerei	8	1
Bockbrauerei	5	4
Böhmisches Brauhaus	0	0
Bolle, Weibier	0-1	0
Deutsche Bierbrauerei	5-6	4
Friedrichshain	3	1 1/2
Gebhardt, Weibier	2	0
Germania	0	0
Hilsebein, abgest. und neue	0	0
Königsstadt	5	4
Landbr., Weibier	3	0
Löwenbrauerei, Hohen-Schönhausen	9	7
Münchener Brauhaus von 1900	8	4
Pagenhofer, Friedrichshöhe	12-13	11
Pfefferberg	8-9	7 1/2
Schöneberger Schloßbrauerei	8-10	8
Spanauerberg-Brauerei	5-6	4
Verbandsbrauerei	12	10
Victoria, Berlin	4-6	8

Mit wenigen Ausnahmen haben sich also die Erträge der Berliner Brauereien verbessert. Wo dies nicht der Fall gewesen ist, handelt es sich um Brauereien, die schon seit langem nicht rentabel gearbeitet haben. Das Brausteuergesetz hat noch dazu für die nächsten Jahre die Kontingentierung des Ablasses gebracht und damit können die Brauereien auf eine weitere Zunahme der Ertragnisse rechnen. Die Börsenspekulation hat diesen veränderten Verhältnissen schon seit langem Rechnung getragen. Gleich nach Annahme des Brausteuergesetzes trat eine Aufwärtsbewegung der Kurse ein. Auch neuerdings ist wieder eine Höherbewertung zu verzeichnen gewesen, so daß die besseren Zukunftsaussichten schon bewertet worden sind. Da sieht man, daß wir zur Zeit vollständig recht hatten mit der Behauptung, die Klagen der Brauereien und ihre Preisforderungen seien unberechtigt. Jetzt haben sie die höheren Preise durchgesetzt und die Aktionäre haben gut lachen.

Konkurs der Niederdeutschen Bank. In der Versammlung der Gläubiger der Niederdeutschen Bank am Mittwoch teilte der Konkursverwalter mit, daß an Aktiven 5 365 229, an Passiven 27 197 865 M. ermittelt sind. Die Unterbilanz beträgt 21 832 196 M. In der Masse liegen 10% Proz.

Hohe Rohstoffpreise.

Die Preise der meisten gewerblichen Rohstoffe stiegen bereits wieder auf einer Höhe, die nicht allein über die der Vorjahre mehr oder minder stark hinausgeht, sondern vor allen Dingen auch die früherer Erholungsjahre ganz bedeutend übersteigt. Macht man für die wichtigsten Rohstoffe eine Gegenüberstellung der Preise, wie sie im Durchschnitt der ersten acht Monate der Jahre 1908 und 1910 notiert wurden, so ergibt sich, daß bis auf einen verschwindend kleinen Teil die Preise dieses Jahr erheblich höher stehen als damals. Alle Sorten Häute und Felle, alle Tabaksorten, Baumwolle, Wolle, Hanf, dann ferner Blei und Kupfer, einige Kohlearten, endlich Stein- und Braunkohle aller Art weisen durchweg ein zum Teil erheblich höheres Preisniveau auf als im Jahre 1908. So kosten trockene Dörschäute (westindische, zentralamerikanische) in Hamburg 201,40 M. pro Doppelzentner gegen 153,59 M. in der Parallellage 1908; bei Dörschäuten, besten, trockenen Suenos Aires beträgt der Preis in Bremen 220,00 M. gegen 184,30 M. Raibfelle weisen in Frankfurt a. M. einen Preis von 329,00 M. auf gegen 285,02 M. Wir können nur einzelne Sorten herausgreifen, doch spiegeln sie die Gesamtentziffern deutlich wider. Bei Baumwolle ist der Preisvorsprung noch schärfer. Es kostete im Durchschnitt der ersten acht Monate der Doppelzentner in Marl:

	Baumwolle 1903 1910	Wolle 1903 1910	
Bremen, Widdl. Ipl. 111,7	151,6	Berlin, nordd. Schaf. 294,4	339,4
Good Omraw. II 75,7	108,4	Bremen, gew. Wuen.	
Hamburg, New-Del.		Air.	308,6 438,1
Widdl.	112,3 151,7	München, südd. Schaf. 245,0	313,1

Sowohl für die Baumwolle als für die Kammergarnspinnerei gestaltet sich demnach die Eindeckung mit Rohstoff in diesem Jahre außerst kostspielig. Keuchstark gehen die Rohstoffpreise über die damaligen hinaus. Domingo-Deckblatt und Einlage stellen sich in Hamburg auf 66,00 M. pro Doppelzentner, während 1908 nur 52,25 M. bezahlt wurden. Kraftstoff 2 Proz. Tara notiert mit 100,00 gegen 89,37 M., Kentucky ordinär in Bremen mit 81,50 gegen 66,87, Kraft ebenfalls in Bremen mit 98,87 gegen 78,06 M., Stengel Virginij mit 18,00 gegen 15,00 M. Von deutschem Tabak sei noch Kaiser Zigarettenabfabrik angeführt, dessen Preis in Mannheim 144,37 M. betrug gegen 101,87 im Jahre 1908. Von den verschiedenen Metallen sind hauptsächlich Kupfer, Zink und Zinn zu nennen, bei denen die Preise in diesem Jahre erheblich höher sind als in der Parallellage 1908. Raffiniertes schlesisches Blei kostet in Halberstadt 26,31 M. gegen 23,72 M., Harzblei, weich, doppelt, raffiniert, in Hamburg 26,05 gegen 25,10 M., und rheinisches, weich und doppelt raffiniert, in Köln 26,83 gegen 24,80 M. Der Preis für Vankazin beträgt in Frankfurt a. M. dieses Jahr 305,37 M. gegen 265,25, in Hamburg 314,70 gegen 274,11 M. Zink, gutes, schlesisches ab Hütte, kostet in Breslau 46,56 M. gegen 40,50 M. im Jahre 1908. Bestes deutsches Puddelleisen, Luxemburger Siebereisen, schlesisches Siebereisen, westfälisches Puddelleisen und englisches, auf dem deutschen Markt gehandeltes Roheisen weisen durchweg höhere Preise als im Vergleichsjahr auf. Die Steinkohlenpreise endlich stehen ausnahmslos höher als 1908.

Eine verdiente Lektion. Der Bürgermeister der Stadt Ralswiek i. U., Justizrat Aug., war in den Ausschüssenrat der neugebildeten Aktiengesellschaft „Ostpreussische Kraftwerke“ gewählt worden, an welche die Stadt Ralswiek ihre Elektrizitätswerke gegen Aktien im Werte von 8 Millionen (20 Millionen Gesamtkapital) veräußert. Von den übrigen 60 Prozent besteht den Hauptteil die Berliner Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft. Der Protest der Sozialdemokratie gegen die Verschleuderung des Veres hat nichts genützt. Bürgermeister Aug. bedurfte nun zu seinem Eintritt in den Ausschüßrat der neuen Gesellschaft der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde. Diese Genehmigung hat, wie jetzt bestätigt wird, der Bezirkspräsident für Ostpreußen erteilt, jedoch daran die Bedingung geknüpft, daß

der Bürgermeister auf etwaige Kantien als Aufsichtsratsmitglied zugunsten der Stadt verzichte. Der Bürgermeister, der von der Stadt ein Jahresgehalt von 16 000 M. bezieht, wollte von dieser Verpflichtung nicht wissen und appellierte an das elfstündliche Ministerium, das indessen die Entscheidung des Bezirkspräsidenten in Colmar bestätigt hat. Ausnahmeweise kann man hier mit der Regierung einverstanden sein.

Satyrspiel. Am Dienstag ängstigte sich die Börse eine Weile mit der angekündigten Metallarbeiterausperrung. Besonders waren Kursrückgänge am Montanmarkt und in Elektrizitätsaktien zu konstatieren. Im weiteren Verlaufe trat eine Befestigung ein, da verbreitet wurde, es werde doch noch eine Einigung zustande kommen. Am Mittwoch hat man sich von dem Schreden dann nochmals wieder erholt.

Aus der Frauenbewegung.

Verlöbniß und Ehe.

Nach dem bürgerlichen Gesetzbuch kann aus dem Verlöbniß kein rechtlicher Anspruch auf Eingehung der Ehe hergeleitet werden. Das Verlöbniß ist an seine Form gebunden. Das Wechseln der Ringe, oder eine Anzeige an Verwandte, Bekannte usw. ist nicht erforderlich. Als Verlöbniß gilt nur das ausdrückliche Eheversprechen. Das Verlöbniß wird aufgehoben durch gegenseitiges Einverständnis, durch Tod oder durch Rücktritt eines der Verlobten. Treibt ein Verlobter von dem Eheversprechen zurück, so hat er dem anderen Teile und dessen Eltern sowie dritten Personen, die an Stelle der Eltern mit Rücksicht auf die in Aussicht stehende Ehe Aufwendungen machten, diese oder vielmehr den erwachsenen Schaden zu ersetzen. Dem anderen Verlobten hat der zurücktretende Teil ebenfalls den Schaden zu ersetzen, den dieser erleidet, indem er in Erwartung der Ehe sein Vermögen oder seine Erwerbsstellung berührende Maßnahmen getroffen hat. Der Schaden ist jedoch nur insoweit zu ersetzen, als die Aufwendungen bei Eingehung der Verbindlichkeiten und die sonstigen Maßnahmen den Umständen nach angemessen waren. Würde z. B. die Braut in Erwartung der Ehe ihre Stellung aufgeben, so ist auch der hieraus sich ergebende Nachteil zu ersetzen.

Die Ertragspflicht tritt nicht ein, wenn ein „wichtiger Grund“ für den Rücktritt vorliegt. Was ist nun als ein wichtiger Grund für den Rücktritt vom Verlöbniß anzusehen? — Langwierige ansteckende Krankheiten, Mängel im Charakter, Verletzung der Verlöbnißstreue. Dagegen gilt nicht als ein wichtiger Grund, wenn die Eltern nachweislich nur aus Geldgier die Zustimmung zurückziehen. Veranlaßt ein Verlobter den Rücktritt des anderen durch ein Verschulden, das einen wichtigen Grund für den Rücktritt bildet, so ist er ebenfalls zum Schadenersatz verpflichtet.

Hat eine unbescholtene Verlobte ihrem Verlobten die Bewohnung gestattet, so kann sie, wenn der Verlobte zurücktritt oder den Rücktritt der Braut verweigert, nach dem Gesetz auch wegen des idealen Schadens eine angemessene Entschädigung in Geld verlangen. Ansprüche können hier schon gestellt werden, wenn auch keine Schwängerung vorliegt.

Die zu zahlende Entschädigung richtet sich nach der gesellschaftlichen Stellung, dem Vermögen und den Einkünften der Parteien. Erforderlich ist durchaus nicht, daß die Braut Jungfrau war, auch eine Witwe oder geschiedene Frau kann in solchen Fällen Entschädigung beanspruchen. Bemerkenswert ist noch, daß jeder frühere außereheliche Geschlechtsverkehr die Braut als „bescholten“ stempelt.

Wer den Rücktritt des anderen Teiles verschuldet, muß auch außerdem die erhaltenen Geschenke, zu welchen auch der Verlobungsring gehört, zurückgeben, er hat aber keinen Anspruch auf Zurückgabe der von ihm gemachten Geschenke. Ansprüche auf Grund dieser Bestimmungen verjähren in zwei Jahren von der Aufhebung des Verlöbnißes an.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß eine Frau ohne besondere behördliche Erlaubnis nicht vor Vollendung des sechszehnten Lebensjahres ehelichen darf.

Täpfer rückwärts. Aus Anlaß des in Frankfurt abgehaltenen fortschrittlichen Frauentages ließ man in einer öffentlichen Versammlung eine Resolution annehmen, in der betont wird, daß die Mitarbeit in der fortschrittlichen Volkspartei eine Pflicht aller entschieden liberal

gesinnten Frauen sei. Die Versammlung sieht in der Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frauen eine selbstverständliche Folge liberaler Grundsätze und erwartet, daß die Mitarbeit der Frauen zu dieser Anerkennung durch das Parteiprogramm führen wird. — Was man schon mal gefordert, das „erwarten“ die fortschrittlichen Damen jetzt nur noch. Die Kombination „fortschrittliche Volkspartei“ und „liberale Grundsätze“, sollten die tapferen Kämpferinnen sich eigentlich patentieren lassen.

Gerichts-Zeitung.

Von der Bewertung der Rinderaufzugen

hing das Schicksal zweier Personen ab, die sich unter der Anklage des Sittlichkeitsverbrechens vor dem Roabiter Strafrichter zu verantworten hatten. Vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I mußte sich der Bürgermeister a. D. Dr. jur. Johannes Stutte wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit im Sinne des § 178,3 des Strafgesetzbuches verantworten. — Anfang Dezember v. J. erschien in dem Lokal der Schankwirtin Käthe ein älterer, besser gekleideter Mann, der sich viel mit dem elfjährigen Sohne der Frau K. beschäftigte. Nach dem Weggange des Unbekannten erzählte der Knabe seiner Mutter, daß sich der Fremde an ihm in fittlicher Beziehung vergangen habe. Die Ermittlungen nach dem Täter blieben erfolglos. Eines Tages erschien der jetzt Angeklagte in dem Lokal. Kaum hatte ihn der Knabe erblickt, als er seiner Mutter mitteilte, daß dies jener Mann sei. Der Angeklagte wahrte sich ganz entschieden gegen den Verdacht und behauptete auch jetzt vor Gericht, daß er das Opfer einer Personenverwechslung sei. Der Knabe bekundete dagegen mit aller Bestimmtheit, daß es jener Mann gewesen sei. — Das Gericht kam nach längerer Beratung zu einem non liquet (nicht aufgeklärt), da es die Aussage eines elfjährigen Knaben, die durch keinerlei Nebenmomente unterstützt wird, für nicht ausreichend hielt, um die Zurückweisung eines bisher unbescholtenen Mannes herbeizuführen. Das Urteil lautete deshalb auf Freisprechung.

Zu dem gleichen Resultat gelangte die 8. Strafkammer des Landgerichts III in der Strafsache gegen den Barbier Paul Schilling aus Lichtenberg, der des wiederholten Sittlichkeitsverbrechens an Säuglingen beschuldigt wurde. Die beteiligten Kinder hatten bei der polizeilichen Vernehmung Dinge erzählt, die nach und nach immer mehr an Un glaubwürdigkeit zunahm. Der Angeklagte selbst bestritt ganz entschieden, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß den Aussagen der Kinder kein Glauben beizumessen sei und erkannte auf Freisprechung.

Die Berliner Messenger-Wohls-Compagnie als Privatpost.

Nachdem die Messenger-Wohls-Gesellschaften in einer Reihe anderer Städte sich in die Mägen des Postgesetzes verwickelt hatten, ist dieses Geschick nun auch der ältesten Anstalt dieser Art auf dem Kontinent, der Berliner, widerfahren. Am Dienstag hat das Reichsgericht das Urteil des Landgerichts II in Berlin vom 14. März dieses Jahres, durch welches die Direktoren der Gesellschaft, Dr. Hoffmann und Hofmeister, sowie der Gastwirt Reinhard von der Anklage des Vergehens gegen das Postgesetz freigesprochen worden sind, auf die Revision der Staatsanwaltschaft aufgehoben. Reinhard wollte seinen Kunden und anderen Personen eine gedruckte Mitteilung zustellen und erbat sich von der Messenger-Wohls-Compagnie zwei Voten gegen Bezahlung. Diese Voten beförderten dann die teils offenen, teils verschlossenen Sendungen an bestimmte Adressen. Das Landgericht war der Meinung, daß die R.-W.-C. keine Einrichtung zum Einsammeln, Verteilen und Befördern von Briefen sei, und daß die beiden jungen Leute als expresse Voten anzusehen seien. Dr. Hoffmann und Hofmeister sind nicht nur des Vergehens gegen Artikel 8 der Postnovelle von 1899, sondern auch gegen § 1 und 1a des Postgesetzes von 1871 für nicht schuldig erachtet worden. Denn selbst, wenn die Beförderung (geschlossene Briefe) unzulässig gewesen wäre, so würde nicht festgestellt sein, daß Dr. H. und H. gewußt hätten oder annehmen konnten, daß R. die bestellten Voten zu einer verbotenen Tätigkeit benutzen würde. Danach konnte auch R. nicht wegen Beihilfe zu dem Ver-

gehen gegen die Postnovelle zur Rechenschaft gezogen werden. — Diese Rechtsauffassungen wurden von der Revision der Staatsanwaltschaft bestritten. Der Reichsanwalt trat der Revision bei und wies darauf hin, daß der Vorinstanz ein wesentlicher Rechtsirrtum unterlaufen sei. Das Gesetz spreche nicht von Anhalten zum Einsammeln, Verteilen und Befördern, sondern zum Einsammeln, Verteilen oder Befördern. Es genüge daher zur Strafbarkeit, wenn die Anstalt eine dieser Tätigkeiten gewerbmäßig gegen Bezahlung ausübe oder ausüben lasse. Einen Unterschied könne es nicht machen, daß die Anstalt dem Auftraggeber die in ihrem Dienste stehenden Voten zum Austragen von Briefen überläßt. Im übrigen wurde auf die bereits in ähnlichen Sachen ergangenen Reichsgerichtsentscheidungen verwiesen. — Das Reichsgericht hob das freisprechende Erkenntnis auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Die Ortsverwaltung — grober Unfug.

Der Gastwirt Dümde in Kugeldorf, einem Orte im Mansfeldischen, entsog auf den bekannten „reichstreu“ Druck der Gewerkschaft hin der organisierten Arbeiterschaft sein Lokal, um es dafür dem Protektionisten der Mansfelder Gewerkschaft, dem Reichstreuer Verbände zur Verfügung zu stellen. Nun forderte der Leiter der Fabrik Kugeldorf des Bergarbeiterverbandes, Genosse Kaiser, durch Zettel, die er der „Bergarbeiterzeitung“ beilegte, die Verbandsmitglieder auf, das fragliche Lokal zu meiden. Auf den Zetteln hieß es, u. a. „Kameraden, übt Solidarität“, die Unterschrift lautete „Die Ortsverwaltung“. Aus zweierlei Gründen erklärte der Amtsanwalt in Eisen in der Verteilung dieser Zettel groben Unfug. Einmal sollte die Verhängung des Verbotens groben Unfug bedeuten. Dann aber sollte der Tatbestand des Groben Unfugs, Paragrafen auch dadurch gegeben sein, daß auf den Zetteln „Die Ortsverwaltung“ als verantwortlich figurirte. Denn, so folgerte der Amtsanwalt, Mindergebildete hätten daraus entnehmen können, daß die Zettel vom Ortsvorsteher herrührten und soweit sie nicht noch nicht, daß wir eine „sozialdemokratische Ortsverwaltung“ hätten, würden auch nicht soweit kommen. Das Amtsgericht in Eisen lehnte den Erlass eines Strafbefehls ab. Der Amtsanwalt wandte sich beschwerdeführend an das Landgericht in Halle a. S. und dieses Gericht beschloß die Eröffnung des Hauptverfahrens!

Vor dem Schöffengericht in Eisen führte Genosse Dr. Landberg, Magdeburg die Sache des Angeklagten. Er fragte gegenüber der durch den Amtsanwalt beliebigen Kritik des Vorfalls, ob dieser Beamte auch die von den Militärbehörden praktizierte Sperre von Lokalen, die der organisierten Arbeiterschaft zur Verfügung stehen, als groben Unfug kennzeichnen wolle. Darauf der Amtsrichter den Verteidiger ersuchte, im Gerichtssaal seine Politik zu treiben! Daß der Amtsanwalt vorher von „sozialdemokratischer Ortsverwaltung“ gesprochen, socht den Richter nicht an. Sodann ging der Verteidiger noch auf die Frage der Ortsverwaltung ein. Die Kugeldorfer Einwohner mühten geradezu in Schweiß getrieben werden gegen die Unterstellung, daß sie die Ortsverwaltung des Bergarbeiterverbandes nicht vom Ortsvorstande der Gemeinde zu unterscheiden wüßten. Wenn aber wirklich unter der „reichstreu“ Bevölkerung Leute wären, denen diese Verwechslung passieren könnte, so sei das doch ohne Gefahr, denn die Zettel seien nur an Verbandsmitglieder gelangt und diese befähigt das notwendige Unterscheidungsvermögen.

Das Gericht konnte sich denn auch nicht zu der eines humoristischen Beigeschmacks nicht entbehrenden Auffassung des Amtsanwalts entschließen, sondern sprach den angeklagten Genossen frei. Die Verteidigungskosten auf die Staatskasse zu übernehmen, lehnte es ab, da der Angeklagte das Zutrauen zum Gericht hätte haben müssen, auch ohne Verteidiger sein Recht zu finden! Diese Ansicht des Gerichts ist um so merkwürdiger, als doch ein höheres Gericht — das in Halle — einen falschen Beschluß in der Sache gefaßt hatte und die Rechtslage demnach keineswegs einfach war.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vorort. Donnerstag, den 6. d. Mts., abends 9 Uhr, Rosenhaller Straße 11/12: Versammlung.

Zentralverband der Fleischer. Heute, Donnerstag, den 6. Oktober, abends 9 Uhr: Mitgliederversammlung im Rosenhaller Hof (großer Saal), Rosenhaller Str. 11-12. Tagesordnung: 1. Bericht von der Sitzung der Interessenten der Stellenvermittlung im Polizeipräsidium und die neuen Lagen für die Vermittler. Referent: Kollege R. Bergmann. 2. Die Entwicklung der Gesamtorganisation im ersten Halbjahr 1910. 3. Verwaltungangelegenheiten. Mitglieder sind mitzubringen.

Unserem Parteigenossen
Adolf Weidner nebst Braut
zur Hochzeit die besten Glückwünsche.
Die alten Genossen d. Bezirks 718.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Adolf Lachmann
am 24. September infolge Unfalls
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
192/19 Die Ortsverwaltung

**Verband der Schneider und
Schneiderinnen.**
(Filiale Berlin L.)
Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern geben wir
hiermit bekannt, daß der Kollege
Louis Thiede
im Alter von 55 Jahren ver-
storben ist. 168/14
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 7. Oktober, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes sage ich hierdurch allen
Anwesenden und Bekannten, speziell dem
Vaterverein Kugeldorf und der Firma
Witz u. Gemelt, sowie auch dem Spon-
soren „Lehter Widel“ meinen an-
erkanntesten Dank. 126/92
Ewe. Hanka nebst Kindern.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie die kostbaren Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und unseres guten
Vaters **Christoph Grether**
sagen wir den Kollegen der Firma
Kollb sowie allen anderen Kollegen,
Freunden und Bekannten unseren
herzlichsten Dank. 126/92
Witwe Berta Grether nebst Kindern.

Am 4. Oktober verschied unerhofft mein innigstgeliebter
Mann, unser herzensguter Vater, Sohn, Bruder, Schwager
und Onkel, der Restaurateur

Hermann Ramlow

im 49. Lebensjahre.
Dies geigen tiefbetrübt im Namen der Hinterbliebenen an
Marie Ramlow geb. Brinkmann
nebst Kindern,
Schönholz Nr. 14.
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 8. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Schönholz Nr. 14, aus statt.

Achtung !!! Sprechmaschine n-Besitzer !!!

„Unsere Platte“

No. 100 „Die Marsellaise.“ Orchester.
„Auf nach Treptow.“ Harmloser Marsch.
No. 105 „Wir Männer in der Bluse.“ Gesang.
„Arbeiter-Marsellaise.“ Gesang.
No. 106 „Sozialisten-Marsch.“ Gesang.
„Die Internationale.“ Gesang.
Und andere Platten. Preis: 1.50. 1143L*
Bei Abnahme von zwei Platten an portofreier Versand
innerhalb Groß-Berlins.

E. Wallstab & Co.,

Charlottenburg, Fritschestr. 44, Eingang Pestalozzistr. 60
Auch Sonntags geöffnet.

Möbel auf Kredit zu

ganze Wohnungseinrich-
tungen schon mit 15 M.
Anzahlung, bis zu den
elegantesten, Abzahlung
1, 2, 3 M. usw. — bei

A. Kretschmann & Co.,

Koppenstr. 4 (Ecke Madaistraße,
Am Schloß-Bahnhof).
Fahrzeigenheit n. allen Stadtteilen

Nächstes Kredithaus
der östl. Vororte

Fahrgeld
wird ver-
gütet.

Kassa-
Preisen.

An diesem
Schild
sind die Läden
erkennbar,



in denen
SINGER
Nähmaschinen
verkauft werden.

Mastergültig in Konstruktion und Ausführung,
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Möbel-Lechner

am Rosen-
thaler Tor Brunnenstraße 7, am Rosen-
thaler Tor

Wohnungseinrichtungen auf Kredit

— Riesen-Auswahl. —

1 Stuben und Küche v. M. 200.— an, Anzahlung v. M. 15.— an
2 Stuben und Küche v. M. 525.— an, Anzahlung v. M. 40.— an
Mod. Schlafzimmer v. M. 350.— an, Anzahlung v. M. 30.— an
Mod. Herrenzimmer v. M. 500.— an, Anzahlung v. M. 45.— an
Mod. Speisezimmer v. M. 550.— an, Anzahlung v. M. 50.— an

Bunte Küchen, großes Lager.

Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an.
Wochenraten nach Uebereinkunft. — Lieferung auch nach auswärts.

Vorzeigen dies. Inserats erhält B. Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags geöffnet v. 8-10 u. 12-2 Uhr.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten, 6613*
jeht Oranienstr. 139, nahe Rorly-
platz. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12

Steppdecken

kauft man am besten u.
preiswertesten
direkt Fabrik
Bernhard Strohmandel.
Berlin, 72. Wallstr. 72,
zwischen Ros- u. Inselstraße.
Alle Decken werden aufgearbeitet.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neues Katalog
u. Empfehlung viel. Anzeig. u. Prof. grat. u. f.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Carls N.W. Friedrichstraße 21/9

Soeben erschienen:

Die Finanzreform von 1909

und die
Parteien des Reichstages.

Preis geb. 5 M.

Das Fortbildungsschulwesen

von Julius Bruhns.

Preis 1 M.
Billige Ausgabe 50 Pf.

Expedition des Vorwärts

BERLIN SW. 63
Lindenstr. 69, Laden.

Steppdecken Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Höchste Leistungsfähigkeit

durch Selbstfabrikation
aller besseren Qualitäten.

Steppd. a 2,50, 4, 6 bis 250 M.
Schlafdecken a 3, 4, 10 bis 50 „
Echt Kamelhaar a 10 bis 36 „

Spezialkatalog

mit ca. 650
Abbildungen gratis u. franko.

Knaben- und Jünglings-Garderobe

fertig u. nach Maß

am billigsten und realisten in
der Fabrik

Koppenstr. 85, part.,
2 Minuten v. Schles. Bahnhof.

Karl Hustädt.

Gartenstadt Hohen-Neuendorf

Wald (Nordbahn), Wasser,
Arzt, Gas-, Wasserleitung,
Gemeinde- u. höh. Schulen
Am Schützenhaus 9 herri.
Hochwald-Landhausstellen.
10% Anzahl. Tilgung des
Restes in 10 jährl. Raten.

□ Rulo 12 Mark.
Illustr. Broschüre gratis!

Wollenberg, Königsstr. 71.

Fernspr. VII, 9033

An die Metallarbeiter und -Arbeiterinnen Groß-Berlins!

Freitag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr,

finden für alle in der Metallindustrie Groß-Berlins beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in folgender Lokalen Versammlungen statt:

Prachtsäle Nord-West, N.W., Diefestr. 24 (beide Säle).
 Blügersäle, N.W., Besselerstr. 9.
 Pharus-Säle, N., Müllerstr. 142 (beide Säle).
 Sachons Festsäle, N., Müllerstr. 136.
 Bock-Brauerei, N., Chausseestr. 64.
 Schmidts Festsäle, N., Gartenstr. 6.
 Cranz' Festsäle, N., Kölliner Straße 8.
 Raabes Festsäle, N., Kolberger Straße 23.
 Borussiasäle, N., Adlerstr. 6-7.
 Frankes Festsäle, N., Badstr. 19.
 Obiglos Festsäle, N., Schwedter Straße 23.
 Fröbels Allerlei-Theater, N., Schönhauser Allee 148.
 Brauerei Königstadt, N., Schönhauser Allee 10/11.
 Swinemünder Gesellschaftshaus, N., Swinemünder Straße 12.
 Elysium, N.O., Landberger Allee 40.

Englischer Garten, C., Alexanderstr. 27c.
 Dräsels Festsäle, C., Neue Friedrichstr. 35.
 Sophien-Säle, C., Sophienstr. 17/18.
 Boekers Festsäle, O., Weberstr. 17.
 Andreas-Festsäle, O., Andreasstr. 21.
 Freyers Festsäle, O., Koppenstr. 29.
 Litlins Festsäle, O., Remeler Straße 67.
 Prachtsäle des Ostens, O., Frankfurter Allee 152.
 Markgrafensäle, O., Markgrafendamm 34.
 Drachenburg, S.O., Vor dem Schloßischen Tor 2.
 Urania, S.O., Wrangelstr. 10.
 Gewerkschaftshaus, S.O., Engelauer 15.
 Kellers Neue Philharmonie, S.O., Köpenicker Str. 96.
 Arminhallen, S.W., Kommandantenstr. 58.
 Berchts Festsäle, S., Ritterstr. 75.

Gliesings Festsäle, S., Wassertorstr. 68.
 Königshof, W., Wälowstr. 37.
 Trapps Festsäle, Tegel, Bahnhofstr. 1.
 Borsigwalder Festsäle, Borsigwalde.
 Paul Schwarz, Lichtenberg, Wöllendorferstr. 25.
 Wilhelminenhof, Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstr. 82.
 Schumann, Wildauerhof, Wildau.
 Neue Welt, Rixdorf, Hasenheide 108/114.
 Volkshaus, Charlottenburg, Hofmannstr. 3.
 Neue Rathausäle, Schöneberg, Martin-Luther-Straße 51.
 Böhlers Volksheim, Spandau, Havelstr. 20.
 Holldorf, Tivoli, Spandau, Seeburger Straße.
 Prälaten, Weißensee, Lehderstr. 122.
 Lerche, Friedrichshagen, Friedrichstr. 113.
 Wilhelmgarten, Tempelhof, Berliner Straße 9.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über den gegenwärtigen Stand der Werftarbeiterbewegung und unsere Stellungnahme gegenüber der angedrohten Aussperrung. 2. Diskussion.

Anlässlich der von dem Unternehmertum angedrohten Aussperrung muß die gesamte Berliner Metallarbeiterschaft beweisen, daß sie vor dem angedrohten Kampf nicht zurückschrecken wird.

Kollegen und Kolleginnen! Deshalb erscheint in Massen.

Das Zentralkomitee. V. V.: Adolf Cohen, Charitèstr. 3.

Holzbildhauer!

Freitag, den 7. Oktober d. J., pünktlich 6 1/2 Uhr, im Lokal „Alhambra“, Wallner-Theater-Str. 15:

Bericht der Kommission.

Jeder Kollege erscheine.
Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher zc.
 Reichsstr. 28, part. Filiale Berlin. Tel.: Amt IV, 4787.

Heute Donnerstag, den 6. Oktober 1910, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Sektionsversammlung der Lackierer.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Schriftstellers Genossen Georg Davidsohn über: „Deutscher Humor“.
 2. Diskussion.
 3. Verbandsangelegenheiten.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Die Sektionsleitung.
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Bautischler.

Donnerstag, den 6. Oktober, abends 9 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlung
 für Berlin und Vororte
 im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 4.

Tages-Ordnung:
 Bericht der Kommission und Ausgabe der neuen Tarife.
 Die Kommissionmitglieder müssen um 8 Uhr im Arbeitslosenraum, Eingang B, erscheinen.

Montag, den 10. Oktober 1910, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Alexanderstraße 27c:

Versammlung
 für die Tischbranche Berlin u. Vororte

Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Branchenkommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Eigene Fabrikation im Hause!



Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister 1239L

6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor

Komplette Wohnungs-Einrichtungen
 zum Preise von 500, 600, 700, 800, 900, 1000 M. usw. in modernster Ausführung von den einfachsten bis zu den elegantesten in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
 Bureau: Berlin C., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling. Amt III, 2438.

Achtung! 50/1*

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren

kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.
 Geschäftszeit täglich von 10 1/2-1 Uhr mittags.

Rapellen vom größten bis kleinsten Dreifacher stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.
 NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 4. Quartal gültig u. muß mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Gastgeber, Gasttronen, Gastgampel, sportlich, Wohlfahrt, folger, Ballnertheaterstraße 32.

Versüßung! *auflösst sich* *ganz leicht* *in Wasser* *oder* *in Milch* *oder* *in Tee* *oder* *in Wein* *oder* *in Bier* *oder* *in Sekt* *oder* *in Cognac* *oder* *in Rum* *oder* *in Whisky* *oder* *in Brandy* *oder* *in Portwein* *oder* *in Sherry* *oder* *in Madeira* *oder* *in Tokai* *oder* *in Burgund* *oder* *in Champagne* *oder* *in Sekt* *oder* *in Cognac* *oder* *in Rum* *oder* *in Whisky* *oder* *in Brandy* *oder* *in Portwein* *oder* *in Sherry* *oder* *in Madeira* *oder* *in Tokai* *oder* *in Burgund* *oder* *in Champagne*



Sub war noch ein für!

200 Geldpreise! 1. Preis 150 M. bar
 2. Preis 100 M. bar usw.
 für diejenigen unserer Kunden, welche die größte Anzahl unserer Annoncen gesammelt haben.
Man werde Kunde bei uns und sammle unsere Annoncen!
 Wiederholung der sensationellen Auslobung für unsere Kunden in noch bedeutend ausgedehnterer Weise als zuvor.
Kaufhaus auf Kredit

„Für alle Welt“
Schöneberg, Hauptstraße 19
 direkt am Kaiser-Wilhelm-Platz dem alten Rathaus gegenüber.
 Auf allerbequemste Teilzahlung:
Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe.
 Nur moderne Genres in allen Artikeln
Manufakturwaren, Wäsche etc.
Möbel- u. Polsterwaren
 Einzelne Stücke u. kompl. Wohnungseinrichtungen
 Reichhaltigste Auswahl. Billigste Preisanstz.
Jedermann, ob Dame oder Herr, ledig oder verheiratet, erhält Kredit.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die am Sonntag, den 9. Oktober, 12 Uhr mittags, stattfindenden Volksversammlungen werden, außer in Berlin, noch in den Vororten Charlottenburg, Lichtenberg, Pankow, Nizdorf, Rummelsburg, Schöneberg und Wilmersdorf abgehalten. Neben den Berliner Kreisen werden die

Flugblätter

auch in den oben angegebenen Orten am Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus verbreitet.

Wir bitten die Genossen, zahlreich und pünktlich bei beiden Veranstaltungen anzutreten.

Der Aktionsausschuß.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste.

Reinickendorf-Ost. Der Männergesangsverein „Vieder-tafel“ der hiesigen Lugsapapierfabrik Albrecht u. Reister feiert am Sonnabend, den 8. Oktober, sein Stiftungsfest im Restaurant „Seebad“, Reibendstraße, und verleiht hierzu Willetts unter der Arbeiterkassette abzugeben. Dies der Stadt Berlin gehörige Etablissement wird den Reinickendorfer Arbeitern seit Jahren beharrlich verweigert; wiederholt wurden Genossen, die vor dem Lokale ihre Pflicht erfüllen, bestraft. Es darf erwartet werden, daß sich alle Arbeiter darin einig sind: „Diese Willetts müssen energisch zurückgewiesen werden“.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags 4 Uhr: Urania-Vorstellung. Zur Aufführung gelangt: „Der Vierwaldstätter See und der Gottshard“. Willetts an den bekannten Stellen und beim Kassierer Holzmann, Rittenwalder Straße 39.

Lichtenberg. Freitagabend Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Ober-Schöneweide. Der Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß die am 7., 8. und 9. Oktober geplante „Vorwärts“-agitation anderer wichtiger Vorkommnisse wegen nicht stattfinden, sondern auf eine spätere Zeit verlegt ist.

Die Bezirksleitung.

Groß-Lichterfelde. Am Sonntagnachmittag 2 1/2 Uhr findet bei Erpel, Lichterfelde-Süd, Berliner Straße 129 eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Kaliski spricht über: „Wirtschaftliche Not und politisches Elend“.

Am Freitagabend findet eine Handzettelverbreitung statt. Die Bezirksleiter werden ersucht, das Material heute abend abzuholen; für den Westen von Balkow, Chausseestraße 54, für den Osten von Schindler, Osborfer Straße 18. Sonntagvormittag findet ein vom Bildungsausschuß arrangierter Museumsbesuch statt. Die Teilnehmer treffen sich früh 8 Uhr am Handelpark.

Der Vorstand.

Zehlendorf (Wannseebohn). Sonntag, den 9. d. M., nachmittags 8 Uhr findet bei O. Schwarz (Kendahn), Alsen-Straße eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Reichstagsabgeordneter Fritz Ruben spricht über: „Die augenblickliche politische Lage“.

Die Handzettelverbreitung zu dieser Versammlung findet am Freitagabend 7 1/2 Uhr von allen Bezirken aus statt. Die Bezirksleiter erhalten das Material heute nachmittag.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Kartoffelbau im Lustgarten.

Wer heute die Gartenanlagen des Lustgartens bestaunt, denkt gewiß nicht mehr daran, daß hier die ersten Kartoffeln gepflanzt worden sind, die nach Berlin kamen. Über der Lustgarten war ja ursprünglich das Schlosses Küchengarten. Aus dem ursprünglich wüsten Platz sollte Corbians aus Glauchau 1674 auf Befehl des Kurfürsten einen Lustgarten machen, „daraus wir allerlei unser Küchen Notdurft haben mügen“. Dieser Garten entstand auch und erstreckte sich bis zum jetzigen Museum. Im großen Religionskriege verwilderte er, um unter dem großen Kurfürsten durch Reinhardt und Michael Hanff neu zu entstehen, teils als Obstgarten, teils als botanischer und teils als Küchengarten. Und hier, wo jetzt das Museum steht, wurden 1649 probeweise die ersten Kartoffeln gepflanzt. In Holland war die Knolle schon zu Ende des 16. Jahrhunderts durch einen päpstlichen Gesandten bekannt geworden; erst 50 Jahre später kam sie nach Berlin. Der kurfürstliche Leibarzt Dr. Elsholtz, der 1657 eine Beschreibung der im Lustgarten gezogenen Pflanzen anfertigte, nennt darunter: Lariusseln aus Holland, Solanum tuberosum osculentum. Wir wissen auch noch, wer die Knollen geliefert hatte. Es war der „Gardiner zu Rhywid in Holland, Burkhardt Friedrich“, dem mit Order vom 1. Februar 1649 80 Gulden dafür angewiesen wurden. Durch Geschenke von Knollen, die der Kurfürst an der Tafel machte, lernten die Großen des Staates und der Stadt die neue Frucht kennen, und es ist sicher, daß in den kurz darauf angelegten Gärten Berlins und der Mark, so beim Kriegsrat v. Meinders, Geheimrat v. Canstein in Lindenberg, Burggraf zu Dohna auf Schönhausen, Oberst v. Borstell auf Hohenfinow, Kammerherr v. Göben-Rosenhal u. a. auch Kartoffeln an erster Stelle angebaut wurden. Es handelte sich damals noch um die sogenannte rote Kartoffel; die weiße ist erst später in Berlin bekannt geworden, wahrscheinlich um 1675. Ein Bild von Albert Schwarz hat übrigens die erste Kartoffelernte im Berliner Lustgarten verewigt; es dürfte das einzige Denkmal sein, das von der Einführung der Knolle in Berlin Kunde gibt.

Wie die Stadt Berlin vom Kriegsministerium wegen Ankauf des Tempelhofer Feldes an der Nase herumgeführt wurde, geht deutlich aus einer Denkschrift hervor, die die Gemeinde Tempelhof angefertigt hat. Daraus ist ersichtlich, daß seit Anfang dieses Jahres das Kriegsministerium mit der Gemeinde Tempelhof verhandelt hat. Die beiden Gemeinden Berlin und Tempelhof wurden fortgesetzt gegen einander ausgespielt. Schließlich wurden bereits am 12. August vom Gemeindevorstand in Tempelhof Vorschläge des Kriegsministeriums über noch schwebende Differenzpunkte angenommen. Am 31. August wurde der Vertrag unterzeichnet, obwohl noch am 30. August ein Schreiben des Kriegsministers an die Stadt Berlin abgegangen war, in welchem eine Rückfrage mit einem Vertreter der Stadt Berlin vorgelegt wurde.

Weitere Mitteilungen beziehen sich auf Verhandlungen in der Eingemeindungfrage, die aber wesentlich nicht enthalten, es sei denn die Übergabe eines Schreibens des Landrats v. Uchenbach an den Bürgermeister Reide, in welchem sich der Teltower Landrat gegen Ausgemeindung von Teilen des Kreises ausspricht. In der Angelegenheit hat sich auch das Kriegsministerium reinzuwaschen versucht, unseres Erachtens ohne Erfolg. Daran ändert auch nichts, daß „Staatsbürgerzeitung“, „Reich“ und natürlich die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ ihm zu Hilfe eilen und die Schuld auf die Dummheit des Berliner Magistrats abzuwälzen versuchen.

Die Psychiater im Rathaus. Frau Verolina hatte zu gestern Abend die Mitglieder des Kongresses für Jrenenfürsorge nach dem Rathaus gebeten. Da die Mitgliederzahl bereits das sechste Hundert überschritten hat, konnten nur bevorzugte Psychiater mit ihren Damen teilnehmen. Man hat den ausländischen Delegierten den Vortritt gelassen, so daß die Hälfte der Kongreßmitglieder wegen Platzmangel in den städtischen Prunträumen zurückbleiben mußte. Daß auch die Presse wieder nicht genügende Berücksichtigung fand, ist bei solchen Gelegenheiten, die unter der Ägide des Stadtrats Ramskau arrangiert werden, nichts Neues mehr. Viel gab es freilich nicht zu verlieren. Die Festlichkeit beschränkte sich neben dem Vortritt auf die üblichen Vordrücke für die Gastgeberin, die so betamlich für die Jrenenpflege gegen früher sehr viel tut, aber noch erheblich mehr tun könnte. Die von uns schon skizzierte Ausstellung für Jrenenpflege im Abgeordnetenhaus liefert sogar den blühendsten Beweis, daß auf diesem Gebiete die Stadt Berlin durchaus nicht an erster Stelle rangiert.

Am Freitag, dem Schlußtage des Kongresses, finden für die Kongreßmitglieder nach Wahl Bestätigungen des Rudolf-Virchow-Krankenhanles, des königlichen Instituts für Infektionskrankheiten, des Kaiserin-Friedrichhanles für das ärztliche Fortbildungswesen sowie der städtischen Anstalten in Dalldorf, Herzberge, Buch und Wuhlgraben statt. Am Sonnabend kann die Straßanstalt Moabit mit der dortigen psychiatrischen Beobachtungsabteilung und die neue Landesirrenanstalt Leipzig besichtigt werden. Bedauerlich ist die außerordentlich geringe Beteiligung von Laien an den Kongreßverhandlungen, die zum großen Teil in gemeinverständlicher Form geführt werden.

„Reporterrecht“.

Eine hiesige Korrespondenz schreibt: „Ueber das Reporterrecht, von welchem der Polizeipräsident von Berlin, Herr v. Jagow, in seinem Schreiben an den Verein der ausländischen Presse, allerdings in negativem Sinne, spricht, ist in den hiesigen journalistischen Berufsvereinen schon seit Jahren beraten worden. Gleichfalls mit negativem Erfolg, denn bisher hat kein Berliner Polizeipräsident, wir nehmen allerdings Herrn v. Jagow aus, es für nötig erachtet, den Berliner Berichterstattern irgend welche Rechte, die sich auf ihren Beruf beziehen, einzuräumen. Anfangs der neunziger Jahre wurde zwei pensionierten Polizeioffizieren seitens des Polizeipräsidenten die Vergünstigung eingeräumt, sich von dieser Behörde wichtige Polizeinachrichten zu holen, die sie an die Presse verbreiteten. Dieses Monopol wurde dann auf Berichterstatter einiger hiesiger großer Zeitungen übertragen. Schreiber dieses erinnert sich, daß die Inhaber eines sehr bekannten Korrespondenzbureaus anfangs der 90er Jahre sich bittweise an das Polizeipräsidenten wandten, um Nachrichten zu erlangen. Obwohl gegen diese Herren nicht das geringste vorlag, wurden sie kurzerhand ohne Begründung abgewiesen. Eine Beschwerde bei dem damaligen Minister des Innern verlief ebenso resultatlos. Noch heute erhalten Inhaber von Korrespondenzbureaus von der Kriminalabteilung des Polizeipräsidenten keine Auskunft und sind bei ihren Wiederholungen auf ihre persönliche Findigkeit angewiesen. Wenn dann Tartarennachrichten entstehen, die die Zeitungen gutgläubig aufnehmen, so ist dies unseres Erachtens nach kein Wunder. Bedauerlich aber ist es, wenn Tartarennachrichten in die Welt gesetzt werden von solchen Berichterstattern, die Nachrichten von dem Polizeipräsidenten ständig erhalten. Daraus kann es sich in den Ausfäherungen des Herrn Polizeipräsidenten nur handeln. Und solche Tartarennachrichten sind anlässlich der Moabiter Unruhen zu Tugenden vorgekommen, weil der Kreis derjenigen, die von der Polizei jede Auskunft erhalten, ein sehr beschränkter ist. Die Berufsvereine, die in diesen Tagen vertrauliche Besprechungen geführt haben, stehen auf dem Standpunkt, daß die Behörden — nicht allein das Polizeipräsidenten, sondern auch die Ministerien — von denen die große Mehrzahl der Berichterstatter wie Schußpulver behandelt wird, auch anderen Berichterstattern dieselbe ausführliche Auskunft erteilen müssen, wie den ein Monopol besitzenden Journalisten. Wird in dieser Beziehung eine Reform geschaffen, so wird es auch keine Tartarennachrichten mehr geben. Dann würden wir nichts dagegen haben, wenn die Fabrikanten solcher Nachrichten möglichst streng bestraft werden.“

Wir haben uns in unserem Blatt wiederholt gegen die Art der Nachrichtenverfälschung gewendet, die speziell aus der Kriminalabteilung betrieben wird. Dabei haben wir aber den Standpunkt vertreten, daß die Polizei die Presse braucht und sie deshalb ihre Nachrichten direkt ohne Vermittlung einer privaten Korrespondenz, die darauf ein Monopol besitzt, der Presse zugehen zu lassen hat.

Bei der Moabiter Berichterstatterung handelt es sich um Mitteilungen aus dem Ressort der Sicherheitspolizei, die gleichfalls dem monopolisierten Korrespondenzbureau gegeben wurden. Diese Korrespondenz hat sich durch die Art ihrer Berichterstatterung ganz sicher den Dorn der sie Unterrichtsden verdient. Das der Polizei gespendete Lob für ihre Taten ist deshalb nur zu verständlich. Daneben hat die Polizei auch direkte Mitteilungen über die Moabiter Vorgänge verbreitet, die natürlich auch nur im Interesse der Polizei abgesetzt waren. Will eine Zeitung objektiv berichten, so kann sie eine solche Berichterstatterung nicht mitmachen, sondern sie muß sich durch eigene Beobachtungen vor den Vorgängen unterrichten. Und das hatten leider nur wenige Zeitungen getan. Wer es tat, wie die englischen Journalisten, haben von dem Verhalten der Polizei eine andere Meinung erhalten, als die in der polizeilich inspirierten Korrespondenz niedergelegt.

Die Einnahmen der städtischen Straßenbahnen im September 1910 betrugen 136 736,10 M. gegen 76 534,45 M. im September 1909, das ist eine Tageseinnahme von 4557,87 M. gegen 2551,15 M. im September 1909. Es wurden insgesamt 1 499 410 Personen gegen 809 500 Personen im Vorjahre befördert. Die Anzahl der im September gefahrenen Wagenkilometer (Motorwagen und Anhängerwagen) ist von 135 815 des Vorjahres auf 245 620 gestiegen. Die Einnahme für das Wagenkilometer beträgt 55,67 Pf. gegen 56,35 Pf. im Vorjahre.

Das Aquarium in der Schadowstraße schließt seine Pforten. Die Tierbestände sind für das neue Leipziger Aquarium angekauft worden. Leider hat der Berliner Magistrat die Gelegenheit verpasst, das nützliche Institut für Berlin zu erhalten. Unseres Erachtens wäre das nicht allzu schwierig gewesen, wenn nur der gute Wille vorhanden gewesen wäre.

Bekanntmachung. Auf Grund der Bekanntmachung des Herrn Reichsanwalters über den Betrieb der Bäckereien und Konditoreien vom 4. März 1896 werden für den Rest des Jahres 1910 der 29. Oktober, 15. und 26. November, 10., 17., 21., 23., 24. und 31. Dezember als solche Tage festgesetzt, an denen in Bäckereien und Konditoreien Gehilfen und Lehrlinge über die vorgegebene Zeit hinaus beschäftigt werden dürfen.

Zinsfreie Darlehen werden von einigen Stiftungen gewährt, die die Stadt Berlin verwaltet. Berücksichtigt werden aber keineswegs die bedürftigsten der Darlehensnehmer, sondern nur solche, von denen man mit einiger Sicherheit eine Rückzahlung der Darlehen erwarten kann. Denn selbstverständlich soll jedes Darlehen einmal zurückgezahlt werden, und zwar wird darauf gehalten, daß das in nicht zu langer Zeit geschieht. Was diese Stiftungen leisten, ist nicht viel, und es bedeutet fast garlich wenig, wenn man es nicht an der Größe der Not, zu deren Binderung sie beitragen wollen.

Ueber die Darlehensgewährung der sogenannten „Friedrich-Wilhelms-Anstalt für Arbeitsame“ sowie der mit ihr verbundenen „Wiedererwe-Stiftung“ beleuchtet uns wieder der Verwaltungsbericht, den der Magistrat soden für das Rechnungsjahr 1909 (1. April 1909 bis 31. März 1910) veröffentlicht hat. Die Friedrich-Wilhelms-Anstalt hat diesmal nur an 272 Personen zusammen 26 780 M. verborgt, so daß im Durchschnitt jedes Darlehen 98 M. betrug. Dagegen wurden in den fünf vorhergehenden Jahren (bis 1904 zurück) 344, 308, 394, 400, 506 Personen berücksichtigt, und die Summe der Darlehen betrug 32 300 M., 29 615 M., 38 820 M., 44 055 M., 52 555 M., so daß hier sich im Durchschnitt von 94 M., 86 M., 97 M., 97 M., 104 M. ergibt. Man sieht, wie sehr in dem letzten Jahresfrist die Leistungen sich verringert haben. Bei der Wiedererwe-Stiftung ist für 1909 ein Wehr zu verzeichnen, aber diese Stiftung ist an sich so klein und kann nur so wenig Personen berücksichtigen, daß ein hier auftretendes Wehr nicht ins Gewicht fällt gegenüber dem bedeutenden Weniger bei der eigennannten Stiftung. Diesmal haben aus der Wiedererwe-Stiftung 108 Personen zusammen 7005 M. als Darlehen erhalten, also jede Person durchschnittlich 70 M. In den vorhergehenden fünf Jahren waren 100, 70, 80, 97, 108 Darlehen im Gesamtbetrag von 6085 M., 4445 M., 6050 M., 6210 M., 6880 M. gewährt worden, das macht im Durchschnitt 67 M., 63 M., 63 M., 64 M., 64 M. Wie groß mag wieder die Leer derjenigen Darlehensnehmer gewesen sein, die leer ausgingen und aus keiner der beiden Stiftungen etwas erhielten? Der Bericht sagt hierüber, wie alljährlich, nichts.

Wie weicher Strenge übrigens bei der Eintreibung der Schulden verfahren wird, das lehren die Angaben über die Höhe der Gerichtsvollziehergebühren, deren Wiedererziehung von den Schuldnern sich als fruchtlos erwies. Im letzten Jahre betragen diese Gebühren bei der Friedrich-Wilhelms-Anstalt 1025 M. und bei der Wiedererwe-Stiftung 132 M., darin waren enthalten 615 M. und 75 M. an Gebühren für Verhaftung zum Zweck der Leistung „grundlos“ verweigerter Offenbarungseide. Da die Gebühr für jede vorgeführte Person 15 M. beträgt, so ergibt das bei den beiden Stiftungen 41 und 5 vorgeführte Personen, von denen man hinterher nicht mal die Vorführunggebühren wieder einziehen konnte.

Die Lichtenrader Bombenaffäre hat jetzt eine überraschende Wendung genommen. Die Gebrüder Rademeier aus Lichtenrade, die am 21. Juli unter dem Verdacht der Täterschaft in der Bombenaffäre verhaftet wurden, sind gestern aus der Untersuchungsgefängnis entlassen worden. Nach dem Gutachten der Schreibsachverständigen sollen die Briefe an den Guttsbestzer Otto Kraatz von anderer Hand geschrieben sein. Die Gebrüder Rademeier kommen dabei nicht in Betracht.

Hinter einem Steinhaufen tot aufgefunden wurde gestern nachmittag der 62 Jahre alte Arbeiter Ernst Brätmann aus der Greifswalder Str. 87 auf dem unbebauten Grundstück Eibinger Str. 50. Nach dem vorläufigen ärztlichen Gutachten hat er Typhus getrunken.

Vom Hochzeitstanz in den Tod. Einen tragischen Abschluß sollte eine Hochzeitfeier finden, die von dem Eisenbahnbeamten Sch. in einem hiesigen Lokal veranstaltet wurde. Der Festlichkeit hatte auch der Polizeibeamte E. mit seiner Frau beigewohnt. Die letztere war eine leidenschaftliche Tänzerin. Als sie nun am Arme ihres Tänzers durch den Saal schwebte, brach sie plötzlich leblos zusammen. Man holte sofort einen Arzt herbei, der aber nur noch den infolge Herzschlages eingetretenen Tod konstatieren konnte.

Eine neue Abföderung von Unterstützungsbedürftigen. Ein Mädchen wurde vor einiger Zeit von der Polizei der Berliner Entbindungshausinstituten zugewiesen. Die Ermittlungen ergaben, daß das Mädchen von einem Gemeindevorsteher zur Entbindung nach Berlin befördert und hier seinem Schicksal überlassen worden war. Bei dem Mädchen wurde ein Zettel vorgefunden, der von dem Gemeindevorsteher geschrieben worden war und genaue Verhaltungsmaßregeln enthielt. Das Mädchen wurde dann einige Wochen nach der Entbindung mit dem Kinde dem betreffenden Gemeindevorsteher zugewiesen, der ein recht verbotenes Gesicht gemacht haben soll, als er nun auch noch hörte, daß die Gemeinde der Stadt Berlin die entstehenden Kosten erstatten müsse. Und was stand auf dem Zettel des biederen Gemeindevorstehers? U. a., es solle unrichtige Angaben machen und nach der Entbindung verschwinden. Dann wäre nämlich, wie in vielen anderen Fällen, das Kind in das Berliner Waisenhaus gekommen und dort auf Kosten der Stadt Berlin erzogen worden.

Beim Fußballspiel schwer verunglückt ist der 15jährige Schülerlehrling Reim aus Groß-Lichterfelde. Er beteiligte sich an dem von seinem Verein auf dem Sportplatz an der Waimheim-Straße veranstalteten Fußballspiel und wurde dabei von einem Ball so heftig getroffen, daß er zu Boden stürzte. Er kam so unglücklich zu Fall, daß er einen Bruch beider Unterschenkel erlitt. Der Verunglückte wurde in das Kreiskrankenhaus übergeführt.

Das spurlose Verschwinden eines Gymnasialisten beschäftigt gegenwärtig die Polizeibehörden Groß-Berlins. Seit dem 3. d. M. wird der 13jährige Sohn Hilmar des in der Rotbomsstr. 8 in Friedenau wohnhaften Postinspektors Wohnwiel vermisst. Der Knabe, der die Unterterria eines Berliner Gymnasiums besuchte, war an dem genannten Tage zur Schule gegangen, um das Oktoberzeugnis in Empfang zu nehmen. Die Jenuir ist aber sehr ungenügend ausgefallen und der Schüler fürchtete, von seinen Eltern Vorwürfe zu hören. Er ging deshalb nicht nach Hause und sein Aufenthalt konnte auch bisher nicht ermittelt werden. Es wird angenommen, daß der Vermisste in Berlin oder dessen Umgebung planlos umherirrt. Bekleidet war der Knabe mit einem dunklen Anzug mit Anziehosfen, schwarzen Schnürstiefeln und einer Sportmütze.

Vermißt wird auch die 32jährige Ehefrau des Mechanikers Rembauer aus Nizdorf, die am 30. September heimlich ihre in der Neuterstraße Nr. 28 belegene Wohnung verlassen hat. Frau R. ist schwer nervenleidend und war bereits dieser Krankheit wegen in einer Heilanstalt untergebracht. Am vorigen Freitag erlitt sie einen leichten Anfall ihres alten Leidens, von dem sie sich aber bald erholte. Am Nachmittag, während der Gatte an seiner Arbeitsstätte weilte, verließ Frau R. die Wohnung, in der ihr sechsjähriges Kind allein zurückblieb. Bisher konnte der Aufenthalt der Verschwundenen nicht ermittelt werden. Vermutlich dürfte die Kranke planlos umherirren.

Wer sind die Toten? Ueberfahren und getötet wurde gestern Abend in der Straße am Kreptower Park bei der Stadtbahn von einem Wagen der städtischen Straßenbahn eine unbekannt, etwa 60 Jahre alte Frau. Die Leiche wurde nach der Halle in Tr. 1019

gebracht. Die Verunglückte ist kräftig gebaut, hat graues Haar, eine hohe Stirn, eine stumpfe Nase, einen breiten Mund und ein rundes Gesicht und trug einen schwarzen Hut mit schwarzen Federn und einem Vogel, ein schwarzes Jackett mit Perlmutternöpfen, eine schwarz-weiße Bluse und einen schwarzen Rock. Ihr Brauring ist O. G. 1891 gezeichnet.

Immer noch nicht bekannt ist auch das etwa 2-3 Jahre alte Mädchen, das am vergangenen Sonnabend in der Nähe des Riemwerber in Treptow als Leiche aus der Spree gelandet wurde. Das Kind ist etwa 1 Meter groß und kräftig, hat hellblondes Haar und eine hohe Stirn und trug ein Krümmersäckchen, ein weißes Hemd mit dem Monogramm P. L., weiße Hosen mit dem Zeichen M. in Kreuzform, ein weißes Röschchen, ein graues Leinwandkleidchen (selbst gewebt), schwarze Schürschuhe, schwarze Strümpfe, ein blaues und ein graubraunes Strumpfbündel.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin, Landsberger Straße 85, bittet uns mitzuteilen, daß aus Anlaß der am 9. d. M. stattfindenden Protokollversammlungen die für diesen Tag festgesetzte Tour nicht stattfindet.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Eine drohende Gefahr. Nahe Bahnhof Ebersstraße befindet sich eine doppelte Bahnunterführung; die eine im Zuge der Hauptstraße, die andere im Zuge einer neuen Verbindungsstraße, die den südlichen mit dem nördlichen Teil von Schöneberg verbinden soll. Die Unterführung, deren Mauerwerk erst vor ganz kurzer Zeit neu hergestellt wurde, ist in der Mitte durch einen mächtigen gemauerten Pfeiler gestützt. Dieser Pfeiler weist seit einiger Zeit einen klaffenden Riß auf, der von oben bis unten und quer durch das ganze Mauerwerk geht. Die Entstehungsurache ist uns nicht bekannt. Die Ursache, auf die er zurückzuführen ist, war aber so stark, daß selbst die mächtigen granitinen Fundamentplatten einen Riß von Fingerbreite aufweisen. Es macht den Anschein, als wenn schon Versuche gemacht worden sind, den Riß durch Ausschmieren mit Zement zu beseitigen, doch sind auch diese Stellen durch die Erschütterung schon wieder gerissen. Hier scheint es notwendig, daß die verantwortliche Bahnbehörde so schnell wie möglich eingreift, um drohendes Unheil zu verhüten. Täglich benutzen Tausende die Unterführung. Wir wollen hoffen, daß nicht erst der Brunnen zugedeckt wird, wenn er schon zahlreiche Opfer gefordert hat.

Rixdorf.

Der Bildungsausschuß veranstaltet am Sonntag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, bei Hoppe, Hermannstraße 49, einen Reu- und Radeabend mit Lichtbildern. Jeder, der die plattdeutsche Mundart versteht, hat wohl Meisters Werken einige Probe Stunden zu verdanken. Der hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages soll die Veranstaltung gewidmet sein. Nachher findet Tanz statt. Einlaßkarten sind noch in der Parteispedition und im Restaurant Hoppe a 15 Pf. zu haben.

Der dritte Abend des Vortragszyklus des Genossen Graf über das Thema „Vom Tier zum Menschen“ ist auf Montag, den 10. Oktober, festgelegt. Anfang 8 Uhr. Auch hierzu sind an den bekannten Stellen noch Karten zu haben. Die Themen für die einzelnen Abende sind so gehalten, daß auch neu hinzukommende Teilnehmer aus den Vorträgen Nutzen ziehen werden. Durch prächtige Lichtbilder werden die Ausführungen des Vortragenden illustriert. Die bisherigen Teilnehmer werden gebeten, die Personalbons nicht zu vergessen.

Steglitz.

Ueber die Tätigkeit des Schularztes und den Nutzen der ärztlichen Ueberwachung der Schulkinder erzählt die hiesige Bürgerzeitung im allgemeinen fast nichts. Die Verträge, die der bisherige Schularzt, Herr Sanitätsrat Dr. Heidenhain, lieferte, gelangte in der Regel nur zur Kenntnis der Gemeindeverwaltung und der Gemeindevertretung. Die Öffentlichkeit erfährt höchstens bei der Etatsberatung, daß abermals ein bestimmter Betrag als Entschädigung für einen Schularzt eingestellt sei. So ist auch aus dem Bericht 1909/10 in der weiteren Öffentlichkeit nichts bekannt geworden. Wenn nun auch gesagt werden muß, daß der Bericht nur sehr allgemein gehalten ist, jede systematische Anlage und Durchsicht vermissen läßt und die Statistik fast völlig vernachlässigt, so enthält er doch Angaben, die allgemein interessieren, und einige Winke, die hauptsächlich für Mütter beachtenswert erscheinen. Der Berichterstatter weist zunächst darauf hin, daß er in diesem Jahre zum ersten Male Gelegenheit hatte, Kinder bei ihrem Abgange von der Schule zu kontrollieren, die er als Fernanfgänger untersucht hatte, weil jetzt acht Jahre seit Verschleßen der Schulärztinstitute verfloßen sind. Die Einwirkung der achtjährigen Schulzeit auf die körperliche Entwicklung der Kinder wird als durchaus günstig bezeichnet und der Segen der schularztlichen Aufsicht durch Beispiele erläutert. So haben sich Kinder, die kurz nach ihrem Eintritt in die Schule von Wucherungen im Nasen-Rachenraum befreit wurden, in durchaus normaler Weise entwickelt, während sie ansonsten geistig beschränkt, mit höchstem Gesichtsausdruck, stets offenem Munde, schwerhörig in die Schule eingetreten waren. Die skrophulöse Anlage, die bei 30-40 Proz. der neu aufgenommenen Kinder konstatiert wurde, ist nach dem Bericht bei fast allen diesen Kindern beseitigt. Durch Verordnen von Brillen (teilweise auf Gemeindekosten) wurde erreicht, daß schwache Augen wirksam geschont oder gekräftigt wurden. Im Berichtsjahre wurde als Neuerung der orthopädische Turnunterricht für Kinder mit abnormer Wirbelsäulenformation eingeführt. Veranlassung hierzu gab die Tatsache, daß im Laufe der Schuljahre eine ganze Reihe von Kindern an leichteren oder schwereren Wirbelsäulenverbiegungen litten, was man ganz allgemein als „Schul-Skoliose“ bezeichnet, weil sie angeblich durch falsche Körperhaltung beim Schreiben usw. verursacht werde. Nun habe aber die Untersuchung der Fernanfgänger die überraschende Tatsache ergeben, daß weit über 50 Proz. der sechsjährigen Kinder bereits mit mehr oder weniger ausgesprochener Wirbelsäulenverkrümmung in die Schule eintraten, die Schule also an dem Entstehen des Leidens schuldlos sei. Als Entstehungsurache wird vermutet, daß die Kinder zu früh, oft schon in den ersten Lebensmonaten getragen

werden, und zwar immer auf demselben Arm, so daß die einseitig belastete, noch schwache Wirbelsäule immer noch derselben Seite zusammenfällt. Achten dann später die Eltern nicht auf die Haltung des Kindes beim Sitzen, zwingen dunkle Wohnungen das Kind zum Beugen des Rückens beim Betrachten von Bildern, Spielen, usw., so verschlimmert sich das Leiden. Durch den neu eingeführten orthopädischen Turnunterricht, zu dessen wirksamer Erzielung zunächst drei Lehrerinnen eine Spezialausbildung genossen haben, soll nun versucht werden, dem Leiden zu steuern. Zum mindesten hofft man, einer Verschlimmerung während der Schulzeit vorbeugen zu können. Hoffentlich können spätere Berichte Erfolge in dieser Hinsicht melden.

Tempelhof.

Das Gewerkschaftskartell für Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde beschäftigt sich in seiner letzten Sitzung erneut mit der Frage der Errichtung eines Gewerbegerichts für die drei genannten Ortsteile. Man wurde sich einig, das Resultat der demnächst stattfindenden Volkszählung abzuwarten, da dann begründete Aussicht vorhanden ist, daß die Errichtung eines Gewerbegerichts zur Tatsache wird. Ferner wurde beschlossen, bei dem Gemeindevorstand von Tempelhof zwecks Übergabe einer Schulaula vorstellig zu werden, damit dort die anfangs nächsten Jahres von der Zentralkommission der Krankenkassen Groß-Berlins geplanten hygienischen Vorträge stattfinden können. Allgemein beurteilt wurde die Handlungsweise des Tempelhofer Ortskrankenkassen-Vorsitzenden J. Pflüg, der schon des öfteren vom Gewerkschaftskartell zwecks wichtiger Aussprache über Krankenkassenangelegenheiten geladen war, es aber nicht für wert hält, zu erscheinen. Nicht vertreten waren die Bäcker, Gemeinde- und Staatsarbeiter und die Metallarbeiter.

Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Heute abend, pünktlich 8 1/2 Uhr, wird der Lichtbildvortrag des Genossen Graf über „Die Schicksale unserer Erde“ für Erwachsene und Jugendliche über 18 Jahre fortgesetzt.

Bruchmühle-Radebrunn.

Die Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung war das Thema, über das Genosse Kubig Pantow in einer am Sonntag bei kurzer stattgefundenen Wählerversammlung referierte. Die dem Referat folgende lebhafte Diskussion bewies, welche reges Interesse die Ausführungen des Vortragenden bei den Versammelten gemacht hatten. Hierauf gab der Vorsitzende die Kandidaten des Wahlvereins bekannt. Es sind in der dritten Klasse aufgestellt die Genossen V. Linneke, Lindholz und Viedermann, in der zweiten Jakowij und Fink und in der ersten Gabis. Da uns noch drei Hausbesitzer fehlen, hat sich der Wahlverein entschlossen, von dem Bürgerverein die Herren Quoschnig in der zweiten, Humberg und Kirchgatter in der ersten Klasse aufzustellen. Gleichzeitig sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Wählerliste nur noch bis Montag, den 10. Oktober, ausliegt.

Spandau.

Sein Amt niedergelegt hat der stellvertretende Stadtverordneten-Vorsteher Maurer- und Zimmermeister Hülsebeck. Derselbe wurde im Januar dieses Jahres gewählt und hat in dieser Zeit vielleicht zwei- oder dreimal den ersten Vorsteher vertreten und hierbei erwiesen, daß er nicht fähig war, die Verammlung korrekt zu leiten. Es ist immerhin anzuerkennen, daß der Herr seine Unfähigkeit eingesehen und die Konsequenzen gezogen hat.

Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendorganisation der südlichen Vororte. Sonnabend, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, im kleinen Saal des Café Bellevue, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Wahl des ersten Vorsitzenden, 4. Vereinsangelegenheiten. — 3. Abteilung. Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags 3 Uhr, Versammlung und Vortrag bei Dümbe, Friedrichstraße, Ecke Sophienstraße.

Freie Jugendorganisation Weiskene. Heute, Donnerstag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet unsere Generalversammlung im Privaten, Lehderstraße, statt. Vortrag des Kollegen Wilhelm Ullrich über: „Bourgeoisie und Revolution“. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Aus aller Welt.

Schwere Eisenbahnkatastrophe in Amerika.

Von entsetzlichen Folgen war ein Eisenbahnzusammenstoß begleitet, der sich am Dienstagabend in Gillespie im Staate Illinois zutrug. Zwei Personenzüge stießen infolge falscher Weichenstellung zusammen, 37 Personen wurden getötet und 25 erlitten schwere Verletzungen.

Das entsetzliche Unglück bildet ein neues Glied in der Kette der schweren Eisenbahnkatastrophen, die Nordamerika von Zeit zu Zeit heimsuchen. Sie haben ihre Ursache in der rücksichtslosen Ausbeutung des Betriebes durch Privatkapitalisten. Um für diese möglichst hohe Dividenden herauszuschlagen, werden die Betriebsmittel in leichtfertiger Weise ausgenutzt, daneben wird aber auch nach Möglichkeit an Eisenbahnpersonal gespart.

Neue Opfer der Aviatik.

Die Aviatiker Léon und Robert Morane sind gestern morgen von Saint-Cloud abgestiegen, um den Pyre-De-Dôme zu erreichen. Der Apparat stürzte bei Voisy-Saint-Doger südwestlich Paris zu Boden. Robert Morane erlitt einen Schädelbruch, sein Bruder einen Beinbruch.

Dreister Heberfall auf einen Kassenboten.

Auf dem stark belebten Boulevard des Italiens in Paris wurde am Dienstagvormittag ein Kassenbote von drei elegant gekleideten Männern überfallen und seiner Geldtasche beraubt, die 17 000 Fr. in bar und Schecks im Betrage von 40 000 Fr. enthielt. Zwei Räuber wurden sofort festgenommen, dem dritten gelang es, mit der Deute zu entkommen. Die Verhafteten sind Engländer.

Schwerer Verkehrsunfall.

In der Reuhäuser Straße in München stieß am Dienstag abend ein Straßenbahnwagen mit einem vollbesetzten

Mannschaftswagen der Berufsfeuerwehr zusammen. Der Mannschaftswagen wurde vollständig zertrümmert. Ein Oberfeuermann erlitt eine schwere Verletzung am Hinterkopf, ein Feuermann einen Oberschenkelbruch. Zwei weitere Feuerwehrleute trugen weniger schwere Verletzungen davon. Von dem Straßenbahnwagen wurde die vordere Plattform eingedrückt.

Ein ländliches Idyll.

Der „Schöner Anzeiger“ bringt in seiner Nr. 116 vom 1. Oktober d. J. folgendes Interat:

An der katholischen Pfarrkirche zu Kammerwaldau bei Hirschberg (Schlesien) ist die Stelle eines Organisten und Küsters zu besetzen. Der Dienst ist folgender: Der Küsterorganist hat 1. an vier Hauptgottesdiensten die Orgel zu spielen, 2. dabei den Gesang zu leiten, 3. sich die Sänger selbst zu besorgen und einzuladen, 4. da es in Kammerwaldau in der Gemeinde an Sängern fehlt, solche von außerhalb auf seine Kosten dorthin zu transportieren, selbst zu entlohnen und zu besorgen, 5. alle Küsterdienste einschließlich des Schreibwerkes, aber ausschließlich des Glöckentuns und Reinigens der Kirche zu verrichten, 6. für die Zeit, wo er als Organist tätig ist, einen Küsterstellvertreter zu stellen, 7. sich zu jeder Zeit bei Nebengottesdiensten, Taufen, Krankenprovisionen usw. zur Verfügung des Pfarrers zu halten oder einen Küsterstellvertreter zu stellen.

Als Jahresgehalt für diese Stelle hat der Herr Patron der Kirche, welchem das Besetzungsrecht zusteht, Landesältester, Rittergutsbesitzer und Rittmeister Heinrich v. Loesch auf Kammerwaldau 48 M., in Buchstaben achtundvierzig Mark, angesetzt, wozu noch 15 M., in Worten fünfzehn Mark, jährlich als Beihilfe zur Besoldung des Küsterstellvertreters kommen. Freie Wohnung oder Deputat wird zwar nicht gewährt, doch wird vom Herrn Patron für Reinigen der Kirche, Botengänge (niedere Küsterdienste) ein Jahresgehalt von 12 Mark, in Worten zwölf Mark, nicht verweigert werden, auch für den Wälgterposten, der mit der Stelle vereinigt werden kann, sind vom Herrn Patron jährlich 4 Mark, wörtlich vier Mark, bewilligt worden.

Geeignete kirchenmusikalisch und liturgisch gebildete Bewerber belieben sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse bei dem oben genannten Herrn Patron zu melden.

Das katholische Pfarramt von Kammerwaldau.

Bei dem glänzenden Gehalt, das der Herr Rittmeister v. Loesch für die Stelle ausgetworfen hat, wird er wohl Vorkehrungen treffen müssen, den Andrang der beutelüsteren Organisten und Küster abzuwehren.

Keine Notizen.

Während eines Sturmes kenterte auf dem Steinhuder Meer in der Provinz Hannover ein mit Last beladener Segel Kahn. Die beiden Insassen, ein älterer Schiffer mit seinem Enkel, ertranken.

Rettung aus Seenot. Von der Rettungsstation Wustrow zur Rettung Schiffbrüchiger wurden von dem in der Nähe von Wustrow gestrandeten deutschen Schooner „Sturmbogel“ vier Personen durch den Mastenapparat der Station gerettet.

Zur Katastrophe der „Chiriqui“. Aus Panama wird berichtet, daß alle Reisenden und die Mannschaft an Bord des verunglückten Dampfers „Chiriqui“ mit Ausnahme eines Heizers gerettet worden sind.

Von der Cholera. In der Stadt Neapel sind in den letzten 24 Stunden 16 Erkrankungen und fünf Todesfälle und in der Provinz Neapel 15 Erkrankungen an Cholera vorgekommen. Aus Apulien sind Neuerkrankungen oder Todesfälle nicht gemeldet worden.

Antiker Marktbericht der südlichen Marktbasen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktbasen. Marktlage: Fleische Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Milch: Zufuhr reichlich, Geschäft regt, Preise fest. Geflügel: Zufuhr etwas nachlassend, Geschäft schleppend, Preise nicht beschreibend. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise etwas besser. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßwaren: Zufuhr reichlich, besonders in Wismutkohlen, Geschäft sehr flau, Preise gedrückt.

Witterungsüberblick vom 5. Oktober 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerniveau mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometerniveau mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Komb. n. d. W. d. G.
Strombe	765.9	SW	5	wolkig	12	Dapatanda	757	S	Rebel	7
Domburg	769.9	SW	4	wolkig	12	Petersburg	764	O	1 wolkig	0
Berlin	766.9	S	2	bedeckt	10	Seifu	770	R	4 wolkig	12
Frankfurt	770.9	SW	2	bedeckt	14	Mersee	771	SW	1 heiter	12
München	772	W	4	Regen	9	Bari	774	NO	1 bedeckt	18
Wien	764	W	6	wolkig	16					

Wetterprognose für Donnerstag, den 6. Oktober 1910.

Nachts kühl, am Tage etwas wärmer, vielfach heiter, aber veränderlich mit einzelnen Regenschauern und ziemlich frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
Remel, Mühl	116	-1	Saale, Großh.	98	-4
Regel, Ansternburg	25	-3	Saale, Bamhau	80	+2
Beichtel, Doorn	78	-4	Rothenom	98	0
Oder, Rastler	178	-10	Spree, Spremberg	104	+4
Kroffen	254	-22	Beesem	159	+1
Frankfurt	273	-4	Weser, Warden	79	-8
Wartze, Schrimm	26	-4	Weser, Warden	14	+9
Landenberg	1	0	Rhein, Ragnitkansen	420	-10
Rege, Borbamm	-8	+4	Raub	227	-5
Eide, Leimert	40	-30	Rhein	228	-9
Dresden	49	-8	Redar, Heilbrom	65	-5
Darbo	184	-60	Rain, Berrheim	135	-3
Magdeburg	190	-10	Weser, Trier	45	-5

+) + bedeutet Hoch, -) -) Unterbeet.



Sunlicht Seife

verbindet mit absoluter Unschädlichkeit und Schonung des Materials enorme Reinigungskraft. Die Dessins von Linoleum behalten die Frische der Farbe und die Oelanstriche bleiben wie neu. Daher verwende man auch für diese Zwecke nur Sunlicht Seife, welche in immer gleichbleibender Güte überall zu haben ist!



Günstigste Möbelkaufgelegenheit!

500 Wohnungseinrichtungen!

kommen bis 15. Oktober cr. zu außergewöhnlich billigen Preisen zum Sonderverkauf.

Riesenvägel in Ergänzungsmöbeln und Polsterwaren!

Möbelfabrik M. Hirschowitz, Berlin SO., Skalitzer Straße 25, an der Hochbahn.

Möbel

liefert auf bequeme Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit) E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Großes Kuffchen erregen die enorm billigen Preise bei Schneidermeister Martin Katz, Dresdener Straße 76, nahe dem Thalia-Theater. Herbst- und Winter-Garderober nach Maß, aus besten deutschen und englischen Stoffen, prima Zutaten, garantiert tadelloser Sitz, erstklassige Verarbeitung. — Fertige Herren-Konfektion in geblegelter Ausführung in großer Auswahl am Lager. — Kleinsten Wochen- oder Monatsraten gern gefälligst. — Bei zeitiger Bestellung erhält 5 Prozent Rabatt. 11302*

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinsenzstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Arbeiter-Wanderbund

„Die Naturfreunde“ Der Jungblutverbreitung wegen fallen am Sonntag, den 8. Oktober, die Wanderfahrten aus. 2/17 Ausführliche Programme bei Gehe, Boyenstr. 19, zu haben.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 6. Oktober.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opern-Theater.
Carmen.
Königl. Schauspielhaus. Wilhelm Tell.

Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Sumurun. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Kammerspiele. Götter.
Besung. Wenn der junge Wein blüht.

Romische Oper. Der Arzt wider Willen.
Berliner. Musikantenmädels.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Schauspielhaus. Wenn kommt du wieder?

Residenz. Noblesse oblige.
Neues. Der Liebesstrahl. Die Genjur. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Gymnast.

Schiller Charlottenburg. Die Kreuzschreiber.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches.
Berliner Volkoper. Martha. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Luisen. Kean.
Wochen. Die schönste Frau.
Modernes. Die beste der Frauen.
Trianon. Pariser Mäuschen.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.

Lustspielhaus. Der Feldherrnhügel.
Herrnfeld. Eine verlorene Nacht.
Der Derby-Sieger.
Kais. Das Gefängnis.
Folies Caprice. Der schwarze Schimmel. — Bolle Pension. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Metrov. Gurra — Wir leben noch!
Kais. Der schnelle Rudolf.
Apollo. Spezialitäten.
Vasage. Spezialitäten.
Waldhallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Sandfouci. Au hat's geschnappt. Spezialitäten.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Nachmittag 4 Uhr:
Die Weltausstellung in Brüssel.
Heute abend 8 Uhr:
Beginn der Hörseal-Zyklus-Vorträge am 12. Oktober.
Prospekte kostenlos.

Berliner Volkoper. Martha. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, 6. Okt., abends 8 Uhr:
Faust.
Freitag: Rietten. Zum Schluss: Niobe.
Sonntag: Revolutionshochzeit.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Wiederleute. 8 Uhr: Kriemhilds Rache.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Das Gefängnis.
Lustspiel in 4 Akten von H. Benedix.
Freitag: Othello.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Mischenbrüdel.

Apollo Theater
8 Uhr: Das Progr. d. Sensationen
9 1/2 Uhr: Götterspiel

Rudolf Schildkraut
Gisela Schneider-Nissen usw.

Metropol-Theater.
Gurra!!!
Wir leben noch!

Wintergarten
Saharet
in ihren neuen Kreationen.
Reynolds and Donegan
das amerikanische Tänzerpaar in
vollendetem Rollschuh-Molierschaft.
The 5 Mowatts, hervorragende Reuten-
Sänger. — Vasco, das verrückte
Musikgenie. — Yamagata - Truppe,
japanische Equilibristen. — Bowden
und Stol, komische Akrobaten. — The
3 Meers, humoristischer Drahtst.-
akt. — W. C. Fields, der weltweite
Spahmacher. — Boganny - Truppe:
Die lustigen Bäder. — Bert Levy,
Gelehrer eigenen Genres. — 12 sun-
shine girls, engl. Tanz-Ensemble. —
Biograph, neueste Aufnahmen.

Herrnfeld Theater
Zeit 20 Jahren
der größte Erfolg!
Eine verlorene Nacht
Ein lustiger Trauerspiel in 2 Akten
von Anton und Donat Herznfeld.
Hierzu: Der Derby-Sieger.
Sportkomödie von August Reibhardt.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 (Theaterstr.)

Luisen-Theater.
Kean.
Freitag Premiere: Der Jährling
im Kloster.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Die
Schwanenprinzessin. 8 Uhr: Die
Brüder von St. Bernhard.

Residenz-Theater.
Noblesse oblige.
Schwarz in 3 Akten von Hennequin
und Heber.
Morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Noblesse oblige.

Walhalla-Theater
Reinbergstr. 19/20.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Bravo! — Da capo!
Eine Allerwelts-Revue
in 5 Akten von H. Reichardt, Musik
von H. Tiele. In Szene gesetzt vom
Direktor James Klein.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Volle Pension.
Neuer dunter Teil.
Der schwarze Schimmel
Vorverkauf 11-2, abends ab 6 Uhr.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Jungfrauen
von Sais.
Die 3 mystischen
Schatten
und die großen Attraktionen
des Oktober-Programms.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund!
Von 4-7 Vitaskop-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Nachmittag 4 Uhr:
Die Weltausstellung in Brüssel.
Heute abend 8 Uhr:
Beginn der Hörseal-Zyklus-Vorträge am 12. Oktober.
Prospekte kostenlos.

Berliner Volkoper
Abends 8 1/2 Uhr:
Martha.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches
Schauspielhaus.
Donnerstag, 6. Okt., abends 8 Uhr:
Faust.

Freitag: Rietten. Zum Schluss:
Niobe.
Sonntag: Revolutionshochzeit.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Wiederleute. 8 Uhr: Kriemhilds Rache.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Das Gefängnis.

Lustspiel in 4 Akten von H. Benedix.
Freitag: Othello.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Mischenbrüdel.

Apollo Theater
8 Uhr: Das Progr. d. Sensationen
9 1/2 Uhr: Götterspiel

Rudolf Schildkraut
Gisela Schneider-Nissen usw.

Metropol-Theater.
Gurra!!!
Wir leben noch!

Wintergarten
Saharet
in ihren neuen Kreationen.
Reynolds and Donegan
das amerikanische Tänzerpaar in
vollendetem Rollschuh-Molierschaft.
The 5 Mowatts, hervorragende Reuten-
Sänger. — Vasco, das verrückte
Musikgenie. — Yamagata - Truppe,
japanische Equilibristen. — Bowden
und Stol, komische Akrobaten. — The
3 Meers, humoristischer Drahtst.-
akt. — W. C. Fields, der weltweite
Spahmacher. — Boganny - Truppe:
Die lustigen Bäder. — Bert Levy,
Gelehrer eigenen Genres. — 12 sun-
shine girls, engl. Tanz-Ensemble. —
Biograph, neueste Aufnahmen.

Herrnfeld Theater
Zeit 20 Jahren
der größte Erfolg!
Eine verlorene Nacht
Ein lustiger Trauerspiel in 2 Akten
von Anton und Donat Herznfeld.
Hierzu: Der Derby-Sieger.
Sportkomödie von August Reibhardt.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 (Theaterstr.)

Luisen-Theater.
Kean.
Freitag Premiere: Der Jährling
im Kloster.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Die
Schwanenprinzessin. 8 Uhr: Die
Brüder von St. Bernhard.

Residenz-Theater.
Noblesse oblige.
Schwarz in 3 Akten von Hennequin
und Heber.
Morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Noblesse oblige.

Walhalla-Theater
Reinbergstr. 19/20.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Bravo! — Da capo!
Eine Allerwelts-Revue
in 5 Akten von H. Reichardt, Musik
von H. Tiele. In Szene gesetzt vom
Direktor James Klein.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Volle Pension.
Neuer dunter Teil.
Der schwarze Schimmel
Vorverkauf 11-2, abends ab 6 Uhr.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Jungfrauen
von Sais.
Die 3 mystischen
Schatten
und die großen Attraktionen
des Oktober-Programms.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund!
Von 4-7 Vitaskop-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Theater Sanssouci.
Dönhofsplatz 10/11.
Die Sensation des Oktoberprogr.
Edi Herzfeld,
Mitglied der I. L. Hofoper in Wien.
Der jüngste Wiener Couplet-
und Liedersänger! Zum erstenmal
in Berlin!
Dazu die f. Berlin gänzlich neuen
Varietés-Attraktionen
Au hat's geschnappt!
Vosse von Oskar Sabo.
Musik von Paul Lincke.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Die urkomische Pöffe
Der schneidige Rudolf.
Rudolf Himpelmann: Dir. d. Berg-
Vorher das glänzende hunte Progr.
Kur Attraktionen ersten Ranges.
Somit. 8 1/2 Uhr: Berühmte Töchter.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Hans Reich - Ensemble.
Donnerstag, den 6. Oktober 1910:
Othello
der Mohr von Venedig.
Trauerspiel in 5 Akten
von William Shakespeare.
Othello Dir. Hans Reich.
Kassensöffn. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.

Königstadt-Kasino.
Reichardtstr. 72, Ecke Magendestraße.
Gänzlich neues Programm mit
Franz Sobanski.
Erich Gastell, Geschwister Williams.
Guten Tag, Papa!
Schwarz in 1 Akt von D. Richter.
Neu! Zum Schluss: Neu!
Biographische Vorführungen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Egmont.
Ein Trauerspiel in fünf Aufzügen
von Goethe. Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Der Dummkopf.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Dummkopf.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten
von E. Angenruber. Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.

Der sensationelle Erfolg
des LUNA-PARK
veranlaßt die Direktion, das beliebte
Vergnügungs-Etablissement
bis Ende Oktober offen
zu halten und sich für die große Gunst,
die ihm das Publikum entgegenbringt,
dadurch erkenntlich zu zeigen, daß
von nun ab, mit Ausnahme des Sonntags,
jeder Besucher, der an der Kasse
eine Eintrittskarte löst, gleichzeitig
zu einer beliebigen Attraktion inkl.
Theater
ein Freibillett erhält.

Lichtspiele
Mozart-Saal - Nollendorf-Platz.
Vollständig
Neuer Spielplan.
Ununterbrochene Vorstellung von 6-11 Uhr. Sonntags 3-11 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Hans Reich - Ensemble.
Donnerstag, den 6. Oktober 1910:
Othello
der Mohr von Venedig.
Trauerspiel in 5 Akten
von William Shakespeare.
Othello Dir. Hans Reich.
Kassensöffn. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.

Königstadt-Kasino.
Reichardtstr. 72, Ecke Magendestraße.
Gänzlich neues Programm mit
Franz Sobanski.
Erich Gastell, Geschwister Williams.
Guten Tag, Papa!
Schwarz in 1 Akt von D. Richter.
Neu! Zum Schluss: Neu!
Biographische Vorführungen.

Karl Haverland-
Theater. Kommanbanten-
platz, 8 Uhr. Straße 77/79.
Vollständig neues Programm
Nur erstklass. Spezialitäten.
Seite nach der Vorstellung: Ball.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Großerkan, Inhab.: Rud. Morz,
Schönhanser Allee 129. Tel. 8, 9353.
Lebende Photographien.
Eintritt 20 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 4 Uhr. Vorzugskarten,
nur wochentl. gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wech. Programm.
Dienstag u. Freitag v. 4-6 1/2 Uhr
Kinder-Vorstellung. Kinder 10 Pf.,
Erwachsene 20 Pf. Neben Sonntag
im Oberaal: Künstlerkonzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.

Moabiter
Gesellschaftshaus
Wielestr. 24. Emdener Str. 40.
Größtes
Kientopp-Theater
Moabits.
Wöchentlich zweimal neues Programm.
Täglich Vorstellung. Anfang 6 Uhr.

Freie Volksbühne

Heft 1-5 der Monatschrift Freie Volksbühne (Jahrgang 1910/11) kann von allen Mitgliedern aus ihrer Zahlstelle abgeholt werden. 241/19

Thalia-Theater
Kampf.

Neues Schauspielhaus
Ueber unsere Kraft.

Herrnfeld-Theater
Der Herr Senator.

Extravorstellung
im Lessing-Theater
Sonntag, 20. November:
Hartleben:
Rosenmontag.

Lessing-Theater
Das Konzert.

Residenz-Theater
Die 300 Tage.

Abendabteilungen
im Neuen Schauspielhaus.
2. Serie.
3., 10., 17., 24. Oktober
Tartuff.
3. Serie.
31. Oktob., 7., 14., 21. November
Ueber unsere Kraft.

Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen anmelden. Sammelt für den Kampffonds! Der Vorstand. I. V. G. Winkler.

Zirkus A. Schumann.
Heute Donnerstag, 6. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Neu! Neu! Neu!
Mr. Sandor
Burleske Zirkus.

Kreisel-Globus
Foot Ball spielende Pferde.
Kunstige Kreation des Direktors
A. Schumann.

Apachen zu Pferde
geritten von Fr. Dora Schumann
und Herrn Karl Mos.

Bellonis Kakadus.
Anton & Grock.
Reiterfamilie Clarke
sowie die übrigen Attraktionen.

CIRCUS
CYRIL HALE
Lichtenberg,
Möllendorfsstraße.
Donnerstag, den 6. Oktober,
abends 8 1/2 Uhr:
Abschiedsvorstellung
mit garantiert ungekürz.
Progr. u. allen Schlingern
zu d. bek. billigen Preisen.
Fernruf:
Amt VI. 129.

Walhalla-Theater
Reinbergstr. 19/20.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Bravo! — Da capo!
Eine Allerwelts-Revue
in 5 Akten von H. Reichardt, Musik
von H. Tiele. In Szene gesetzt vom
Direktor James Klein.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Volle Pension.
Neuer dunter Teil.
Der schwarze Schimmel
Vorverkauf 11-2, abends ab 6 Uhr.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Jungfrauen
von Sais.
Die 3 mystischen
Schatten
und die großen Attraktionen
des Oktober-Programms.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund!
Von 4-7 Vitaskop-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Theater Sanssouci.
Dönhofsplatz 10/11.
Die Sensation des Oktoberprogr.
Edi Herzfeld,
Mitglied der I. L. Hofoper in Wien.
Der jüngste Wiener Couplet-
und Liedersänger! Zum erstenmal
in Berlin!
Dazu die f. Berlin gänzlich neuen
Varietés-Attraktionen
Au hat's geschnappt!
Vosse von Oskar Sabo.
Musik von Paul Lincke.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Die urkomische Pöffe
Der schneidige Rudolf.
Rudolf Himpelmann: Dir. d. Berg-
Vorher das glänzende hunte Progr.
Kur Attraktionen ersten Ranges.
Somit. 8 1/2 Uhr: Berühmte Töchter.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Hans Reich - Ensemble.
Donnerstag, den 6. Oktober 1910:
Othello
der Mohr von Venedig.
Trauerspiel in 5 Akten
von William Shakespeare.
Othello Dir. Hans Reich.
Kassensöffn. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.

Zirkus Busch.
Donnerstag, den 6. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorst.
Banola-Truppe!

Herr Dir. Orlando, Frei-
heitsdresuren. — Die Frei-
dianis, Reiterfam. Arbra-
Trilo. Herr Alfred Ott,
Schulreiter. Manegenkomiker
Max Marzell.
Um 9 1/2 Uhr, zum 21. Male:
„VENEZIA“
Vorher das gr. Galaprogramm.

„Groß-Berlin“
Theater und Varietés-Ensemble.
Donnerstag, Publimanns Theater
6. Oktober
Don Cesar
oder: König u. Strohenfängerin.
Anf. 8 Uhr. des gr. Stückes 8 1/2 Uhr.
Entree 10 Pf.
Freitag Krimhof: Don Cesar.

Stettiner Sänger.
Zum Schluss neu:
„Im Hausloch“.
Witt. Humor. u. Weisf.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss neu:
„Im Hausloch“.
Witt. Humor. u. Weisf.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss neu:
„Im Hausloch“.
Witt. Humor. u. Weisf.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss neu:
„Im Hausloch“.
Witt. Humor. u. Weisf.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss neu:
„Im Hausloch“.
Witt. Humor. u. Weisf.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss neu:
„Im Hausloch“.
Witt. Humor. u. Weisf.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss neu:
„Im Hausloch“.
Witt. Humor. u. Weisf.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss neu:
„Im Hausloch“.
Witt. Humor. u. Weisf.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss neu:
„Im Hausloch“.
Witt. Humor. u. Weisf.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss neu:
„Im Hausloch“.
Witt. Humor. u. Weisf.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss neu:
„Im Hausloch“.
Witt. Humor. u. Weisf.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss neu:
„Im Hausloch“.
Witt. Humor. u. Weisf.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.



Bester Schuh-Putz

SERVUS

Fabrik: Labzynski & Co. Berlin NO.

Überall zu haben in Dosen zu 10 u. 20 Pfennig

BRENNSPIRITUS



darf im Kleinhandel vom 1. Oktober 1910 ab nur in Behältnissen verkauft werden...

achte man auf Etiketten und unversehrte Verschlussicherungen der Flaschen.

Unbeschädigter Versand gewährleistet richtigen Inhalt und richtige Gradstärke.

Vorschriftsmäßig in Flaschen abgefüllt, verschlossenen u. etikettierten

Brennspiritus Marke „Herold“

in den zur Bedienung von Spiritus-Lampen :: Spiritus-Kochern :: Spiritus-Bügeleisen etc.

erforderlichen Grundstärken von

90 Vol.-% Heutiger Preis 30 Pf. 95 Vol.-% für die Literflasche 33 Pf.

Liefert für Berlin und Umgegend

Brennspiritus-Gesellschaft m. b. H. Berlin-Tempelhof

wohin wir Bestellungen der Herren Wiederverkäufer erbitten.

Spiritus-Zentrale Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin W. 8.

Lampen und Brenner, -Kocher aller Art, -Bügeleisen usw. in nur erprobten und bewährten Ausführungen erhältlich im

SPIRITUS

Ausstellungs- und Verkaufslokal der Spiritus-Zentrale BERLIN NW. 7 Friedrichstr. 98.

Verkäufe.

Teppiche (schlechte) Gelegenheitskauf, Fabriklager...

Steppdecken billigst Fabrik Grobe Frankfurterstraße 9...

Wandbildhans Kredder, Kärntnerplatz 7, (spottbilliger)...

Teppiche! (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte...

Kredithaus Noabst, Turmstraße 55, Ede Modische, erhalten Sie...

Gastrosen, Lauchlich ohne Anzahlung, höchstens 1,00...

Wilder kaufen Sie bekanntlich am vorteilhaftesten...

Kinderschläger, Joder, Schwanen, Bodenmannen...

Vorwärtsleiter erhalten (im Prozent)...

Teppiche, 170/230 8,55, 200/300 11,75...

Wandbilder, Fenster 2,50, Stoves 1,25...

Wandbildhans, Sofabezug 8,00, Tischspinnerei 5,45...

Wandbildhans, Tischspinnerei 6,55, Teppich-Thomas...

Teppich-Thomas, Dramenstraße 120...

Teppich-Thomas, Dramenstraße 120, Zweiggeschäfte...

Teppich-Thomas, Dramenstraße 120, Zweiggeschäfte...

Teppich-Thomas, Dramenstraße 120, Zweiggeschäfte...

Teppich-Thomas, Dramenstraße 120, Zweiggeschäfte...

Herrenanzug 6, Allerbilligste Wanderverkäufe...

Wandbildhans! Kaufstraße 60, Vollständiger...

Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen...

Erdbettdecken und Bettdecken, 3,45, 3,85...

Teppich und Tischdecken, 1,25, 1,75, 2,50...

Wand- und Tischspinnerei, 3,25, 3,85, 4,85...

Möbelangebot, Im Anhalter Bahn- und Möbel...

Möbel-Teilzahlung, Stube und Küche, schon bei 15 Mark...

Wohnungen, Prachtwohnungen Goldener Str. 32...

Musik.

Pianos, fast neu, Garantie, spottbillig...

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote, Nebenberuf für jedermann...

Verschiedenes.

Kunststoffler von Frau Kofsky, Schlagschnee...

Tüchtiger Bureaugehilfe

mird für sofort gesucht, Derselbe muß den Bureaudienst...

Vermietungen.

Bäckerel, glänzig, Bäckerstraße 36...

Bäckerel, glänzig, Bäckerstraße 36...

Verantwortl. Redakteur: Carl Bernuth, Berlin-Nord, für den Inzeratenteil verantw.: Th. Meise, Berlin. Druck u. Verlag: Bornhörs Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.